

Fortschritt und Soziale Demokratie



sommeruniversität



Fortschritt und Soziale Demokratie

Dokumentation der Veranstaltung
Sommeruniversität 2011

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-86872-980-1

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Gesellschaftspolitische Information
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Redaktion: Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Jochen Reeh-Schall

Fotos: Joachim Liebe

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: Media-Print Informationstechnologie GmbH, Paderborn

Transkription: textpool-Berlin Diana Barth

Bei den vorliegenden Texten handelt es sich um die redigierten Fassungen der mündlichen Beiträge der Sommeruniversität.

Aus Platzgründen war es leider nicht möglich alle Beiträge der Mitwirkenden der Sommeruniversität abzdrukken.

Mitgewirkt haben:

Ralf-Uwe Beck, Robert Benjamin Biskop, Dr. Susanna Brogi, Dr. Michael Dauderstädt, Prof. Dr. Frank Decker, Dr. Christian Demuth, Björn Eggert, Prof. Dr. Thorsten Faas, Karina Fissguss, Andres Friedrichsmeier, Sigmar Gabriel, Carmen Gerner, Nancy Haupt, Hubertus Heil, Dörte Heimann, Prof. Dr. Arne Heise, Dr. Barbara Hendricks, Astrid Klug, Uwe Knüpper, Dr. Christian Krell, Dr. Kora Kristof, Jakob Lohmann, Julia Maas, Prof. Dr. Thomas Meyer, Jeanne Michel, Robert Misik, Andrea Nahles, Dr. Gero Neugebauer, Katharina Oerder, Ute Pannen, Jochen Reeh-Schall, Marie-Christine Reinert, Moritz Rödle, Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Stephanie Schmoliner, Heiko Schöning, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Christian H. Schuster, Prof. Dr. Eberhard Schwinger, Dr. Bernd Sommer, Jens Sparschuh, Mareike Strauß, Jan Strecker, Dr. Peter Struck, Simon Vaut, Frank Vollmert, Albrecht von Lucke, Martin-Oliver Weinert, Tom Werner, Jonas Westphal



Inhalt

| | |
|---|----|
| Dr. Peter Struck | |
| Vorwort | 4 |
| Sigmar Gabriel | |
| Fortschritt und Soziale Demokratie | 5 |
| Robert Misik | |
| Nur Optimisten können die Welt verbessern | 16 |
| Andrea Nahles | |
| Partei der Zukunft: „Wie wir besser werden!“ | 26 |
| Podiumsdiskussion | |
| Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung | 32 |
| Dr. Michael Dauterstadt | |
| Hubertus Heil, MdB | |
| Prof. Dr. Arne Heise | |
| Prof. Dr. Wolfgang Schröder | |
| Arbeiten und Leben | 44 |
| Podiumsdiskussion | |
| Die Zukunft demokratischer Beteiligungsprozesse | 52 |
| Prof. Dr. Thomas Meyer | 52 |
| Prof. Dr. Frank Decker | 56 |
| Ute Pannen | 59 |
| Astrid Klug | |
| Neue Formen der Arbeit in Parteien | 61 |
| Podiumsdiskussion | |
| Fortschritt und Soziale Demokratie | 67 |
| Uwe Knüpfer | 67 |
| Dr. Gero Neugebauer | 70 |
| Albrecht von Lucke | 71 |
| Ulrich Deupmann | 74 |

Vorwort

Dr. Peter Struck

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Debatten und Entscheidungsprozessen ist das Ziel politischer Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Aus diesem Grund veranstalten wir seit über einem Jahrzehnt jährlich eine Sommeruniversität, bei der wir rund 100 Studierenden, jungen WissenschaftlerInnen und BerufseinsteigerInnen eine Woche lang die Möglichkeit geben mit PolitikerInnen, hochrangigen WissenschaftlerInnen und VertreterInnen aus Gesellschaft und Verbänden zu diskutieren.

Unter dem Motto „Fortschritt und Soziale Demokratie“ bot sich in diesem Jahr die Gelegenheit Ideen zu präsentieren und zu diskutieren, die für die Entwicklung der Gesellschaft von hoher Relevanz sind. Innovative Konzepte waren gefragt, um den Begriff des Fortschritts und die Grundwerte der Sozialen Demokratie mit neuem Leben zu füllen. Bei der Sommeruniversität sollte es nicht vorrangig um das „Tagesgeschäft“ der aktuellen Politik gehen.

Die Soziale Demokratie ist in ihrer Geschichte immer mit dem gesellschaftlichen Fortschritt verbunden. Gleich ob es um soziale Gerechtigkeit, Entwicklung von Demokratie und Freiheit oder die Gleichstellung der Geschlechter ging.

Mit den Themenfeldern Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung; Arbeiten und Leben; Nachhaltigkeit; Zukunft demokratischer Beteiligungsprozesse; sowie Neuer Formen der Arbeit in Parteien konnten die zentralen Bereiche bearbeitet werden, deren Ausgestaltung zeigen wird, ob sich unsere Gesellschaft zu einer freiheitlichen, gerechten und solidarischen Gesellschaft entwickeln wird oder ob sich die erkennbaren Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltung fortsetzen werden.

Die Sommeruniversität ist eine Ideenschmiede, bei der kontroverse Diskussionen und gemeinsame Arbeit an den Konzepten für Morgen im Vordergrund stehen. Gemeinsam mit den Referentinnen und Referenten können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Ideen in die Debatten einbringen und politisch Verantwortlichen präsentieren.

Diese Broschüre soll die wichtigsten Vorträge und Podiumsdiskussionen der Sommeruniversität 2011 dokumentieren. Die Vielzahl der Beiträge und Ergebnisse macht es leider unmöglich dieses vollständig zu tun. Wir haben uns daher auf eine Auswahl beschränkt, die Anlass dazu geben soll über die Veranstaltung hinaus weiterzudiskutieren.

Mit der vorliegenden Publikation möchten wir einen Beitrag zur Debatte der Zukunft der Sozialen Demokratie leisten und hoffen auf ein reges Interesse.



Fortschritt und Soziale Demokratie

Sigmar Gabriel

MdB, Vorsitzender der SPD

Herzlich willkommen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung! Ich war bereits im letzten Jahr hier bei der Sommeruniversität der Stiftung. Das ist eine tolle Einrichtung, das will ich zu Beginn erst einmal der Ebert-Stiftung sagen. Vor ein paar Tagen hatte ich übrigens ebenfalls bei der Ebert-Stiftung in Berlin die Gelegenheit, eine Debatte über die Zukunft der Demokratie zu führen, bei der auch viele junge Leute dabei waren. Ich glaube, in der Regel waren das Stipendiaten der Stiftung.

Das ist eine gute Sache. Sie und Ihr seid ja die Werkstatt der sozialen Demokratie und des Fortschritts in unserem Land, denn Sie werden das – und Ihr werdet – das machen müssen in unserem Land: die Demokratie. Für mich stellt sich deshalb die Frage: Wie denken eigentlich junge oder jüngere Menschen über unser Land, über Europa, über das Zusammenleben bei uns? Und was hat das eigentlich noch zu tun mit dem, was Sozialdemokratie und was soziale Bewegungen in Europa in den letzten Jahrzehnten – oder bei uns sind es demnächst 150 Jahre – getan haben?

Bei uns haben zwei Begriffe immer eine große Bedeutung gehabt. Der eine war der Fortschrittsbegriff, und der andere Begriff der sozialen Demokratie. Und die beiden waren unmittelbar miteinander verknüpft. Für Sozialdemokratie war das völlig klar. Wir hatten immer so was wie einen Fortschrittsglauben: Der Glaube daran, dass die wirtschaftliche, die technische Entwicklung, und damit der soziale Kampf um die Nutzung der Errungenschaften dieser wirtschaftlichen und technischen Entwicklung immer weitergehen wird, und dass er eigentlich nur im Erfolg enden kann. Robert Misik wird bestimmt darüber auch reden. Er ist ja der letzte verbliebene Optimist der europäischen Sozialdemokratie – nein, ist nicht wahr, es gibt Gott sei Dank noch mehr.



Der Fortschrittsgedanke war damit verbunden, dass die Befreiung des Menschen, die Befreiung der Arbeit von Unterdrückung und Not, aber auch die Freiheit für ein selbstbestimmtes Leben, Gegenstand unserer Vorstellung von gesellschaftlicher Entwicklung war. Fortschritt war für die Sozialdemokratie, und die Arbeiterbewegung insgesamt, nie nur etwas Wirtschaftliches oder nur etwas Technisches. Wenn wir geredet haben vom Fortschritt, dann meinten wir damit immer die ganze Gesellschaft. Wir meinten mehr Freiheit und mehr Selbstbestimmtheit über das eigene Leben. Das bedeutete immer: Aus dem Leben etwas machen können, nicht an das Einkommen der Eltern gebunden sein, nicht an das Geschlecht, an die Rasse, an die Religion, sondern aus seinem Leben was machen können – das war der Inbegriff von Fortschritt.

Und dabei haben wir selbstverständlich auch den technischen Fortschritt gemeint. Ich habe vor längerer Zeit noch in einem Projekt gearbeitet, das hieß: „Humanisierung der Arbeitswelt“. Da ging es darum, in der Automobilfertigung die Über-Kopf-Arbeit abzuschaffen, also Arbeit, bei der am Auto oben geschraubt wurde. Das sollte beseitigt werden, weil das für die Gesundheit nicht besonders

zutraglich war. Es ging darum Lärm zu reduzieren, damit die Arbeitsplätze nicht zur Taubheit führen – und Lärm führt eben nicht nur zur Taubheit, sondern auch zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vielem anderen mehr. Das alles sollte reduziert werden.

Die Humanisierung der Arbeitswelt war – und ist – unverbrüchlich mit dem Begriff Fortschritt verbunden: Technischer Fortschritt zur Verringerung der Belastung der Menschen, zur Erhöhung des Wohlstands, zur Erleichterung des Lebens. Selbstverständlich ist diese Idee auch verbunden mit ökonomischem Fortschritt. Zur Arbeiterbewegung gehörte dann auch der Kampf darum, wer am ökonomischen Fortschritt teil hat. Teilhabe durch höhere Löhne, durch eine bessere soziale Absicherung, durch mehr Urlaub, durch Bildung, durch vieles andere mehr. Es gab in dem Verständnis der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie keine wirkliche Trennung zwischen technischem, wirt-

schaftlichem Fortschritt und sozialem Fortschritt. Das gehörte zusammen.

Im Godesberger Programm steht zu Beginn etwas über den Widerspruch dieser Zeit. Im Programm steht: Da ist das Atom, von dem wir erhoffen, dass es uns unendlich viel Energie schafft, und dann ist da das Atom, das zu Waffen führen kann, nämlich Atomwaffen. Da wird die Janusköpfigkeit von Fortschritt zum ersten Mal benannt.

Aber dieser Widerspruch wird im Godesberger Programm sofort aufgelöst. Damit diese Art des Fortschritts immer nur zugunsten der Menschheit genutzt wird, müssen – vereinfacht gesagt – Sozialdemokraten reagieren. Dann ist alles in Ordnung. So einfach war das einmal. Heute ist dieser Fortschrittsbegriff längst brüchig geworden. Das hat etwas zu tun mit der Erfahrung, dass technischer Fortschritt auch Risiken birgt. Die Atomenergie ist das wichtigste, aber ist nicht das einzige Beispiel. In den achtziger Jahren hatten wir eine Vielzahl von Chemieunfällen in Deutschland. Der Rhein und viele große Flüsse waren immer wieder davon betroffen. Wir haben erlebt, dass technischer Fortschritt eben nicht nur Erleichterungen mit sich bringt, sondern auch große Gefahren mit sich bringen kann. Fortschrittsskepsis gipfelte dann in der Debatte über die Atomenergie.

Diese Haltung herrschte in den achtziger und neunziger Jahren vor. Sie geht zurück auf die Diskussion über „Grenzen des Wachstums“. Der Club of Rome sagte schon in den siebziger Jahren: Seid vorsichtig! Der technische Fortschritt greift auch zu auf die Umwelt, auf Gesundheit. Die Ressourcen stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Ihr verheizt das Öl, aber es wird irgendwann kein Öl mehr geben. Wie geht das weiter? Die Klimaforschung ist viel älter als die aktuelle Klimapolitik. Die haben auch gesagt: Vorsicht, da wird zu viel CO₂ in die Atmosphäre geblasen! Das heißt: In den achtziger, neunziger Jahren begann eine eher skeptische Auseinandersetzung zumindest mit dem technischen Fortschritt. Dazu kam, dass spätestens seit den neunziger Jahren zunächst in den Vereinigten Staaten der wirtschaftliche Fortschritt nicht mehr gleichbedeutend war mit sozialem Fortschritt. Im



Gegenteil, die beiden Seiten des Fortschritts wurden immer mehr entkoppelt.

Sozialer Fortschritt entsteht nicht von allein. Man braucht Institutionen, die dafür sorgen, dass der wirtschaftliche Fortschritt auch sozialer Fortschritt wird. Dazu gehören zum Beispiel Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern über die Höhe der Tarife verhandeln; dazu gehört eine Regierung, die Sozialversicherungssysteme schützt oder gar ausbaut. Die Existenz einer Gesundheitsversorgung für alle ist in den Vereinigten Staaten bis heute umstritten, eines der ganz großen Streitthemen. In Deutschland, in Europa, ist das kaum noch vorstellbar. Aber wer mal in Spanien oder in Italien oder Großbritannien als gesetzlich Versicherter ins Krankenhaus musste, der wird schnell festgestellt haben, wie groß die Unterschiede der Qualität der medizinischen Versorgung beispielsweise sind.

Ab Anfang der Achtziger, beginnend mit den sogenannten Reaganomics und den großen Think Tanks der amerikanischen Konservativen, setzte sich ein Fortschrittsverständnis durch, das davon ausging, dass viel zu viel Staat und viel zu viele Regeln nur hinderlich sind. Die Behauptung war, dass Fortschritt nur noch möglich sei, wenn man Menschen die soziale Sicherheit nimmt und sie auf dem Markt um ihr Überleben kämpfen müssen.

Der Markt und der Wettbewerb, der Streit der Individuen gegeneinander: Das wurde zur einzigen Triebkraft für ein bessere, freieres Leben erklärt. Und wer da nicht mithalten kann – die Amerikaner nennen das dann „social benefits“ – für den gibt es die Armenfürsorge, aber ansonsten keine „soziale Hängematte“. Im Gegenteil: Tarifverträge, Mitbestimmung, Sozialversicherung, Eingriffe des Staates wurden als Hindernisse des Fortschritts interpretiert, denn sie schwächen angeblich die individuelle Leistungsbereitschaft. Das ist ein rein ökonomischer Blick auf den Menschen: Der Mensch, der nur kreativ und leistungsbereit ist, wenn er unter Druck steht. Diese Vorstellung hat sich durchgesetzt, und zusammen mit den problematischen Teilen des technischen Fortschritts hat sie den Begriff Fortschritt weitgehend diskreditiert.



Die Menschen haben in den letzten Jahrzehnten nicht die Erfahrung gemacht, dass das, was ihnen viele Politiker, Ökonomen oder Medienvertreter als Fortschritt anbieten, tatsächlichen Fortschritt für sie bringt. Und deshalb wurde der Fortschritt aufgespalten. Fortschritt ist heute reduziert auf technischen Fortschritt – noch ein kleineres Handy, noch einen schnelleren Computer. Je kleiner der Fortschritt ist, desto besser. Je größer er erscheint, desto skeptischer reagieren die Menschen. Sie wollen gern schnell ins Internet, aber wenn der UMTS-Mast zu sehen ist in der Stadt, bildet sich eine Bürgerinitiative dagegen aus Angst, er produziert Elektrosmog.

Viele Leute wollen schnell am ersten Tag morgens früh um vier in den Urlaub fliegen, damit sie noch den ersten Tag im Urlaub genießen können, aber gleichzeitig gibt es Bürgerinitiativen gegen die Erlaubnis, nachts zu fliegen. Viele Menschen sagen: Güter auf die Bahn, weg von den Straßen. Wird das gemacht, bildet sich rasch eine Bürgerinitiative gegen die neue Schienenstrecke. Das Beispiel Stuttgart 21 ist sicher jedem in Erinnerung.

Für mich ist es schwer nachzuvollziehen, was man dagegen haben kann, dass ein Bahnhof unter die Erde kommt. Nach Warschau etwa sind vor 20, 30 Jahren viele Europäer gefahren, weil dort der Bahnhof unter die Erde verlegt wurde. Heute dagegen ärgern sich viele vor allem darüber, dass sie die nächsten fünfzehn Jahre Lärm vor der Haustür haben. Heute heißt es also oft: Je kleiner, je besser, und Festhalten an dem, was da ist. Ich glaube, dahinter steckt das Bedürfnis von Menschen, dass sie an dem Ort, an dem sie wohnen, nicht auch noch Veränderungen erfahren wollen. Ich glaube, diese Menschen sind von dem, was wir Fortschritt und Veränderung nennen, stark belastet. Sie erleben viele Veränderungen: In der Arbeitswelt gibt es zwar keine Über-Kopf-Arbeit mehr, aber dafür ist sie ungeheuer schnell geworden. Das setzt viele Menschen sehr, sehr stark unter Druck.

Vieles ist unsicher geworden. Soziale Sicherungssysteme zum Beispiel, darauf verlassen Menschen sich bei weitem nicht mehr. Sichere Arbeitsplätze – das gibt es für viele nicht mehr. Und diese Veränderungen lösen den Wunsch aus Orte zu haben, an denen alles bleibt, wie es ist. Orte, wo man sich auskennt, wo nicht auch noch alles verändert wird. Dass ist verständlich, solch ein Bedürfnis nach einem sicheren Ort. Und das ist meistens der Ort, an dem man wohnt.

Deswegen wollen Menschen schnell ins Internet, aber sind gegen den UMTS-Mast. Deswegen soll selbst das Schlechte in der Stadt erhalten bleiben, weil man sich daran gewöhnt hat. Mein Lieblingsbeispiel: Ich habe Halle-Neustadt besucht. Da stehen fünf Hochhausscheiben, in denen wohnt seit 20 Jahren keiner mehr. Da wird auch nie wieder jemand wohnen. Das weiß auch jeder. Nun will die Oberbürgermeisterin seit geraumer Zeit diese Hochhäuser abreißen. Persönlich denke ich, der Abriss kommt 20 Jahre zu spät. Aber nun gibt es eine Bürgerinitiative dagegen, die benutzt den Slogan „Jetzt soll auch noch der letzte Rest der DDR-Architektur verschwinden“.

In der ersten Sekunde habe ich gelacht, inzwischen lache ich nicht mehr darüber. Denn das ist der Reflex darauf, dass sich nach dem Ende der DDR für die Menschen, die dort aufgewachsen sind, alles

verändert hat. Sie haben nun das Gefühl, wirklich genug Veränderungen erlebt zu haben. Halle-Neustadt war einmal eine stolze Stadt für die Chemiewerker aus Bitterfeld. Dort einzuziehen zu dürfen, in eins dieser Häuser, das war etwas! Für viele war es die erste verlässliche Zentralheizung, die erste Toilette, die nicht auf dem Flur lag.

Das kenne ich übrigens auch noch. Wir sind auch in einen Geschosswohnungsbau gezogen, in den ich heute nicht mehr einzuziehen möchte. Aber damals bedeutete das: Weg vom Plumpsklo, weg vom Kohlschleppen aus dem Keller. Es bedeutete eine Zentralheizung mit Erdgasanschluss und ohne Stadtgas, das größere Unfälle auslösen konnte. Auch das war schon was. Und solch ein Stolz ist auch heute noch mit diesen fünf Hochhausscheiben in Halle-Neustadt verbunden. Jetzt sollen die weg und keiner weiß, was danach kommt in dem Stadtbild. Deshalb gibt es kräftigen Widerstand dagegen.

Ich bin überzeugt, dass der traditionelle Glaube an die Verbindung von wirtschaftlichem und technischem Fortschritt mit einem sozialen und kulturellen Fortschritt, mit Fortschritt für das eigene Leben und für das der eigenen Kinder, schwer erschüttert worden ist. Und wir werden dieses Vertrauen auch nicht so einfach wiederherstellen können. Das fehlende Vertrauen in den Fortschritt trifft dann auch noch zusammen mit einem weiteren Aspekt, der mir am meisten Sorgen macht. Ich denke, dass inzwischen auch das Zutrauen in die Handlungsfähigkeit und die Handlungswilligkeit der Politik in Europa und auch in Deutschland auf einem Tiefpunkt angekommen ist. Nicht, dass sich die Menschen nicht für Politik interessieren – viele sind hochpolitisch. Wenn die den Eindruck haben, es geht um etwas, gehen sogar mehr zur Wahl als früher. Das zeigt mir die Wahl in Baden-Württemberg. Auch wenn mir das Wahlergebnis nicht gefällt, da ist etwas Schönes passiert: Es sind mehr Menschen zur Wahl gegangen als lange, lange zuvor. Die haben eine wachsende Wahlbeteiligung gehabt, weil die Wählerinnen und Wähler gewusst haben: Heute geht es um sehr viel. Es geht darum, ob wir aus der Atomenergie aussteigen oder nicht. Und da sind sie hingegangen.

Aber sonst: Gegenüber den demokratischen Institutionen, gegenüber den Parteien, den Politikerinnen und Politikern, ist das Vertrauen auf dem Tiefpunkt. Ein Teil glaubt nicht mehr daran, dass wir überhaupt in der Lage sind, die Arbeits- und Lebens- und gesellschaftlichen Bedingungen zu bestimmen. Sie glauben, das machen die wirtschaftlich Mächtigen, die Lobbys, die Banken, die Finanzmärkte. Ein nicht unerheblicher Teil glaubt auch inzwischen, dass wir es gar nicht wollen, sondern dass wir nur an uns selber denken. Die da oben, wir hier unten. Das ist ein gängiges Bild inzwischen, nicht nur in Deutschland. Und die da unten sind nicht die Leute, die arm sind, sondern das sind alle die, die sich nicht zur Politik gehörig fühlen. Es gibt übrigens auch eine Politikverachtung, die von oben kommt. Die existiert in den Managementetagen und in der Wirtschaft. Denen muss man das übrigens auch immer offen sagen. Es gibt ja viele Banker, die verstehen nicht nur nichts von ihrem Geschäft – sonst hätten sie ja das nicht angerichtet – sondern sie verstehen überhaupt nichts von einer demokratischen Gesellschaft. Und viele verachten Politiker einfach, verachten das, was wir tun. Das sagen sie einem nicht ins Gesicht, aber man merkt es.

Das Fehlen von Vertrauen und Zutrauen ist gefährlich. Für die SPD ist das das Gefährlichste, was es geben kann. Die Sozialdemokratie weltweit lebt davon, dass Menschen die Hoffnung haben, dass politische Beteiligung das Leben verbessert. Wenn Menschen den Eindruck haben, politische Beteiligung bringt nichts, dann ist das für die SPD am schlimmsten. Konservative haben auch darunter zu leiden, aber es gibt ein altes Motto, das genug konservative Wähler zur Wahl treibt. Und das Motto lautet: Wenn ihr nicht wählen geht, kommen die Sozis ran. Das reicht. CDU und FDP empfinden sich als eine naturgegebene Regierungspartei. Bei der SPD ist das anders. Sozialdemokraten misstrauen Macht eher und wir haben Schwierigkeiten mit den Kompromissen in der Regierung. Peter Struck kann ein Lied davon singen. Er hat immer die Fraktion zusammenhalten müssen, als wir regierten. Die schwierigste Konstellation ist übrigens nie, wenn die SPD mit einer anderen Partei koalitiert. Die schwierigste Koalition gibt es, wenn



Sozialdemokraten mit Sozialdemokraten über den richtigen Weg streiten.

Aber stellt Euch ein Land vor, in dem sich Menschen ohnmächtig fühlen. Sie werden sich fragen: Wieso soll ich wählen gehen? Ich halte das übrigens für den tieferen Grund, warum wir in den Umfragen trotz der katastrophalen Lage der Regierung nicht recht vorankommen. Unsere Leute sitzen auf dem Sofa und haben das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik verloren. Übrigens, wir haben dazu selbst viel beigetragen. Wenn man Menschen permanent erklärt, die eigenen politischen Vorstellungen seien alternativlos, dann setzt sich das irgendwann fest. Und dieser Hinweis auf die Alternativlosigkeit von Politik ist Gift für einen demokratischen Diskurs.

Angela Merkel weiß das übrigens. Und sie setzt trotzdem darauf. Merkels Politik ist die Entkernung der Politik von ihrem Wesensgehalt. Man kann zu jedem Thema dieser oder jener Meinung sein. Man kann für oder gegen Atomenergie sein, für oder gegen Steuersenkung. Dafür gibt es Gründe. Ich glaube, wir haben die besseren Argumente, aber es gibt andere, und das ist auch nicht schlimm. Aber man ringt mit politischen Argumenten um das allgemeine Wohl. Die einen tun das entlang von Werten, die sie für richtig halten. Und die anderen

tun das vielleicht im Namen eines anderen Wertekanon. Manchmal gehen wir auch vom gleichen Wertekanon aus, aber wollen ganz andere Instrumente benutzen.

Und jetzt kommt eine Kanzlerin, die erzählt heute: Steuersenkung ist das Wichtigste. Morgen sagt sie, und zwar kurz danach: Nein, das können wir uns zurzeit nicht leisten. Merkel sagt: Es ist alternativlos für die deutsche Volkswirtschaft, die Atomenergie um 15 Jahre zu verlängern. Morgen kommt sie und sagt: Es ist alternativlos nach Fukushima schneller auszusteigen, als die SPD und die Grünen das wollten. Sie sagt heute: Kein Cent für Griechenland. Und dann als Nächstes: Keine Gläubigerbeteiligung. Dann kündigt sie alle drei Monate einen höheren Betrag für Griechenland an, und am Ende mit Gläubigerbeteiligung. Für die CDU/CSU ist seit Jahrzehnten die Wehrpflicht konstitutiv gewesen. Die wird in wenigen Wochen abgeräumt. Ein Rising Star wird geboren und gefördert – Herr zu Guttenberg – und dann ist der schon wieder weg. Da versucht Angela Merkel sogar noch, das Fälschen einer Doktorarbeit als lässliche Sünde zu bezeichnen. Es gibt in dieser Regierung nichts mehr, worauf sich Menschen verlassen können.

Und Sozialdemokraten sollten sich nicht täuschen, das trifft nicht nur diese Regierung, sondern das trifft Politik ganz allgemein. Die Leute unterscheiden immer weniger zwischen SPD, CDU, FDP. Die Einzigen, die das weniger trifft, sind die Grünen.

Das liegt auch daran, dass sie eine kürzere Tradition besitzen und lange Zeit nicht regiert haben. Da, wo sie regieren, kommen sie jedoch ganz schnell ins gleiche Fahrwasser. Die Leute reden pauschal von „der“ Politik: Die da oben, wir hier unten. Merkel lässt Politik als zynisches Spiel um die Macht erscheinen, bei dem es nur noch darum geht zu überleben, dabei zu sein. Dass Politiker Macht haben wollen, das ist klar. Das wollen wir auch. Dass Politiker regieren wollen, dass sie nicht gleich zurücktreten, ist auch klar. Aber es gibt eben Entscheidungen, die muss man durchhalten. Gerhard Schröder, dessen Positionen ich nicht an allen Punkten teile, hat mit der Begründung, dass das Land es braucht, eine Agenda 2010 gegen massive Widerstände – auch in der eigenen Partei – durchgehalten. Er ist davon nicht abgewichen, hat am Ende sogar sich selbst zu einer erneuten Wahl gestellt. Er hätte sie übrigens fast gewonnen.

Es ist nicht so, dass Menschen Geradlinigkeit in der Argumentation nicht folgen. Aber was sie jetzt erlernen, ist die Erfahrung: Es gibt gar keinen Wesenskern von Politik mehr, sondern es geht dabei nur um ein zynisches Spiel um die Macht. Wenn wir ehrlich sind, bedient die SPD das manchmal auch. Etwa, wenn wir darüber spekulieren: Mit wem wollen wir denn regieren? Gleich nachdem wir die Wahl verloren hatten, haben bei uns einige über die Linkspartei geredet. Ich sage euch, Leute, die uns abwählen, wollen nicht, dass wir am nächsten Tag über die Frage reden: Mit wem kommen



wir zurück in die Regierung? Sie wollen, dass wir darüber nachdenken, warum sie uns abgewählt haben.

Und ich glaube auch nicht, dass sie besonders daran interessiert sind, wer der Kanzlerkandidat der SPD wird. Das Interesse wird irgendwann kommen, spätestens kurz vor der Bundestagswahl. Sicher darf man nicht zu spät anfangen, sich auch Personalfragen zu stellen. Aber wer heute glaubt, Sozialdemokraten müssten eine Personaldebatte führen, der verkennt, dass auch das auf die Leute wirkt wie der Versuch, wieder nur über Macht und Mehrheiten zu reden und nicht über das, was sich im Land ändern muss.

Etwas gegen den Vertrauensverlust zu tun, ist nicht einfach. Man muss sich anstrengen, und vielleicht hat man auch nicht sofort Erfolg. Ich glaube, wir müssen wieder auf eine Idee setzen, die Menschen unterstützen wollen. Opposition heißt doch nicht, dass wir zu jedem Einzelgesetz immer gleich etwas zu sagen haben. Das haben wir im Übrigen auch, aber das interessiert die Leute nicht so sehr. Aber sie fragen sich: Was ist eigentlich die Idee?

Das Wichtigste ist aber, dass wir nicht immer nur darüber reden, wie wir alle wegen der Globalisierung oder wegen des Wettbewerbs angeblich leben müssen. Wichtig ist doch, dass wir mal wieder über die Frage miteinander reden, wie wir eigentlich leben wollen. Und da muss ich mutig als Sozialdemokrat sagen: Es gibt die Idee einer Gesellschaft, die ist erfolgreich. Das ist die Idee einer sozialen Gesellschaft. Und den Erfolg haben wir gerade bewiesen. Deutschland ist mit Sozialpartnerschaft, mit Tarifverträgen, mit festen Regeln für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser durch die Krise gekommen, als die neoliberalen Staaten, die das alles nicht haben. Wir sind mit Kurzarbeiterregelung, mit Konjunkturprogrammen bis hin zur Verstaatlichung von Banken, mit Tarifverträgen, besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen.

Wir stehen heute als ein Land, das sich nicht auf die sogenannte New Economy verlassen hat, sondern auf eine starke Industrie, weltweit besser da

als fast alle anderen. Wir haben ein besseres Gesundheitssystem als die Engländer und die Amerikaner. Es ist nicht so, dass man unseres nicht verbessern könnte. Aber dass das Modell der Neoliberalen zu einem Gesundheitssystem führt, das drastisch schlechter ist als unseres, das ist jedenfalls klar. Dass das System der Neoliberalen in der Rente zu einem deutlich schlechteren System führt als bei uns, ist auch klar. Das bedeutet für mich: Wir müssen die Idee einer sozialen Gesellschaft wieder in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik in Deutschland und Europa stellen. Was eine soziale Gesellschaft bedeutet, das müssen wir dann auch durchdeklinieren.

Für mich bedeutet das, dass man wirtschaftlichen und technischen Fortschritt wieder an sozialen Zusammenhalt koppelt. Das ist übrigens das Geheimnis des Wahlerfolgs von Olaf Scholz. Der hat gesagt: Wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg, damit wir die Kindergartengebühren abschaffen können. Wir brauchen die Hafententwicklung und die Logistik da, damit wir Geld im Haushalt haben, um wieder sozialen Wohnungsbau betreiben zu können. Olaf Scholz hat nicht nur über Wirtschaft geredet, sondern er hat auch gesagt, was die Gesellschaft davon haben soll. Er will also Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt wieder zusammenzubringen. Er will so die Spaltung der Gesellschaft überwinden in die, die viel haben, und in die, die wenig haben. Die Spaltung zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Arm und Reich, genauso wie zwischen Wirtschaft und sozialem Zusammenhalt.

Das ist übrigens auch die Antwort für Europa. Europa steckt gerade in enormen Schwierigkeiten. Warum? Weil die alte Begründung für Europa heute nicht mehr trägt, und weil das Versprechen, dass mit Europa nur Wohlstand verbunden ist, brüchig wird. Die alte Begründung ist: Wir brauchen Europa, damit es keinen Krieg mehr gibt in Europa. Das ist nach wie vor richtig. Tausend Jahre europäischer Geschichte waren fast tausend Jahre Krieg. Und wir haben jetzt ein paar Jahrzehnte Frieden. Aber wer in den Balkan fährt, der weiß, wie schnell wieder ein Krieg entstehen kann. Die Begründung für die europäische Integration ist deshalb nach wie vor richtig.



Aber wenn ich das meiner Tochter sage, die 22 ist, dann sagt sie mir: „Krieg mit Frankreich wollte ich sowieso nicht führen. Mein Freund wohnt da, und ich will dorthin in den Urlaub fahren.“ Für Menschen, die so alt sind wie meine Tochter, ist der Frieden selbstverständlich. Er ist so selbstverständlich wie die Tatsache, dass sie keinen Pass braucht und mit dem Euro bezahlen kann. Der Hinweis auf den Frieden, den die Europäische Union stiftet, ist für diese Altersgruppe keine besondere Begründung mehr.

Aber es gibt zu dieser Begründung eine neue, die man hinzufügen kann. Die alte Begründung für Europa ist, dass wir durch die Union in Europa besser miteinander klar kommen, friedlicher, wohlhabender. Die gilt auch nach wie vor. Aber zu ihr hinzutreten muss die Begründung, dass wir, ohne dass wir Europa stärken, in der Welt nicht mehr ernst- und wahrgenommen werden. Die Europäische Union ist auch die Interessenvertreterin der Europäerinnen und Europäer in der Welt. Sie ist das aber noch nicht in ausreichendem Maße. Wir haben noch keine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Wir haben keine gemeinsamen Antworten für Nordafrika. Wir haben keine gemeinsamen Antworten auf den Konflikt der Israelis

mit den Palästinensern. Wir haben keine gemeinsamen Antworten auf ökonomische Krisen oder die Regulierung der Finanzmärkte. Wir haben allerdings ein Feld, auf dem wir eine gemeinsame Antwort haben: Das ist die Umwelt- und Klimapolitik. Da hat es die Europäische Union geschafft, sich zu verständigen.

Ich bin davon überzeugt, dass die europäische Entwicklung einer Vorstellung von Fortschritt, wie wir ihn verstehen, folgen muss. Denn das ist im eigentlichen Sinn die europäische Geschichte: Sozialer Zusammenhalt, Wohlstand, Demokratie. Für uns Sozialdemokraten heißt das: Europa ist das Angebot, Freiheit und Verantwortung zusammenzubringen, aus seinem Leben etwas machen, es frei gestalten. Und trotzdem wissen wir: Da gibt es ein paar andere, um die müssen wir uns auch kümmern. Für uns heißt soziale Demokratie in Europa: Wir laufen nicht als Einzelwesen durch die Welt, die sich auf Märkten behaupten müssen, sondern wir vollziehen eine gemeinsame Entwicklung. Freiheit und Verantwortung: Das sind zwei Seiten derselben Medaille, das ist eigentlich der europäische Gedanke.

Freiheit und Verantwortung: Das ist auch ein Angebot zur Lösung von Konflikten in der Welt. Denn

wir wissen, dass wir Konflikte, egal ob ökologischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art, nicht alleine lösen können – nicht die Amerikaner und auch nicht die Europäer. Wir wissen, dass es Sicherheit vor dem Klimawandel auch nur international gegeben wird und nicht in einem Land alleine.

Wir wissen auch, dass die Deutschen auf Dauer allein nicht gehört werden. Der chinesische Ministerpräsident ist gefragt worden, was er denn von der EU hält. Seine Antwort war: „It’s very important.“ Dann hat er eine Pause gemacht, und dann hat er gesagt: „...if united“, wenn es also ein geeinigtes Europa gibt. Und deswegen glaube ich, dass die Verbindung von wirtschaftlichem und technischem mit sozialem und kulturellem Fortschritt auch die Antwort für Europa ist. Sie eint unseren Kontinent. Das bedeutet auch, dass wir in Europa Spielregeln brauchen, die über Wettbewerbsregeln hinausgehen. Wir haben doch in Wahrheit einen europäischen Markt geschaffen mit gleichen Spielregeln für die Wirtschaft. Aber wir haben keinen gemeinsamen Markt geschaffen mit gleichen Spielregeln für das Soziale. Man kann in Europa vor dem Europäischen Gerichtshof verlieren, wenn man, wie die Schweden, Esten, Litauer, Portugiesen, Deutsche, Polen oder eben Schweden schwedische Löhne zahlen will, wenn sie in Schweden arbeiten. Das ist vom Europäischen Gerichtshof als europarechtswidrig bezeichnet worden. Der Gerichtshof sagt: „Nein, das verstößt gegen den freien Wettbewerb. Freier Wettbewerb heißt, dass man seinen Leuten auch polnische Löhne oder portugiesische Löhne zahlen kann.“ Die Schweden haben dagegen gesagt: Ja, das gilt, wenn jemand in Portugal oder Polen arbeitet, aber doch nicht, wenn er oder sie in Schweden arbeitet.

Wir Sozialdemokraten unterstützen dieses Argument. Wir wollen keinen Dumping-Wettbewerb um niedrige Löhne untereinander. Man kann sagen: Wir wollen, dass der deutsche Steuerzahler Zuschüsse zahlt, damit eine Fabrik in Tschechien gebaut wird. Das unterstütze ich, denn wenn es dort besser geht, werden die Menschen dort am Ende auch bei uns Produkte kaufen. Ganz egoistisch würde ich sagen: Gebt ihnen unser Geld.

Wogegen ich allerdings bin, ist, dass Unternehmen auch noch Geld dafür bekommen, dass sie bei uns die Fabrik schließen, um sie dann da wieder neu aufzumachen, wo die Menschen mit schlechteren Löhnen bezahlt werden. Aber auch das gibt es derzeit in Europa. Das bedeutet, dass wir schon über die Frage reden müssen: Wie machen wir aus diesem Wettbewerbs-Europa auch ein soziales Europa? Wie regulieren wir die Banken? Nichts von dem, was wir nach der Bankenkrise verabredet hatten, ist bis heute passiert.

Und übrigens, wer heute den spanischen Jugendlichen zuhört, der versteht, warum die demonstrieren. Vierzig Prozent von ihnen sind dort arbeitslos. Ich glaube ja auch, dass die spanische Regierung sparen muss. Auch die griechische Regierung muss viel verändern. Ich habe nichts an meiner Kritik zurückzunehmen, auch nicht gegenüber den spanischen Sozialisten. Wer seine Wirtschaft aufbaut auf einem Immobilienboom,





der in wesentlichen Teilen durch Schwarzgeld bezahlt wird und in Südspanien Korruption jeder Art zulässt, der muss sich nicht wundern, dass das schief geht. Ich weiß aber auch, dass das nicht die Antwort sein kann für die 40 Prozent arbeitslosen Jugendlichen in Spanien. Ich muss denen doch auch eine Hoffnung geben, wie sich ihr Leben wieder verbessern kann. Wo ist denn das Licht am Ende des Tunnels?

Angela Merkel predigt jeden Tag nur das Gleiche wie Ludwig Erhard 1966 in Deutschland gepredigt hat. Es war die erste große Wirtschaftskrise. Erhards Antwort war: Maß halten, sparen. Das ist damals ordentlich gescheitert, und deswegen kamen danach Helmut Schmidt und Karl Schiller. Die haben gesagt: Ja, Preisstabilität ist wichtig, aber Wirtschaftswachstum, Außenhandelsgleichgewicht, hohe Beschäftigung sind auch nötig. Politik muss vier Ziele, das magische Viereck, miteinander in der Balance halten.

Nichts anderes brauchen wir in Europa jetzt auch. Wir brauchen weniger Ludwig Erhard und mehr Karl Schiller. Das allerdings erfordert Geld. Ich muss in Spanien, Griechenland, Polen auch inves-

tieren. Das Geld wird nicht nur aus Deutschland kommen können. Und es gibt eine Quelle, bei der ich überhaupt nicht weiß, warum wir sie eigentlich noch immer nicht behelligen: Das sind die Finanzmärkte. Deren ganzes Geschäftsmodell basiert auf der Globalisierung. Die Finanzmärkte in ihrer heutigen Form gäbe es ohne die Globalisierung gar nicht. Da stellt sich schon die Frage: Warum müssen die eigentlich nichts beitragen zur Stabilisierung der Globalisierung? Jeder von Euch zahlt Mehrwertsteuer, wenn ihr euch ein Brötchen, eine Zeitung, ein Auto kauft oder ins Kino geht. Überall werden auf solche Produkte in ganz Europa Steuern gezahlt, nämlich Umsatzsteuern. Der einzige Markt, der nirgendwo eine Steuer zahlt, ist der Finanzmarkt. Wieso eigentlich? Dafür gibt es gar keine Begründung.

Das Geld, das mit einer Besteuerung der Finanzmärkte erhoben werden kann, darf allerdings nicht wieder an die nationalen Regierungen fließen. Das müssen wir für den europäischen Aufbau nutzen. Vielleicht braucht es andere Institutionen, als wir heute haben; sie müssen mit Sicherheit demokratischer sein. Aber wie wollen wir denn den Spaniern, den Griechen, den Portugiesen Hoffnung

auf Wachstum und Arbeit machen, wenn wir nichts haben, womit wir wirtschaftliche Entwicklung fördern?

Ein Beispiel: Wir diskutieren uns die Köpfe heiß über das Desertec-Projekt. Die Idee ist, die Sonne der Sahara einzufangen und dann als Strom nach Europa zu bringen. Nun muss mir mal einer erklären, warum wir eigentlich mit der Sahara anfangen und nicht mit Andalusien oder Südgriechenland oder der Türkei. Das wäre ein europäisches Projekt, das Arbeitsplätze schafft. Warum geben wir in Deutschland einen Haufen Geld für Photovoltaik aus, obwohl wir hier eine schlechte Sonneneinstrahlung haben? Warum fördern wir nicht bei uns den Wind, in Polen die Biomasse und in Südeuropa die Nutzung der Sonne? Das wäre ein Handels- und ein Wirtschaftssystem, das erneuerbare Energien in Europa aufbaut und Perspektiven für Arbeit, für Qualifizierung, für Forschung schafft – übrigens auch für eine Energieversorgung, die wesentlich sauberer ist als andere.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf diese Weise den wissenschaftlichen und den technischen Fortschritt wieder verbinden mit dem Fortschritt für soziale Demokratie. Ich glaube, dass die soziale Gesellschaft heute wieder attraktiver wird, als sie es in den letzten Jahrzehnten war. Die Bremer Sozialdemokraten haben zum Beispiel ein gutes Wahlergebnis eingefahren und hatten nur ein Wort als Wahlslogan. Das Wort hieß: Miteinander. Ich glaube, dass es ein inneres Gefühl gibt in Deutschland und darüber hinaus, dass dieses Miteinander, das Entwickeln einer gemeinsamen Gesellschaft, wieder an Attraktivität gewinnt. Dieses Gefühl war lange Zeit weg. Das vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auch noch nicht so ohne Weiteres der Politik an.

Ein Mitarbeiter hat mir einmal gesagt, sein Vater hätte Politiker als Leute bezeichnet, die nicht für ihr eigenes Leben sorgen können. Der hat gemeint: „Übergib denen bloß nicht die Verantwortung für dein Leben.“ Das sagt mir: Die Leute sind skeptisch, ob die Politik das hinkriegt, dieses Miteinander. Aber ich bin überzeugt, sie wollen es mehr als je-



mals zuvor. Tucholsky hat einmal gemeint, die Menschen wissen nicht immer alles richtig, aber meistens fühlen sie alles richtig. Und das Gefühl, dass es wieder um die Frage einer gemeinsamen Entwicklung in Deutschland, in Europa und weltweit gehen muss, das ist dramatisch gewachsen. Und deswegen hat das Streben der Sozialdemokratie, für eine gemeinsame Entwicklung zu sorgen, Freiheit und Verantwortung zusammenzubinden, wirtschaftlichen und technischen Erfolg zu verbinden mit sozialem, mit kulturellem und auch ökologischem Fortschritt, wieder eine neue Chance. Und darüber, finde ich, sollten wir kräftig und laut in der Öffentlichkeit reden. Das ist notwendig, dass wir das tun. Von alleine werden die Menschen uns das nicht zutrauen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.



Nur Optimisten können die Welt verbessern

Robert Misik

Österreichischer Journalist und politischer Schriftsteller



Sie haben ja gehört, hier steht in der Einladung: Nur Optimisten können die Welt verbessern. Ich könnte jetzt natürlich im Anschluss an Sigmar Gabriel sagen: Nur Optimisten können Parteien reformieren. Aber das spare ich mir jetzt doch, vielleicht kommt ja dann auch die eine oder andere Frage in der Diskussion. Ich möchte mich zu allererst einmal bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für diese Einladung bedanken, hier einen dieser beiden Eröffnungsvorträge an diesem Eröffnungstag der Sommeruniversität halten zu dürfen, und noch dazu in so hochkarätiger Umgebung, und komme jetzt quasi zu dem Thema, das Sie mir aufgetragen haben, „Nur Optimisten können die Welt verbessern“.

Das ist ja zunächst mal eine Behauptung. Aber es ist gleichzeitig eine von diesen eigentümlichen performativen Aussagen. Es wird hier eine Aussage getroffen, eine nüchterne Aussage über den Optimismus, aber sie ist selbst natürlich eine optimistische Aussage. Sie ist ein Plädoyer, aber eines, das selbst darauf abzielt, für Schwung zu sorgen. Nun, ich möchte das ein bisschen systematisch angehen. Nun ist ja Optimismus ein Gefühl. Viele würden sogar sagen, Optimismus ist ein sehr persönliches

Gefühl. Mal ist man frohgemut und gut gelaunt und zuversichtlich, mal sind wir deprimiert und pessimistisch, manche häufiger, manche seltener. Man könnte deswegen auch noch so weit gehen und sagen, Optimismus ist so etwas wie eine personale Charaktereigenschaft, ein Wesenszug nahezu. Der eine oder die eine ist von ihrem oder seinem Wesen her ein eher optimistischer Mensch, der andere oder die andere ein ewig unglücklicher Pessimist. Wir alle kennen ja solche Leute, über die wir sagen: Ach, die ist eine Frohnatur. Ach, der ist ein Miesepeter und Nörgler. Aber Optimismus ist gewissermaßen auch so etwas wie ein öffentliches Gefühl, eine politisch relevante Emotion. Und übrigens, und ich mache hier eine kurze Abschweifung, Optimismus ist auch eine wirtschaftlich relevante Emotion. Das Auf und Ab von Konjunktur und Krise ist ja selbst nicht unwesentlich von Gefühlen bestimmt, wie wir seit John Maynard Keynes wissen.

Wenn die Wirtschaft brummt und die Menschen annehmen, dass es stets weiter bergauf geht, dann wächst die Zuversicht, es wächst das Vertrauen, die Bürger kaufen ein, die Investoren investieren, worauf die Wirtschaft noch mehr brummt. Der Aufschwung ist dann ein von Gefühlen getriebener Aufschwung. Und im Abschwung ist es genau umgekehrt. Die Krise gebiert auch Krisengefühl, was die Krise wiederum verschärft. Hat der Verfall einmal eingesetzt, ist er nur sehr schwer zu stoppen, konstatierte Keynes, weshalb er auch im Radio den Aufruf absetzte: „Darum, ihr patriotischen Hausfrauen, brecht gleich morgen früh auf und geht zu den wundervollen Ausverkäufen, die überall angezeigt sind.“ Also, das war halt zu einer Zeit, wo vor allem die Frauen Einkaufen gegangen sind. Heute würde er das bestimmt anders gendern. Man kann noch weiter gehen. Dass in einer kapitalistischen Marktwirtschaft überhaupt etwas produ-

ziert wird, verdanken wir Frohnaturen von überbordendem Optimismus. Das war jedenfalls die Ansicht des großen Ökonomen Joseph Schumpeter, der gleichzeitig die allerschönsten Hymnen auf die Unternehmermentalität gesungen hat. Der Unternehmer, so Schumpeter, ist Erneuerer. Ich zitiere: „Zuversichtlich außerhalb der vertrauten Fahrinne zu navigieren und Widerstand zu überwinden, verlangt Fähigkeiten, die nur in einem kleinen Teil der Bevölkerung vorhanden sind“, schreibt Schumpeter in seinem späten, populären Werk, „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“.

Die Unternehmerpersönlichkeit, so könnte man das salopp zusammenfassen, ist also ein wenig auch ein optimistischer Narr, der oder die überall Chancen wittert, wo die meisten anderen nur Widrigkeiten sehen. Ich muss mich übrigens entschuldigen. Im Vortrag von Sigmar Gabriel kam vor, dass irgendjemand einen Vortrag hielt und dauernd Willy Brandt zitiert hat, und dann hat jemand gesagt: Willy Brandt ist tot und Sie zitieren immer nur Tote. Ich zitiere heute jetzt leider auch sehr viele Tote. Gleichzeitig sage ich dazwischen etwas anderes, etwas eigenes, und ich lebe immerhin wenigstens, also insofern kommen hier auch Lebende zu Wort. Aber kehren wir zurück zur Bedeutung des Optimismus in der Politik. Und ich will Sie hier jetzt nicht lange über die Politik im Allgemeinen aufhalten, sondern mit progressiver Politik. Denn hier sind wir ja bei der Sommeruniversität einer progressiven Parteiakademie. Also ich trete Ihnen hoffentlich nicht zu nahe, wenn ich sage, bei einer progressiven Kadenschmiede geradezu. Für den klassischen Konservatismus ist ja jedenfalls Optimismus keine besonders fruchtbare Kategorie. Natürlich konnten auch Konservative im Einzelfall optimistische Menschen sein, so persönlich. Aber ganz grundsätzlich hatte der klassische Konservatismus ein pessimistisches Weltbild. Der war getragen von einer skeptischen Anthropologie, nämlich der skeptischen Anthropologie, dass bei einem Tier, das aus so krummem Holz ist wie der Mensch, man immer auf der Hut sein muss. Und dass man, wenn einmal Institutionen funktionieren und sich wenigstens so einigermaßen bewährt haben, die eher bewahren muss. Denn was weiß man, was man anrichten könnte

mit Veränderungen. Was weiß man, ob gut gemeinte Verbesserungen nicht eine Büchse der Pandora öffnen, sodass die niedrigen Instinkte dieses sündhaften Wesens Mensch sich dann Bahn brechen. Also besser nichts ändern. Die Ideenwelt des klassischen Konservatismus ist also überhaupt nicht erklärbar ohne dieses skeptische, zutiefst pessimistische Weltbild.

Die Progressiven dagegen hatten immer eine optimistischere Sicht der Dinge. Wenn sie etwas in der Welt kritikwürdig fanden, dann hätten sie nicht gesagt: Die Ungerechtigkeiten, oder die kritikwürdige Seite der Institutionen oder was auch immer, seien Folge davon, dass das halt mit dem Mängelwesen Mensch einfach nicht besser ginge. Sie haben dem Menschen zugetraut, eine bessere, ja zeitweise sogar eine optimale Welt zu bauen, und immer die Mangelhaftigkeit der Institutionen dafür verantwortlich gemacht und nicht die Unvollkommenheit des Menschen, wenn die ideale Welt mit der realen Welt nicht in Übereinstimmung war. Aber lassen Sie mich da kurz innehalten. Kann



man denn wirklich behaupten, dass die Progressiven grundsätzlich optimistischer, zukunftsfroher waren? Schließlich sind ja die Progressiven gleichzeitig auch die chronisch Unzufriedenen. Die, die immer irgendetwas verbessern und verändern wollen, was ja gleichzeitig voraussetzt, dass ihnen nichts passt in dieser Welt, die sie in ihrer jeweiligen Gegenwart vorfinden. Und da ist auch etwas dran. Und wenn eine solche politische Mentalität zur personalen Mentalität wird, dann wird das zu einer Art Grenzgang. Man könnte modern sogar sagen, zu einer Art Gang an der Borderline. Also ich weiß nicht, ob ich das in der ausreichenden politologischen Wissenschaftlichkeit formuliere. Es ist eher so eine Art Intuition und Lebenserfahrung, die mir sagt, die progressive Mentalität ist immer auch in Gefahr, miesepetrig zu werden, zu einem ewigen Lamento, dass alles schlecht ist, alles immer schlechter wird, die Menschen geknechtet



sind, den billigsten Mysterien aufsitzen, früher der Kirche, heute den Boulevardmedien, dass der Feind übermächtig ist, und überhaupt, dass also alles furchtbar ist. Es gibt von Walter Benjamin, diesem seltsamen Marxisten – einem der seltsamsten Marxisten, den diese an Seltsamkeiten nicht arme Bewegung hervorgebracht hat, hat ihn einmal Hanna Arendt genannt –, also von diesem seltsamen Marxisten Benjamin gibt es eine ebenso eigentümliche Bemerkung, die mich seit vielen Jahren fasziniert. Und die lautet: Nur der Einverständene hat Chancen, die Welt zu ändern. Damit war gewiss nicht gemeint, dass nur jener, der ohnehin alles prima findet in der Welt, in der Lage ist, Änderungen zu bewirken. Das wäre ja auch irgendwie absurd, denn weshalb sollte solch ein Zufriedener überhaupt etwas ändern wollen?

Der Einverständene, das ist für Benjamin jemand mit positivem Weltbezug. Einer, der das Großartige und auch die Chancen sieht, selbst wenn er Kritikwürdiges kritisiert. Der Einverständene ist also ein Optimist, auch wenn er kritisiert, und eben kein bloßer Nörgler, sondern im Gegensatz zu diesem ein Zupackender, ein Änderer. Benjamins enger Freund, Bertolt Brecht, schon wieder ein Toter, der über diese Gedankengänge im engen Austausch mit Benjamin stand, hat einmal gemeint, nicht ans gute Alte, sondern das schlechte Neue gelte es sich zu halten. Nun gibt es natürlich ein offenkundiges Problem. Die Positionen, die ich hier präsentiere, stammen aus der Zeit, in der die Idee des Fortschritts noch intakt war. In der man in linken Kreisen – und das trifft für Sozialdemokraten ebenso zu wie für liberale Linke oder radikale Kommunisten – überzeugt war, dass wir grundsätzlich geradezu historisch notwendig einem Prozess stetiger Verbesserung beiwohnen. Politischen Fortschritten, Fortschritten zu mehr Demokratie, ökonomischen Fortschritten, technologischem Fortschritt, kulturellem Fortschritt, stetigen Modernisierungsprozessen. Also Sigmar Gabriel hat das ja auch sehr gut illustriert. Und dass, auch wenn es da mal zwei Schritte vor und einen zurück gehen kann, diese Fortschritte doch auch nicht einfach nebeneinander laufen, sondern einen gemeinsamen Takt haben. Dass heute besser als gestern ist und morgen besser als heute ist oder bzw. sein

wird. Die Zeit selbst war von Fortschrittsgeist durchdrungen, und somit ist es fast auch selbstverständlich gewesen, dass man sehr wohl mit seiner Zeit eins sein kann, seine Zeit positiv bejahen kann, als auch vieles an ihr kritisieren kann. Weil morgen soll es ja noch besser werden und history is on our side. Und diese Idee des Fortschritts ist natürlich aus verschiedenen Gründen etwas blass geworden – Sigmar Gabriel hat sie geschildert, ich lasse das jetzt bleiben –, sodass es ein bisschen schwieriger geworden ist, progressiv zu sein.

Die demokratischen Linken – und ich fasse diesen Begriff möglichst breit, so dass durchaus europäisch-kontinentale Sozialdemokratien genauso drunter passen wie amerikanische Demokraten, die Grünen, aber auch andere Linksparteien –, die haben heute schon ein kompliziertes Verhältnis zum gesellschaftlichen Fortschritt. Um das zu illustrieren, sei hier kurz an die vorangegangene gesellschaftliche Konfiguration erinnert. An die große Reform-Ära, die Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre mehr oder weniger zu Ende ging. Sie in Deutschland verbinden diese der Einfachheit halber gerne mit dem Namen Willy Brandt, wir in Österreich mit dem Namen Bruno Kreisky. Ein weiterer wichtiger Name, den wir damit verbinden, ist der des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. Wohlfahrtsstaatliche Reformen, so war man überzeugt, würden in Kombination mit stabiler Prosperität zu mehr materieller Gleichheit führen und allen Menschen ein Leben in Wohlstand sichern. Jeder würde die Möglichkeit haben, aus seinem Leben etwas zu machen.

Ökonomisches Wachstum und technologischer Fortschritt würden sich somit auch in gesellschaftlichen Fortschritt übersetzen. Gleichzeitig machen diese Mitte-Links-Regierungen gewissermaßen auch die Fenster auf: Bildung für alle, alte Zöpfe sollten abgeschnitten werden, Autoritäten wurden hinterfragt, hierarchische Ordnungen durchwehte ein Geist des Egalitarismus. Es herrschte ein Grundton des Optimismus vor, dass die Gesellschaften dank progressiver Reformpolitik bessere Gesellschaften werden würden. Nicht von heute auf morgen, aber in einer Perspektive von 10, 15, 20 Jahren vielleicht. Dass es den Kindern besser gehen würde als



den Eltern. Dass ein noch höheres Maß an Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit realisiert würde. Dass es gelingen würde, eklatanten Mangel und eklatante Chancenarmut auszumerzen und auch ein höheres Maß an demokratischer Partizipation herbeizuführen. Dass also der technologische Fortschritt und der „objektive“ gesellschaftliche Wandel, dieser Wandel, der sich hinter dem Rücken der Akteure oft ohne, oder zumindest ohne klar zurechenbares willentliches Zutun vollzieht, dem gesellschaftlichen Fortschritt zuarbeiten würde.

Fortschritt, das ist ein Wort, das unterkomplex ist, unpräzise. Das muss man ja auch mal dazusagen. Da kann man ja Innovation darunter verstehen, oder einfach Wandel, oder aber Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen. Nur damals war man eben, wie gesagt, noch richtiggehend instinktiv sicher, dass das synchron verlaufen würde. Oder vielleicht anders gesagt, dass es möglich ist, diese drei Fortschritte zu synchronisieren durch gute Politik. Natürlich, man fragte auch damals gelegentlich in nachdenklichen Runden, ob es nicht möglich war, dass die Rasanz des Fortschritts die Menschen überfordern könnte. Aber seit dem Ende dieser Konfiguration ist noch etwas Dramatischeres geschehen. Die drei Fortschritte selbst gerieten aus dem Takt. Wirtschaftliche und technologische Innovation, den objektiven Wandel, die gab es weiter. Aber die Verbesserung der Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen hielt damit



plötzlich nicht mehr automatisch Schritt, sagen wir es mal so. Oft war das Gegenteil der Fall. Für viele Menschen verschlechterte sich die Wohlfahrt. Die Ungleichheitsschere ging auf, der Konkurrenzkampf wurde härter. Ach, ich brauche Ihnen das alles nicht zu erzählen. Sie wissen das alles, Sie kennen die Statistiken über die Ungleichheitsentwicklung von Einkommen und Vermögen. Sie kennen die Erhebungen über die wachsenden subjektiven Ungerechtigkeitsempfindungen der Bürger, von den wieder zunehmenden Armutsgefährdungen ganz zu schweigen. Ich möchte mich darauf konzentrieren, was das bei den Politikern der Mitte-Links-Parteien, aber auch bei den Bürgern selbst auslöste, meiner Meinung nach. Ich denke, ich trete hier niemandem zu nahe, wenn ich das so formuliere: Bei den Politikern der Mitte-Links-Parteien und ihren Anhängern verdichtete sich das vielleicht oft auch nur instinktive Gefühl, der erreichte Grad an Wohlfahrtsstaatlichkeit sei das Beste, was zu erreichen sei. Viel mehr als es zu verteidigen, könne man im Grunde nicht tun. Dass es morgen besser sein würde als heute, das war jetzt plötzlich nicht mehr so klar. Dass es den Kindern besser gehen würde als den Eltern, wirkte keineswegs selbstverständlich. Auch die Begriffe wandelten sich. Der Begriff des Fortschritts verengte sich auf technologischen Fortschritt und wirtschaftliche Dynamik. Der Begriff Reform, der in der vorangegangenen Reform-Ära identisch war mit gesellschaftlichen Veränderungen in Richtung mehr Gleichheit, mehr sozialer Sicherheit, mehr Wohl-

fahrt und Wohlstand und mehr an Lebenschancen für alle, veränderte nach und nach auch seinen Inhalt.

Oft wurde nun der Abbau sozialstaatlicher Regulierungen und der Abbau von Sicherheiten mit dem Begriff Reform charakterisiert. Sempel gesagt: Während früher den Bürgern klar war, dass eine Reform ihre Lebensbedingungen verbessern würde, so war das nunmehr nicht mehr so klar. Oft war das Gegenteil der Fall. War von einer Reform die Rede, konnten die einfachen Leute meist davon ausgehen, dass ihnen irgendjemand irgendetwas wegnehmen wollte. All das veränderte die Politik der Mitte-Links-Parteien und damit auch die Wahrnehmung durch das Elektorat. Die einen sagten sinngemäß: Ja, wir sind auch für diese wirtschaftsliberalen Reformen, aber wir achten im Gegensatz zu unseren Konkurrenten wenigstens darauf, dass es auch ein bisschen fair zugeht, im Rahmen unserer Möglichkeiten. Soll heißen, in sehr begrenztem Maße. Oder sie warfen sich in die Verteidigungspose und sagten: Besser machen geht nicht mehr, aber wir verteidigen wenigstens das Erreichte. Oft lief das darauf hinaus, zu sagen: Wählt uns, weil mit uns wird es langsamer schlechter. Gemeinsam ist beiden Rhetoriken, die natürlich in der Wirklichkeit in den schönsten Mischungsverhältnissen auftreten, dass eine Idee progressiver Gesellschaftsverbesserung nirgendwo mehr erkennbar ist. Aber damit riss auch ein Faden, der die Bürger mit demokratischer Politik verbindet. Es mag ja ehren-

wert sein, wenn man sagt: Wegen der Globalisierung, wegen der demografischen Realitäten, wegen der Funktionslogik komplexer Gesellschaften, wegen was auch immer, habe die Politik die Fähigkeiten verloren, langfristig und konzeptionell eine Gesellschaft zu verbessern oder überhaupt in Gesellschaften hineinzuwirken. Aber man braucht sich dann natürlich auch nicht wundern, wenn sich die Bürger von einer solchen Politik abwenden, wenn sie eh offenkundig so unwichtig ist. Bis zu einem gewissen Grad ist sie ja unwichtig, denn man sieht das ja jetzt in den Leitartikeln, wo dann die Frage gestellt ist: Warum geht es Deutschland eigentlich so gut, wenn die Regierung so schlecht ist? Und der Schluss ist immer: Weil relativ egal ist, wer regiert. Bis zu einem gewissen Punkt stimmt das ja auch, aber halt nicht nur. Und es mag ebenso oder vielleicht noch ehrenwerter sein, das Bestehende zu verteidigen, wenn man es als verteidigungswert empfindet. Aber man wird halt Schwierigkeiten haben, die Menschen für eine solche Politik zu begeistern, wenn das Bestehende auch seine Mängel aufweist, die man sehr genau kennt.

Weil das Bestehende, und sei es bloß durch den Wandel, der objektiv, also irgendwie geschieht, seine Funktionstüchtigkeit verlieren kann. Weil das Bestehende doch immer auch das Gewohnte und damit das Langweilige ist. Es liegt nicht in der Natur des Menschen, sich für das Bestehende zu begeistern. Höchstens, sich an das Bestehende zu klammern, wenn die Veränderungen unheimlich werden und mit Veränderungen eher Verschlechterung als Verbesserung verbunden wird. Dann entsteht möglicherweise ein eigentümlicher Konservatismus, nämlich ein Konservatismus der Verunsicherung und der Angst. Wenn wir die Frage der Bedeutung des Optimismus für progressive Politik also systematisch behandeln wollen, dann darf ich kurz zusammenfassend noch einmal zuspitzen, was ich bisher gesagt habe. Erstens, dass es im Rahmen progressiver Politik ein grundsätzlich optimistisches Weltbild gibt. Dieses positive Weltverhältnis, wir können es fast eine politische Philosophie nennen, die oft auch so etwas ist wie eine unbewusste politische Philosophie. Man ist grundsätzlich auf die Zukunft, auf Verbesserung aus-



gerichtet, ja, und damit auch von der grundsätzlichen Verbesserungsmöglichkeit unserer Gesellschaften überzeugt. Aber es gibt noch eine zweite Dimension. Wer sich für Verbesserungen engagiert, der will ja andere anspornen mitzutun. Der will vielleicht sogar die Schwachen dazu bringen, ihre Stärke zu spüren, die sie normalerweise nicht spüren. Kurzum, der will ja auch andere anstecken. Ja, er will sie vielleicht auch begeistern.

Und jetzt frage ich Sie: Wie begeisternd ist einer, der den Leuten sagt, Gott, es wird immer alles schlimmer. Weltverbesserung, oh Gott, da wird doch eh nichts draus. Das Bestehende – das Beste, was man erreichen kann. Na, sehr begeisternd wird der nicht sein. Und wir wissen alle, wie oft der Typus dessen, der so spricht, in der Welt, in dieser empirischen Welt, in dieser Welt da draußen, gewissermaßen in freier Wildbahn, vorkommt. Und wir wissen, wie verbreitet dieser Typ gerade auch in linken, progressiven Parteien und Bewegungen

ist. Der Weltverbesserer braucht, hat Antonio Gramsci in einer legendären Wendung mal formuliert – also Weltverbesserer hat er nicht gesagt, aber der Rest ist von ihm –, den Pessimismus des Verstandes und den Optimismus des Willens. Soll in etwa heißen, ohne Optimismus kann man überhaupt nichts in Bewegung bringen, aber blind darf der Optimist natürlich auch nicht sein. Setzt er die rosarote Brille auf, dann sieht er die Welt nicht, wie sie ist. Kurzum, er muss gewissermaßen schie-len. Optimist sein, weil er Energie braucht, plus eine Prise Skepsis, um nicht unrealistisch zu werden. Lassen Sie mich, bevor ich zum Schluss komme, noch kurz darauf eingehen, was ein spezifischer sozialdemokratischer, also auch sozial-reformerischer Optimismus in der Vergangenheit war, und was er in der Gegenwart sein sollte. Man muss sich zunächst einmal darüber im Klaren sein, was Sozialdemokratie überhaupt heißt. Es gab ja in der Geschichte nicht wenige, die Sozialdemokratie als bloßen Mittelweg zwischen ultraliberalem Marktkapitalismus und den Kommunisten gesehen haben, aber eigentlich ohne eigenes Gesellschaftsmodell. Also sozusagen als so etwas wie Mittelwegsgefährten. Im schlimmsten Fall als jene Art von Marxisten, denen die Eier für die Revolution fehlt. Die Guten, denen halt ein bisschen der Schneid fehlt. Aber seit der Zeit des ersten Revisionismus ist Sozialdemokratie nicht irgendein Mittelweg, sondern eine eigenständige politische Idee.

Dass man auch innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft eine gerechtere Ordnung schaffen kann, die allen ein Auskommen bietet, einigermaßen egalitäre Lebenschancen herstellt, die materielle Ungleichheiten sukzessive ausgleicht, und die damit auch ökonomisch eine stabile Prosperität herstellt und das auch mit der Etablierung von immer mehr liberalen Freiheitsrechten flankiert. Und vom alten Marxismus hatte man sich noch eine Schwungform seines Geschichtsdeterminismus bewahrt. Man war nämlich weiter der Überzeugung, *history is on our side*. Betrachten wir die Dinge einmal nüchtern, blicken wir zurück auf dieses lange 20. Jahrhundert mit Wirtschaftsliberalismus, erster Globalisierung, dann Bankenkrach, große Depression der dreißiger Jahre, Weltkrieg und dann den keynesianistisch gezähmten, wohlfahrtsstaat-

lichen Kapitalismus und den 30 goldenen Jahren, die folgten, den Trente glorieuse, wie die Franzosen sagen, dann muss man konstatieren: Anders als die Idee vom Ende der Geschichte glauben macht, war nicht der liberale Kapitalismus jene Gesellschaftsphilosophie, die im 20. Jahrhundert triumphiert hat – nein, die Sozialdemokratie ist der Sieger dieser Geschichte. Und das, obwohl man schon früher den Sozialdemokraten gesagt hat: Mehr Gleichheit im Kapitalismus, das geht doch nicht. Gerechtigkeit im Kapitalismus, das geht doch nicht. Aber es stimmt nicht, dass man nichts verbessern kann, ohne den großen Sprung in der Geschichte herbeizuführen.

Da müssen wir nicht nur in der Geschichte zurücksehen. Wir können uns auch die heutigen real existierenden Volkswirtschaften ansehen. Da gibt es welche, in denen Vermögen, Einkommen und Lebenschancen grob ungleich verteilt sind, wie etwa der USA, Großbritannien, Portugal, ich kann die Liste verlängern. Und dann gibt es welche, wo man einen höheren oder sogar sehr hohen Grad an Gleichheit und Fairness hat, allen voran Schweden, aber auch Japan und Norwegen. Also schon das zeigt uns, dass es nicht nur eine Art gibt, Marktwirtschaften zu organisieren, sondern es gibt solche und solche. Und ich sage nicht, dass da eine total optimal ist, aber ich sage nur, das zeigt, es gibt nicht nur ein Modell; es gibt verschiedene Wege, das, was man in der wissenschaftlichen Literatur, von den USA ausgehend, schon mittlerweile die „Varieties of Capitalism“ nennt. Es gibt welche, in denen man die Marktverteilung und ihre Ungerechtigkeiten einfach hinnimmt und in denen auch noch die ökonomisch Privilegierten die Möglichkeit haben, aufgrund der Macht, die mit ihrer Privilegierung einher geht, ihre Privilegien zu verteidigen, indem sie sich Politiker kaufen oder starke Lobbys organisieren oder sich einflussreiche Medien halten, in denen man zulässt, dass die ohnehin schon Reichen das Land auch noch ausplündern. Und dann gibt es andere, wo man sehr wohl die Dynamik von Märkten nutzbringend zu mobilisieren vermag, aber nicht zulässt, dass Marktlogik und Egoismus jede Pore des Gemeinwesens durchdringen und Folgen verursachen, die eine Gesellschaft von innen heraus verrotten lassen. Es



stimmt einfach nicht, man muss das hundert und tausend Mal sagen, dass eine Marktwirtschaft wirtschaftlich besser funktioniert, wenn man grobe Ungleichheiten akzeptiert. Das Gegenteil ist der Fall. Und zwar aus vielerlei Gründen, und ich nenne hier mal nur drei. Wohlstand für alle stärkt die Kaufkraft und die Binnennachfrage, belebt die Wirtschaft und macht eine Volkswirtschaft unabhängiger von der Exportnachfrage. Das gilt auch in einer offenen, globalisierten Welt. Wenn alle Menschen in materiell sicheren Verhältnissen leben, können auch alle Menschen ihre Talente entwickeln. Mehr Menschen tragen dann zum Wohlstand bei. Menschen am Rande der Gesellschaft zu belassen, sodass ihre Möglichkeiten verkümmern, ist deswegen nicht nur ungerecht, es ist auch ineffizient. Drittens, Unterprivilegiertheit vererbt sich. Das ist nicht nur ungerecht, sondern verschwendet das Potenzial von Menschen, die etwas zum Wohlstand und zur Prosperität beitragen könnten. Deswegen sind gerechtere Gesellschaften auch wirtschaftlich funktionstüchtiger als Gesellschaften, die grobe Ungleichheiten zulassen. Das heißt, eine Volkswirtschaft, in der es gerecht zugeht, ist auch wirtschaftlich funktionstüchtiger, und zwar innerhalb der Logik einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Und das ist eine Einsicht, die in den nächsten Jahrzehnten noch viel wichtiger wird aufgrund der demografischen Entwicklung, wenn

immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter immer mehr älteren Menschen gegenüberstehen.

Da kann man natürlich sagen: Um Gottes Willen, da wird unser Pensionssystem schwerer finanzierbar. Aber man kann auch sagen: Dann können wir es uns einfach nicht mehr leisten, fünf oder sieben oder zehn Prozent der jungen Menschen von jedem Jahrgang mit schlechter oder gar keiner Bildung auf den Arbeitsmarkt zu werfen. Weil dann gilt noch viel mehr, als heute schon gilt: Wir brauchen jede, wir brauchen jeden. Und wir dürfen keinen Einzigen, keine Einzige zurücklassen, wir dürfen keine Generation mehr verlieren. Und hinzu kommt natürlich: Die Wirtschaft ist nicht alles. Faire Gesellschaften funktionieren nicht nur wirtschaftlich besser, sie funktionieren auch sozial besser – als Gesellschaften, als Ganzes. Die britischen Wissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett haben in ihrer bahnbrechenden Studie, die die meisten von Ihnen wahrscheinlich kennen oder zumindest was darüber gelesen haben, auf Deutsch „Gleichheit ist Glück“, alle möglichen Datensätze über alle möglichen Gesellschaften verglichen. Also das Bildungsniveau, den Analphabetismus, die Lebenserwartung, die allgemeine Volksgesundheit, die Kindersterblichkeit, den Anteil der Teenager-Schwangerschaften, den Alkoholismus, die Lebenszufriedenheit der Bürger und

ihr Vertrauen zueinander, und Dutzende andere Parameter. Was weiß ich, den Anteil der Fettleibigen, alles was sie finden konnten. Und sie haben dann geschaut, inwiefern steht das, also diese gesellschaftlichen Pathologien, wenn man das so nennen kann, diese Dysfunktionalitäten einer Gesellschaft, im Verhältnis zum Grad an Ungleichheit bzw. Gleichheit in einer Gesellschaft? Und das Ergebnis ist eindeutig. Je gleicher eine Gesellschaft, umso besser funktioniert sie. Umso besser lebt es sich in ihr, umso zufriedener die Bürger. Und das Erstaunliche daran ist, das gilt nicht nur für den unterprivilegierten oder unterprivilegiertesten Teil der Gesellschaft, also für jene, die von einer fairen Verteilung am meisten zu gewinnen haben; es gilt für alle. Alle haben etwas davon, wenn eine Gesellschaft besser funktioniert. Die Unfairness ist sogar für die Reichen un bequem. Also um das zusammenzufassen: Gesellschaften, die nicht in grobe Ungleichheiten zerrissen sind, in denen es fair zugeht, funktionieren wirtschaftlich besser, aber sie sind auch als Gesellschaften lebenswerter. Ihre Institutionen funktionieren besser und ihre Bürger sind glücklicher.

Ich komme zum Schluss. Es gibt ja Leute, die uns einreden wollen, wegen der Globalisierung hat die Politik kaum mehr Möglichkeiten, um steuernd in die Wirtschaft einzugreifen. Und es gibt sogar Leute, die behaupten, die Progressiven, die demokratischen Linken hätten sich zu Tode gesiegt, weil ständische Vorrechte oder die brutale Ausbeutung der Arbeiter, das gibt es ja heute nicht mehr. Und dafür gibt es ja alles, was man sich so gewünscht hat als Sozialdemokrat vor hundert Jahren: Pension und Krankenversicherung, einen Staat, der umverteilt, anständige Arbeitszeitregelungen und was weiß ich was, alle Ziele erreicht, keine neuen mehr in Sicht. Aber Leute, das stimmt nicht. Es gibt genug, was man tun kann und tun muss – ich will das jetzt gar nicht aufzählen, das werden Sie alles wissen –, um Gesellschaften zu etablieren, in der die Chancen gerechter verteilt sind, in der alle ihre Talente entwickeln und ihre Träume verwirklichen können. In der alle die Freiheit haben, aus ihrem Leben das Beste zu machen. Ja, Freiheit! Die Neoliberalen sagen uns ja: Freiheit, das ist primär Wirtschaftsfreiheit. Aber die Freiheit, von der sie

reden, heißt: viel Freiheit für die einen und weniger für die anderen. Da reden sie von der Optionen- und Risikogesellschaft, aber so, wie sie sich das vorstellen, oder wie sich die in der Realität etabliert, heißt das Optionen für die einen und die Risiken für die anderen. Aber die eigentlichen Freiheitsbewegungen waren immer die progressiven politischen Kräfte, die sich für echte Freiheit und Gleichheit stark gemacht haben. Das ist mir sehr, sehr wichtig. Deshalb will ich das hier jetzt noch einmal unterstreichen: Mehr Gerechtigkeit heißt auch mehr Freiheit. Echte Freiheit für möglichst alle Menschen, etwas aus ihrem Leben zu machen. Denn was ist das Ziel solch progressiver Reformen, die ein Land gerechter machen? Das Ziel ist, wie das Olof Palme einst ausdrückte, die Hindernisse für die freie Entwicklung des Menschen wegzuräumen und ihm eine Chance zu geben, seine Persönlichkeit zu entwickeln. Also könnte ich jetzt salopp sagen: Auf zu neuen Zielen. Nur, mit Kleinlichkeit und Kleinmütigkeit wird das nicht gehen. Mit Übellaunigkeit wird das nicht gehen. Ohne Optimismus, ohne die Zuversicht, dass es geht, ein besseres Gemeinwesen zu bauen, in dem das Gemeinwohl und das Wohl eines Jeden und einer Jeden im Zentrum steht, ohne diese Zuversicht, die in der Lage ist, auch andere anzustecken, wird das nicht gehen.

Um den Bogen zurück zu meinem Ausgangspunkt zu schlagen: Ja, Gesellschaften werden nie von Miesepetern verbessert, sie werden von Optimisten verbessert. Ich bringe an dieser Stelle gern dieses Beispiel – jetzt annonciere ich da schon, dass ich mich da wiederhole, und manche haben das vielleicht schon gehört, ich lasse es aber trotzdem nicht weg –, wenn sich Martin Luther King ans Lincoln Memorial gestellt hätte und da gesagt hätte: Alles ist ein Albtraum. Aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung wäre wohl nicht recht etwas geworden. Er hat aber nicht gesagt: Ich habe einen Albtraum. Er hat gesagt: Ich habe einen Traum. Kurzum, ohne dieses „der Zukunft zugewandt“, das den Progressismus immer auszeichnete – oder, wie das die Geisteswissenschaftler nennen, diesen prinzipiellen Futurismus –, bricht hier ein Element weg. Das Energetische, der Schwung, den progressive Politik immer hatte, wenn sie erfolgreich war.

Gewiss, es wäre lächerlich, für einen voraussetzungslosen Optimismus zu plädieren, einen reinen Voluntarismus, der sich um die Realität nicht schert. Und gewiss, auch der Optimismus steht auf einem anderen Boden in Epochen, die im Allgemeinen von Aufbruchsstimmung und Zukunftszuversicht gekennzeichnet sind, als in jenen, in denen die modernisierenden Energien erlahmen. Es spielt eine Rolle, klar, ob man den Wind im Rücken spürt oder ob er einem ins Gesicht bläst.

Susan Sonntag, die amerikanische Autorin und Essayistin und Literaturexpertin und was weiß ich alles, also Gesamtdenkerin, hat im Rückblick über diese Aufbruchsjahre, die sechziger und siebziger Jahre gesagt, wie wundervoll das alles im Rückblick erscheint, wie sehr man sich wünschte, „dass ein wenig von der Kühnheit, dem Optimismus überlebt hätte. Die beiden Pole eines ausgeprägten modernen Empfindens sind Nostalgie und Utopie. Das vielleicht interessanteste Merkmal der Zeit, die heute als die sechziger Jahre etikettiert wird, war die Tatsache, dass es so wenig Nostalgie gab.“ In dem Sinne handelt es sich tatsächlich um einen utopischen Moment. Aber vergessen wir nicht: Der Zeitgeist, der ist nicht einfach so da. Er wird von Menschen gemacht, und man muss ihn auch nicht einfach so hinnehmen. Wenn er von Menschen gemacht wird, dann haben Menschen auch immer die Möglichkeit, ihn neu einzufärben und zu modellieren und zu verwandeln. Nicht alles ist dem Voluntarismus zugänglich, aber vieles ist veränderbar, wenn man nur den Willen dazu hat. Wenn man Willen hat, Energie, und wenn die anderen Menschen merken: Ah, die haben einen Willen, die wollen etwas. Der oder die, die hat wirklich Schwung. Dann kann man Menschen nämlich anstecken. Dann ist vieles möglich. Politik ist Wille, war das Lebensmotto von Olof Palme. Und mein Eindruck ist – und da kann ich mich auch wiederum nur auf meine Intuition verlassen, aber da ich ja mit dem Optimismus des Willens, aber dem Pessimismus des Intellekts auf die Dinge starre, glaube ich doch, dass meine Intuition mich da nicht so trügt –, dass viele Menschen darauf warten. Der Pessimismus, der sich in unsere Gesellschaften eingeschlichen hat, diese Verlorenheit in reiner Gegenwart, in der die Zukunft als reines „weiter so“ erscheint, aber nicht mehr als Verspre-

chen, der führt zu Übellaunigkeit. Politikverdrossenheit, die Entfremdung von demokratischen Idealen, die uns alle Tage von den Umfrageinstituten berichtet wird, sie hängen mit all dem zusammen, sodass wir konstatieren müssen: Nicht nur, dass man nur mit Optimismus die Welt verbessern kann – nein, ohne Optimismus bleibt die Welt auch nicht gleich. Sie wird nämlich dann sogar schlechter. Der Pessimismus und sein abgeklärter Bruder, nämlich der Zynismus, sind Königswege zur Weltverschlechterung. Progressive Politik braucht also Ziele, die ebenso realistisch wie ehrgeizig sind. Gleiche Lebenschancen für alle. Die Freiheit für alle, aus ihrem Leben das Beste machen zu können. Mehr Demokratie. Die Demokratie ein egalitäres Gemeinwesen, in dem sich alle auf Augenhöhe begegnen und jedem der Respekt widerfährt, der ihm als Gleicher und Gleichen gebührt. Und sie braucht Menschen, die sich mit Schwung, Energie und Willenskraft für diese Ziele stark machen. Und sie muss von einem Geist des Optimismus durchdrungen sein. Insofern erlauben Sie mir, in diesem Sinne zu schließen und zu sagen: Alles wird gut. Dankeschön.



Partei der Zukunft: „Wie wir besser werden!“

Andrea Nahles

MdB, Generalsekretärin der SPD



Was wir verbessern müssen: Das Erste ist, dass wir eine bessere Analyse der Situation machen müssen, wenn die SPD eine bessere Politik als Antwort anbieten will. Deswegen möchte ich nicht über den Zustand der SPD sprechen, ohne vorher über den Zustand der Demokratie in Deutschland und Europa zu reden. Ich glaube, das eine hängt ganz unmittelbar mit dem anderen zusammen.

Die Situation der Demokratie ist die, dass wir zunehmend ein Auseinanderfallen beobachten. Einerseits gibt es Menschen, die sich sehr stark zusätzlich einbringen wollen. Die Wünsche nach Partizipation und Teilhabe sind gestiegen. Nach meiner Beobachtung sind die Leute, die Bürgerinnen und Bürger, viele auch in unserer eigenen Partei, selbstbewusster geworden. Dieses Bild „Ich will mich in einer Organisation beteiligen“ läuft nicht mehr nach dem Motto: Ich stelle meine Interessen zurück und diene der Sozialdemokratie oder diene einer anderen Organisation, sondern ich möchte als Bürger, der seine Zeit opfert, im Grunde ernst genommen werden. Ich möchte mich nicht ein-

fügen, sondern ich möchte mitbestimmen. Vielleicht ist das für Euch selbstverständlich, weil viele von Euch sowieso schon durch die Welt laufen und sagen: Ich biete meine Zeit an, dann sollen die gefälligst auch etwas dafür tun, dass ich das mache und sich auch entsprechend freuen. Und dann sind sie überrascht, wenn sie feststellen: Die freuen sich ja irgendwie gar nicht. Oder: Es läuft ja hier ziemlich müde. Oder: Die erwarten, dass ich mich hinten anstelle – was ist das denn hier?

Also im Grunde genommen treffen da zwei unterschiedliche Erwartungshaltungen aufeinander. Übrigens nicht nur in Parteien, sondern auch durchaus in anderen Organisationen, in denen man sich engagieren möchte. Deswegen glaube ich, dass wir auch Angebote machen müssen für Teilhabe und Partizipation, die über das hinausgehen, was wir bisher in meiner Partei, in unserer Organisation angeboten haben.

Das Zweite ist, dass sich Menschen auch ein Stück weit ducken vor der Komplexität von politischen Entscheidungsprozessen. Viele steigen aus, bevor sie diese richtig durchdrungen haben. Mit anderen Worten: Politik besteht aus Kompromissen, aus vielen Akteuren. Demokratie heißt nichts anderes, als Macht zu teilen. Wenn da nicht einer ist, der alles bestimmt, sondern viele, die nach langen Diskussionen etwas bestimmen dürfen, dann wird die Sache für viele Leute schon unübersichtlich. Manche sind auch ungeduldig, haben keine Lust und klinken sich aus. Das ist etwas, was wir auch sehen müssen, wo wir stärkere Angebote machen müssen für direkte Beteiligung, auch direkte Entscheidungsmöglichkeiten. Ich habe den Eindruck, bei zunehmenden Anforderungen in Beruf und Gesellschaft, ist die Geduld, sich langwierig auf politische Prozesse einzulassen, gesunken. Wir haben zehn Jahre appelliert, dass das bitte nicht so

sein möge, aber wir müssen nach zehn Jahren feststellen, dass die Appelle nicht funktionieren.

Dritter Punkt: Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes spüren, dass sie Macht haben. Aber auch weltweit kann man das spüren, dass sie sich da, wo es Beteiligungsmöglichkeiten gibt, auch darauf einlassen. In Italien hat Berlusconi nach geradezu selbstherrlichem Regieren über viele Jahre sehr wichtige Volksabstimmungen verloren vor wenigen Wochen, erfreulicherweise. Zum Beispiel haben sich die Italienerinnen und Italiener entschieden, die Atomkraft nicht wieder als Energieform zu akzeptieren und sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung ausgesprochen. Und das übrigens mit einem sehr hohen Quorum. Seit 1995 ist es zum ersten Mal wieder gelungen, das hohe Quorum für diese Volksentscheide leicht zu überspringen. Oder anders ausgedrückt, es sind also diese Angebote an direkter Demokratie, die über Jahre nicht gezogen haben. Das war jetzt in Italien zum Beispiel so, dass jemand sehr autokratisch regiert. Aber hier wurde ein ganz klares Stoppsignal der Italienerinnen und Italiener gesetzt.

Oder ein anderer Punkt, den ich beobachtet habe, ist natürlich hier in Deutschland nicht nur die Frage von Bürgerinitiativen oder Stuttgart 21, sondern es ist auch die Frage: Wollen wir und wie weit wollen wir demokratische Entscheidungen überhaupt zulassen? Ich komme aus Rheinland-Pfalz. Da ist die Frage: Wird eine Brücke über den Mittelrhein gebaut – ja oder nein? Und auch da wird sich zeigen, wie sich diese Frage entwickelt. Gibt es eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger – ja oder nein? Also es gibt im Grunde genommen auf dieser Ebene starke Bedürfnisse von Menschen, sich zu engagieren.

Aber es gibt auch die andere Seite. Wir stellen fest, dass die Wahlbeteiligung bei Wahlen extrem sinkt. In Brandenburg hatten wir Kommunalwahlen, bei denen die Wahlbeteiligung bei unter 30 Prozent lag, in einem Fall sogar unter 20 Prozent. Das ist dann wirklich schon besorgniserregend. Oder ich komme immer mehr in Stadtteile, wo der Anteil der SPD-Wähler an sich hoch ist, die Wahlbeteiligung aber bei 30 Prozent liegt. Wenn man in diese



Stadtteile hineingeht, dann stellt man fest, da sitzen viele Leute, die fühlen sich von dieser Gesellschaft nicht mehr angenommen. Die haben das Gefühl, sie sind sowieso die Verlierer und sie werden nicht mehr von uns vertreten. Leute, die sich in unserer Gesellschaft nicht mehr vertreten fühlen, klinken sich deswegen auch aus den demokratischen Entscheidungsprozessen aus. Das übrigens trifft besonders die sozialdemokratische Partei. Und wenn man das alles zusammennimmt, dann hat man in Deutschland einen gemischten Befund von Lust auf Beteiligung, mehr Selbstbewusstsein bei der Beteiligung, mehr Erwartungen, wie Beteiligung organisiert werden kann auf der einen, und auf der anderen Seite die Verweigerung von Beteiligung, weil man frustriert ist und weil man das Gefühl hat, man wird überhaupt nicht mehr vertreten. Ein gemischtes Bild.

Und ich erlaube mir noch eine Bemerkung in Bezug auf die europäische Ebene. Was das Tödlichste für eine Demokratie ist: Wenn die Leute das Gefühl haben, dass diejenigen, die sie wählen könnten, keine Einflussmöglichkeiten mehr haben. Und was wir momentan erleben, ist, dass die Europäische Union vor sich her getrieben wird von einigen Ratingagenturen und Auswüchsen auf den Finanzmärkten. Das bringt natürlich in der Sache schon Probleme, doch der langfristige Schaden für unsere Demokratie ist die andere Sache, nämlich dass man das Gefühl hat, dass nicht gewählte, nicht legitimierte Leute, die nur nach Profiten gieren – Ra-

tingagenturen und ihre Betreiber sind nämlich private Unternehmen – in der Lage sind, politisch gewählte Volksvertreter im Grunde genommen zu entmachten oder zumindest unter Druck zu bringen und zu erpressen. Ich glaube, dass wir das auf Dauer nicht aushalten und deswegen ernsthafte Kapitalismuskritik notwendig ist, um unsere Demokratie zu retten.

Wir brauchen, um unsere Demokratie zu retten, eine kapitalismuskritische Debatte, stärker als wir sie in der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahren geführt haben – wegen der Regierungsverantwortung oder der Angst, man würde vielleicht verwechselt mit der Linkspartei oder warum auch immer. Ich glaube, das ist Mist. Wir müssen wirklich zurückkommen zu einem klaren Benennen der Probleme, weil wir eine soziale, aber vor allem auch eine demokratische Partei bleiben wollen – und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa, und das auch in der Zukunft. Das heißt also, aus meiner Sicht hat sich, was die demokratische Frage angeht, das Wort von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“, auch gegen Marktinteressen, auch gegen Frust, auch gegen Politikverdrossenheit usw. nicht erledigt – ganz im Gegenteil. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob sich eine Partei wie die SPD sich einer Parteireform unterzieht, von elementarer Wichtigkeit. Und zwar nicht etwa, weil Sigmar Gabriel und ich darauf hoffen, dass wir mit einer Parteireformdebatte auf dem nächsten Parteitag ein besseres Stimmresultat bekommen. Wäre das unser erstes Ziel, müssten wir das ganze Projekt sofort beenden, weil die Begeisterung, ehrlich gesagt, für diese Reform sich deutlich in Grenzen hält. Offen gesprochen ist es sogar ein Zustimmungsvernichungsprojekt, wenn man so will, weil man die Leute damit konfrontiert, dass das, was sie bisher gemacht haben, möglicherweise nicht auf der Höhe der Zeit ist. Wer hört das schon gerne?

Zweiter Punkt: Wir machen das nicht etwa, um die Leute zu ärgern oder weil wir ein schlechtes Bild von unserer Partei hätten. Ich jedenfalls finde, dass wir es als SPD in 150 Jahren immer wieder geschafft haben, auf die Höhe der Zeit zu kommen. Das heißt aber auch, dass wir Demokratiebeteiligung immer wieder so gestaltet haben, wie sie von den Bürge-

rinnen und Bürgern erwartet und erwünscht war. Und wenn ich mir heute unsere Partei ansehe, dann erlebe ich drei, vier Sachen, die geändert werden müssen. Deswegen schlagen wir genau zu diesen Punkten Entsprechendes vor.

Der erste und wichtigste Punkt ist, dass wir in den letzten zehn, fünfzehn Jahren, auch übrigens durch die Basta-Politik, durch das Reindrücken von politischen Entscheidungen von oben nach unten, das Zutrauen unserer eigenen Mitglieder, dass sie von unten nach oben Politik bestimmen können, so gut wie entwertet haben. Und das ist sehr schlimm. Denn zum Beispiel habe ich beobachtet, dass wir nur noch ganz wenige Anträge haben. Ich bin zehn Jahre Kreisvorsitzende gewesen, am Ende waren es überhaupt keine Anträge mehr. Warum? Weil die das Gefühl hatten: Wenn man hier einen Antrag schreibt, wo wird der enden? Was hat das für einen Sinn? Die machen doch sowieso, was sie wollen. Ich überziehe das jetzt etwas. Wir müssen es wieder schaffen, dass diejenigen, die sich vor Ort organisieren, mit den politischen Themen, die sie haben, wirksam sein können: dass das wahrgenommen wird, ernst genommen wird, dass das anerkannt wird und dass das etwas ausmacht. Ich habe eben geschildert, wie die Bürgerinnen und Bürger sind: selbstbewusster, sie wollen mehr mitbestimmen. Unsere eigenen Mitglieder sind natürlich ganz genauso. Sie unterscheiden sich in keinsten Weise von den Bürgerinnen und Bürgern.

Deswegen brauchen wir zum Beispiel Mitgliederentscheide in Sachfragen. Und zwar nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf der kommunalen und der Landesebene müssen die Mitglieder, und zwar unmittelbar, über Sachfragen entscheiden können. Und das muss dann auch wirksam sein, das heißt, es gilt dann. Es ist dann unser parteipolitisches Programm und nicht irgendwie nur eine Meinung, die man mal einholt. Das werden wir mit der Parteireform, die wir jetzt vorschlagen, ermöglichen.

Die zweite Sache ist aus meiner Sicht ganz zentral: Dass wir kulturell andocken an die Realitäten von jungen Leuten, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Da haben wir keine Satzungsänderung nötig, sondern brauchen eine Änderung in



der Praxis. Wenn wir uns nur mittwochs abends um 20 Uhr treffen, ist das für Familien mit Kindern ein Problem. Und wenn wir uns nur treffen und ein Vorsitzender quatscht und quatscht und es wird eine langweilige Tagesordnung ohne Politik abgearbeitet, wie das leider öfter der Fall ist, weil man dann, wenn überhaupt, nur Kommunalpolitik macht, dann finden viele junge Leute das uninteressant. Und deswegen wäre es wichtig, dass wir es schaffen, unsere eigenen Ortsvereine zu repolitisieren, dass wir dort mehr politische Debatten anregen. Das wollen wir dadurch schaffen, dass wir insbesondere den jungen Leuten sagen: Ihr müsst nicht unbedingt Kommunalpolitik im Ortsverein machen, wir bieten Euch auch regional Themenforen an. Wenn Ihr dort mitmacht, dann habt Ihr auch Antragsrecht und Rederecht auf der nächsten Ebene. Und ihr könnt auch von der Seite kommen, ihr müsst nicht unbedingt den Weg durch die Institutionen gehen, aber ihr bekommt trotzdem Mitsprachemöglichkeiten, die ernst zu nehmen sind und auf dem Parteitag eine Rolle spielen. Ich erhoffe mir dadurch Irritationen. Ich habe Parteitage in den letzten zehn Jahren erlebt, die irritationsfrei abgespult wurden. Meiner Meinung nach ist das das Letzte davon, was attraktiv macht, sondern wir brauchen lebendigere Debatten. Deswegen darf es auch mal von quer kommen – quer inhaltlich, quer von der Hierarchie der Partei, quer von den Gedanken und Vorschlägen, die gemacht werden. Und das bedeutet auch, dass die Strukturen, die wir jetzt kennen, auch irritiert werden sollen durch neue Ideen. Und wir wollen diese Themenforen ausstatten möglicherweise – das wird jetzt noch diskutiert – auch mit einer Möglichkeit, in den Themenforen Delegierte zum Beispiel für Parteitage zu wählen, sodass dann auch

auf den Parteitagen Leute, die in diesen Themenforen diskutieren, entsprechend sich ans Mikro begeben können, ihre Sache selber vertreten können und dann auch entsprechend ausgestattet sind.

Das meine ich mit Öffnung der Partei. Und ich meine damit nicht etwa, dass wir uns jetzt wegen der Frage, ob in diesen Themenforen auch evtl. Nichtmitglieder mitarbeiten dürfen oder nicht, zerstreiten, sondern die Frage uns mal ehrlich beantworten, wann in den letzten 20 Jahren sind denn unsere eigenen Mitglieder ehrlich beteiligt worden? Ja ich persönlich kann nur sagen: mäßig. Wenn ich die Entwicklung richtig beobachtet habe, immer weniger. Und wenn ich das, was wir jetzt vorschlagen, sehe, dann sage ich: immer bessere, immer mehr Beteiligung auch für Mitglieder. Das sich eben auch über diese Sachgeschichten: direkte Mitgliederentscheide über Themenforen, und die Möglichkeiten auch für einfache Mitglieder, die nicht die ganzen Hierarchieebenen vertreten, vorstellen zu können. Das ist das, was wir machen, auch um die Mitglieder und deren Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken. Das ist mir sehr wichtig.

Ich glaube, dass nur eine zufriedene Partei da ist, wenn die eigenen Mitglieder sich gut fühlen. Wenn sie das Gefühl haben: Jawohl, das ist auch meine Partei, an der ich teilhaben kann, an der ich intensiv mitarbeiten kann. Und dann kommen wir zu dem Punkt Nichtmitglieder-Beteiligung. Wir haben in Spanien mittlerweile ein System, wo fast 400.000 Sympathisanten 200.000 Mitgliedern gegenüberstehen. Ganz interessant. Es gibt also eine Art Sympathisantenstatus der spanischen Sozialistischen Partei. Die registrieren sich, die nehmen

nicht die vollen Mitgliedsrechte wahr, aber sie können mitmachen, sie sind informiert, sie werden auch teilweise beteiligt. Und von dieser Möglichkeit, das fand ich sehr interessant, haben sehr viel mehr Leute Gebrauch gemacht, als das die spanische Partei selber am Anfang vermutet hätte. Und wenn ich jetzt durch die Republik reise und die SPD-Parteireform vorstelle, dann stelle ich fest, dass sehr viel Misstrauen im Raum ist gegenüber Sympathisanten, die möglicherweise zu uns stoßen könnten. Ich muss mal ganz offen sagen, ich wäre ja froh, wenn es viele sind. Es gibt zum Zweiten die Argumentation: Das werden ja sowieso nicht viele sein. Ich argumentiere da gerne mit der Erfahrung in Spanien.

Es gibt natürlich immer Unterschiede von Land zu Land, und ich möchte nicht 1:1 vergleichen. Aber ich glaube, dass es einer Partei eine ungeheure Attraktivität und Lebendigkeit gibt, wenn sich viele Leute entscheiden, sich öffentlich zu „committieren“, zu sagen: Wir sind Sympathisanten der SPD. Und sich auch entsprechend in ihrem Freundeskreis einbringen. Die Erfahrungen, die wir mit der Juso-Gastmitgliedschaft haben, sind, dass wir 5.000 Gastmitglieder haben bei den Jusos, und dass die allermeisten von denen nachher ordentliche SPD-Mitglieder werden. Es gibt nur einen ganz kleinen Schwund an dieser Stelle. Und das meint für mich, dass wir versuchen müssen, uns selber ein Stück weit auch zu öffnen in der Weise, dass wir auch den Leuten, die sich auf uns zubewegen, aber noch in der Bewegung sind, ein Angebot machen und nicht einfach sagen: Na ja, schauen wir mal, wie viele es denn bis zu uns wirklich schaffen. Also ich würde da gerne die Angel auswerfen, und ich meine eine mit einem Blink dran. Und ich möchte nachher das Ergebnis haben, dass viele von denen ganz normale SPD-Mitglieder mit vollem Beitrag werden. Aber bis wir dahin kommen, haben wir mehr Hürden zu überwinden, als das vor 20 Jahren der Fall war. Deswegen ist diese Öffnung für Nichtmitglieder notwendig.

Letzter Punkt: Ich möchte gerne einen Wettbewerb um gute Ideen in meiner Partei sehen. Wir werden deswegen einen Innovationsfonds einrichten, der den Kreisverbänden zu gute kommen soll. Für diejenigen, die hier nicht so in den Strukturen drin

sind: Ich glaube, die Kreisverbände sind die Ebene, die die meisten zusätzlichen Aufgaben in Zukunft wahrnehmen muss, weil viele Ortsvereine immer schwächer werden. Das sehe ich jedenfalls in einer ländlichen Region, wie ich sie in der Eifel habe. Die will ich fördern und denen sagen: Ihr könnt alles, was Ihr an guten Ideen habt, umsetzen, wir helfen Euch dabei! Das ist eine Möglichkeit, denn ich möchte die Praxis in der Partei ändern und nicht in erster Linie die Satzung, die ist nicht das Entscheidende am Ende.

Wir haben uns überlegt, wie kommen wir denn an die jungen Frauen ran? Das ist die Gruppe, die uns zurzeit am wenigsten wählt. Wir haben uns mit jungen Frauen getroffen, haben Veranstaltungen in Berlin gemacht, neue Veranstaltungsformen ausprobiert und zugehört. Was ist der Grund, warum junge Frauen sich so wenig angesprochen fühlen von der SPD? Eine der Sachen ist, dass sie sich bei uns kulturell nicht so richtig wohlfühlen. Sie sind oft wenige, sehr wenige. Wenn man sich die Juso-Frauen vor Ort ansieht, dann sind diese, zumindest nach meiner Beobachtung, auch bei den Jusos mittlerweile wieder sehr wenige geworden. In vielen Strukturen, die mir begegnen, sind fast nur junge Männer unterwegs. Das ist kein Vorwurf, ich bin froh, dass die das machen. Aber ich freue mich auch darüber, wenn es mehr junge Frauen sind.

Wir haben uns entschlossen, dass wir etwas probieren, das dann für andere Gruppen evtl. auch geht: Wir vernetzen die im Internet. Dazu machen wir fem.net. Nehmen wir mal an, Köln. Da können sich junge Frauen eintragen: Hier, ich interessiere mich, gibt's da noch andere? Man vernetzt sich. Aber das ist nicht das, was wir damit eigentlich erreichen wollen, sondern da, wo sich eine Reihe von jungen Frauen vernetzt hat, bieten wir eine Veranstaltung an, gehen wir rein und versuchen die nicht nur virtuell zu vernetzen, sondern vor Ort miteinander in Kontakt zu bringen. Weil es so relativ wenige sind, müssen wir über diesen Umweg versuchen, die Leute zusammenzubringen. Ich könnte mir vorstellen, wenn das funktioniert, dass das eine neue Möglichkeit ist, Leute, die sich in der Partei begegnen wollen, die aber manchmal räumlich auseinander liegen oder sich nicht kennen, zusammenzubringen und mit denen interessante,

moderne Veranstaltungen zu Themen zu machen, die sie interessieren. Also wir wollen das nicht als eine rein virtuelle Geschichte begreifen, sondern wir wollen es verbinden, virtuelle Vernetzung mit realer Begegnung. Das ist ungefähr das Konzept, es wurde von den Juso-Frauen entwickelt. Ich unterstütze das massiv, auch finanziell, dass das klappt. Und dann wollen wir das Ganze auf den Weg bringen und versuchen, das zu implementieren. Das ist ein Teil der Parteireform. Ich versuche damit deutlich zu machen, dass es mir in erster Linie darum geht, dass das Gesicht der SPD ein anderes wird.

Letzte Bemerkung: Warum macht man jetzt bitte schön die Parteireform, wenn man damit nicht den Preis gewinnt für das beste Stimmergebnis auf dem nächsten Parteitag? Erstens, um stärker zu werden. Ich glaube, dass die SPD als Volkspartei nur überlebt, wenn sie auch die Stärke ihrer Mitglieder nutzt. Ich glaube, dass die SPD als Partei mehr Unterstützung hinter ihre Inhalte bekommt, wenn sie mehr Leute hat, die darüber reden. Und Mitgliederpartei heißt, unabhängig zu sein. Unabhängig von finanziellen Sponsoren, die das nie ohne Hinterabsichten machen. Und unabhängig zu sein im Übrigen auch von den Medien, die die ganze Zeit nicht nur im Interesse der SPD operieren, sondern offen gesprochen oft ihre eigene Agenda der Auflagensteigerung verfolgen, und deswegen viel Streit und viel Ärger, aber wenig Substanz und wenig Argumente bringen. Wenn man viele Mitglieder hat, die mitspielen, die aktiv sind, ist man auch unabhängiger davon. Deswegen braucht die SPD Mit-

glieder, deswegen braucht die SPD Unterstützung aus der Bevölkerung, damit sie unabhängig, stark Politik machen kann für ihre eigenen Inhalte. Und darum geht es bei dem, was wir vorhaben. Was wir also besser machen können als bisher, ist, dass wir versuchen – das ist jedenfalls meine Meinung – diese Bereitschaft in der Bevölkerung zu mehr Beteiligung abzurufen. Die Bereitschaft, sich dafür auch selber ein Stück weit zu ändern, ist eine Bedingung dafür. Aber auch die Bereitschaft der Parteiführung, sich dann auf die Ergebnisse einer solchen beteiligungsorientierten Parteikultur einzulassen. Und das kann ich Euch zusagen, dass Sigmar Gabriel und ich bereit sind, in der Auseinandersetzung das, was ich eben als Irritation bezeichnet habe, zu vertreten. Ich kenne genügend Parteiführungen in den letzten 20 Jahren, die alles dafür getan haben, dass es möglichst normiert abläuft, möglichst wenig direkte Beteiligung und möglichst wenig Mitsprache der eigenen Mitglieder gegeben hat. Ich könnte Euch die Namen nennen, das ersparen wir uns jetzt, weil das Vergangenheitsdebatten sind. Was ich allerdings glaube, ist, wenn man in die Zukunft guckt, dass man die Chance, dass eine Parteiführung das aktiv will, und dass wir das versuchen, gemeinsam auch hinzukriegen, nutzen sollte, auch als Angebot, dass wir an dieser Stelle wirklich sagen: Wir sind bereit, der Partei ein neues Gesicht und ein neues Innenleben zu geben, um damit auch wieder für 2013 die besten Voraussetzungen für den Wahlsieg zu haben.



Dr. Barbara Hendricks
MdB, Schatzmeisterin der SPD im „Kamingespräch“ während der Sommeruniversität

Podium: Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung

Dr. Michael Dauderstädt
Hubertus Heil, MdB
Prof. Dr. Arne Heise



Dr. Michael Dauderstädt
 Leiter der Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES

Dr. Michael Dauderstädt: Heute wird es um die Fragen gehen, wie wir leben wollen, wie wir Wohlstand definieren, ob wir noch Wachstum brauchen, ob wir uns Wachstum angesichts des Zustands des Planeten überhaupt noch leisten können. Diese Themen haben in den letzten Jahren und insbesondere auch in diesem Jahr an Bedeutung gewonnen. Es gibt eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages zu „Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität“, die im Wesentlichen von der SPD in Zusammenarbeit mit den Grünen initiiert worden ist, aber inzwischen eine gemeinsame Enquetekommission des ganzen Bundestages ist, wenn auch mit unterschiedlichen Interessenlagen.



Prof. Dr. Arne Heise
 Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Hamburg

Wir wollen uns hier auf den Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung konzentrieren und haben dazu zwei kompetente Referenten – Hubertus Heil, Mitglied des Bundestages und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zuständig für diese Fragen von Wirtschaft, Arbeit und Soziales und Prof. Arne Heise aus Hamburg, ein bekannter heterodoxer Ökonom. Unsere erste Frage lautet: Brauchen wir eigentlich noch Wachstum für mehr Wohlstand? Ist Wachstum noch ein zentraler Bestandteil des für die SPD wichtigen neuen Fortschritts? Oder ist Wachstum eher etwas, das den Wohlstand vielleicht sogar hemmt oder jedenfalls für einen weiteren Wohlstand gar nicht mehr so wichtig ist?

Prof. Dr. Arne Heise: Die Frage „Brauchen wir noch Wachstum für mehr Wohlstand?“ würde ich mit einem klaren Ja beantworten. Wir sollten realisieren, dass die Wohlstandsentwicklung der letzten 50 Jahre wirklich eine einmalige Entwicklung ist. Nie zuvor haben wir eine derartige Wohlstandsentwicklung und derartiges Wohlstandsniveau erreicht wie in der Gegenwart. Wohlstand sei durchaus breit verstanden, also nicht nur im materiellen Sinne – Ausstattung an Gütern und Dienstleistungen, die wir konsumieren können – sondern auch im Sinne von sozialer Sicherheit und Zeitsouveränität oder Freizeit, die wir genießen können. Noch nie haben Menschen so wenig pro Woche gearbeitet wie in der Gegenwart. Vor 100 Jahren haben wir pro Woche zehn, fünfzehn Stunden mehr gearbeitet. In diesem Sinne ist unser Wohlstandsniveau einmalig. Dazu hat natürlich ganz wesentlich das Wirtschaftswachstum, in einem ganz materiellen Sinne definiert als Bruttoinlandsprodukt (BIP), beigetragen. In den letzten 60 Jahren hatten wir in Deutschland nur vier Jahre, in denen das BIP nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Und diese vier Jahre sind in die Geschichte als

Krisenjahre eingegangen. Alle anderen Jahre waren dementsprechend nicht unbedingt gute, aber zumindest als positiv empfundene Jahre. Somit gehört auch heute noch Wachstum zu Wohlstand.

Unsere Wirtschaftsform, der Kapitalismus, oder – genauer genommen eine derartige privateigentümliche Produktionsform, die auf Gläubiger/Schuldner-Verhältnissen basiert – kann systematisch gar nicht ohne Wachstum funktionieren, wenn es nicht dauerhafte Krisen geben soll. Wenn wir den Blick erweitern und nicht nur auf Deutschland schauen, dann sehen wir, dass viele Menschen gerne das deutsche Wohlstandsniveau erreichen würden. Auch von dieser Perspektive her geht das nicht ohne Wachstum. Wenn wir also eine Post-Wachstums-Diskussion führen wollen, dann dürfen wir nicht diesen Menschen sagen: Ihr müsst auf eurem niedrigen Wohlstandsniveau bleiben. Das wäre sehr eurozentristisch. Wenn wir die Institutionen unserer Wirtschaft und Gesellschaft nicht grundsätzlich ändern wollen, scheint es mir ein Teil des menschlichen Verhaltens zu sein, nach mehr zu streben. Wenn wir also nicht unsere Normen und Werte gänzlich verändern, wird man einen Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum politisch nur schwer umsetzen können. Ohne Wachstum, vielleicht sogar ohne geringe Wachstumssteigerungen, im Vergleich zu den letzten zwei Dekaden, kommen wir nicht aus.

Hubertus Heil: Die Debatte um Wachstumskritik oder -skepsis ist nicht neu. Es gibt den berühmten Ausspruch von Robert Kennedy im Jahre 1968, dass das Bruttoinlandsprodukt alles Mögliche misst, nur nicht das, was das Leben lebenswert macht. So schlägt sich im BIP kurzfristig einiges positiv nieder, was wir langfristig gar nicht so schön finden. Warum hat die Debatte der Wachstumsskepsis der späten 60er und frühen 70er Jahre jetzt politische Konjunktur? Ich glaube, dass das mit vier krisenhaften Erscheinungen zu tun hat.

Wir haben zum einen die Finanzkrise, die noch nicht vorbei ist, auch wenn die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt nicht so dramatisch waren wie es bei einem Minus von fünf Prozent des BIPs zu erwarten gewesen wäre. Aber wenn

man die Folgen für die Staatsfinanzierung und die anhaltenden Spekulationen betrachtet, die im Moment beispielsweise gegen Italien laufen, dann muss man feststellen: Diese Finanzkrise ist Ausdruck eines Wachstumsmodells, das auf kurzfristiges und möglichst hohes BIP-Wachstum zielt, langfristig aber volkswirtschaftlich eher zerstörerische Folgen hat.

Um es an einem praktischen Beispiel deutlich zu machen: Vor zehn, fünfzehn Jahren ist uns die irische Volkswirtschaft als großes Beispiel genannt worden. Wenn man vor zehn, fünfzehn Jahren mit jungen Labour-Abgeordneten diskutiert hat, haben sie uns gesagt: „Ihr Deutschen seid ja verrückt. Ihr habt noch eine industrielle Basis, ihr produziert Güter. Das ist nicht mehr die Zukunft, stellt das alles ins Museum. Die Zukunft liegt im Dienstleistungsbereich, vor allen Dingen bei Finanzdienstleistungen.“ Heute erleben wir, wo der keltische Tiger gelandet ist. Das irische Modell ist kein Modell mehr, sondern Ausdruck von Krise. Die Debatte, ob wirtschaftliches Wachstum zu Wohlstand einer Gesellschaft führt, ist durch die Finanzkrise aktueller geworden.

Die zweite große Krise ist die Endlichkeit von Ressourcen und der Klimawandel. Damit ist die Frage verbunden, ob das Bruttoinlandsprodukt die wesentliche Kennziffer ist, an der sich eine Politik der Wohlstandsmehrung ausrichten sollte. Die dritte Krise ist die Verteilungskrise. Das ist seit jeher ein sozialdemokratisches Thema. Wenn Gesellschaften sich materiell polarisieren, weil zunehmend Verteilungsfragen auftauchen, dann fragen sich viele Menschen: „Ich sehe im Fernsehen oder in den



Hubertus Heil
MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Zeitungen, dass die Wachstumszahlen so gut sind, aber was hat das eigentlich mit meinem Leben, meinem Einkommen oder mit meiner Chance, ordentlich arbeiten zu können, zu tun?“

Aus diesen drei Krisen, der Finanzkrise, den ökologischen Problemen, die sich aus dem bisherigen Wachstumsmodell ergeben, und der Frage von ungleicher Verteilung ergibt sich eine vierte Krise, nämlich eine Vertrauenskrise. Die Menschen glauben in vielen Bereichen nicht mehr, dass Wachstum etwas mit ihrem Leben zu tun hat.

Was ist die Konsequenz daraus für sozialdemokratische Politik? Ich glaube nicht daran, wie in einer Pendelbewegung ins Gegenteil zu verfallen. Wir brauchen auch weiterhin Wachstum. Die Zukunft liegt nicht im glücklichen Schrumpfen der Weltwirtschaft. Ich befürchte nur, dass es im politischen Wettbewerb viele Leute gibt, die das glauben – und zwar an zwei Enden; nämlich sehr viele Konservative und einige Grüne, die sich hier auf merkwürdige Weise treffen. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden habe ich zum Thema nachhaltiges Wachstum oder neuer Fortschritt, wie wir es nennen, gesprochen. Ich saß mit einem Professor aus Oldenburg im Panel, der erzählte, er sei Vegetarier, er würde auch wenig fliegen. Aus diesem individuellen Lebensstil hat er eine Philoso-

phie für die Gesamtwirtschaft gemacht und dafür auf diesem sehr schwarz-grün angehauchten Kirchentag begeisterten Applaus bekommen. Er sagte, die Zukunft liege darin, dass wir Flughäfen zurückbauen müssten, weil die Welt das sonst nicht mehr aushalten würde, dass so viel geflogen wird. Da habe ich dann im Saal mal abstimmen lassen und gefragt: „Wer von Ihnen, der jetzt so begeistert geklatscht hat, ist schon mal geflogen?“ Da gingen im Audimax der TU Dresden 500 Hände hoch. Ich habe dann eine zweite Abstimmung durchgeführt und gefragt: „Wer von Ihnen verspricht, es nie wieder zu tun?“ Da ging keine Hand hoch. Ich halte weder eine allgemeine Verzichtspredigt für zielführend, noch der Welt einen vegetarischen Lebensstil zu verordnen. Die sozialdemokratische Antwort muss eine andere sein. Wir brauchen Wachstum, aber wir brauchen das Primat demokratischer Politik, um dafür zu sorgen, dass es qualitativ gutes Wachstum ist, das möglichst vielen Menschen zugutekommt und ökologisch nachhaltig ist.

Deshalb haben wir gemeinsam mit den Grünen die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ angestoßen, denn in der internationalen Wirtschaftswissenschaft gibt es eine sehr ernsthafte Debatte um sinnvolle Wachstumsmodelle. Die Enquetekommission des Bundestages hat die Aufgabe, wissenschaftliche Debatten in den

politischen Raum zu holen. Diese Enquetekommission geht auf einen Gastbeitrag zurück, den Frank-Walter Steinmeier letztes Jahr in der Financial Times als Reaktion auf die Frage publizierte, ob wir aus der Finanzkrise schon die richtigen Konsequenzen gezogen haben. Dahinter steht die Frage, welche eigenen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik Sozialdemokraten haben und wie eine Gesellschaft zukünftig leben will.

Die spannende Frage ist nicht, ob wir den Kapitalismus überwinden. Das mögen einige glauben, aber tatsächlich hat die Marktwirtschaft heute überall auf der Welt bis auf Nordkorea und Kuba gesiegt. Die spannende Frage ist nur: Was für eine Form von Marktwirtschaft ist das? Ist es eine koordinierte, soziale Marktwirtschaft, eine soziale ökologische Marktwirtschaft? Ist es die Verbindung von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaatlichkeit? Ist es der europäische Weg, den wir recht erfolgreich gegangen sind? Oder sehen wir uns auf der Welt um und stellen fest, dass es Kapitalismen gibt oder Marktwirtschaften, die – wie etwa China – zwar vielleicht kurzfristig ökonomisch erfolgreich sind, aber mitnichten Sozialstaaten und Demokratien? Für die Sozialdemokraten geht es nicht nur um technischen Fortschritt allein, sondern um gesellschaftlichen Fortschritt. Wenn wir keine eigene Vorstellung für ein sozialdemokratisch wirtschaftspolitisches Projekt haben, werden wir untergehen. Damit gerät auch der europäische Weg einer Verbindung von Marktwirtschaft, Sozialstaatlichkeit und Demokratie in Gefahr.

Natürlich brauchen wir Wachstum. Aber was soll wachsen? Es gibt Prozesse, die sich kurzfristig im Bruttoinlandsprodukt (BIP) positiv niederschlagen, aber langfristig keine guten Folgen haben. Wenn eine Ölplattform im Golf von Mexiko kaputt geht und alles verseucht, oder wenn wir Panzer nach Saudi-Arabien exportieren, dann schlägt sich das im BIP zunächst positiv nieder. Wenn wir hinterher die Bundeswehr hinschicken müssen, um die Waffen wieder einzusammeln, ist das nicht im Sinne der Wohlstandsmehrung. Wir Sozialdemokraten sind nicht naiv, wir brauchen Wachstum. Aber wir brauchen auch die Debatte: Was für ein Wachstum und wem kommt es zugute?

Dr. Michael Dauderstädt: Wie ist es eigentlich mit der Beschäftigung? Brauchen wir Wachstum, damit wir weiter Beschäftigung haben, damit die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht?

Prof. Dr. Arne Heise: Es gibt einen klaren, sogar in der Vergangenheit stärker gewordenen Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung. Er hängt mit dem Wachstum der Erwerbstätigenproduktivität zusammen: Wenn diese über dem Wirtschaftswachstum liegt, gerät der Beschäftigungsstand unter Druck. Die Arbeitsproduktivität wächst über einen längeren Zeitraum betrachtet um ca. 2 Prozent pro Jahr. Somit brauchen wir ein Wirtschaftswachstum von mindestens 2 Prozent, wenn der Beschäftigungsstand nicht zurückgehen soll. Wenn wir Arbeitslosigkeit haben, dann müsste das BIP sogar um mehr als 2 Prozent wachsen, damit wieder Leute in Beschäftigung kommen. Wenn wir das nicht schaffen, bleibt nur die Möglichkeit, das verringerte Beschäftigungsniveau besser zu verteilen. Rein rechnerisch ist es durchaus möglich, das über Arbeitszeitverkürzungen zu machen. Die politische Umsetzung ist dann schwieriger und davon abhängig, ob das mit einem Einkommensverzicht verbunden ist oder nicht.

Wenn es mit einem Einkommensverzicht verbunden ist, ist das schwer durchzusetzen, ganz egal, wie hoch das Einkommen ist. Wir verzichten ungern auf Einkommen, selbst wenn wir es durch mehr Freizeit ersetzt bekommen. Aber in Bereichen, in denen Einkommen nicht den gewünschten Lebensstandard oder gar den Unterhalt sichert, ist eine allgemeine, kollektive Arbeitszeitverkürzung inakzeptabel, weil dies eben bedeuten würde, dass der Unterhalt noch weniger gesichert werden könnte. Es stellt sich also die Frage, ob sich das Problem der Beschäftigung nicht mittelfristig über die Demografie, also über die Bevölkerungsentwicklung lösen wird? Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage werden von ganz unterschiedlichen Menschen, mit ganz unterschiedlichen Motivationen getragen. Das Arbeitskräfteangebot wird eben von uns getragen, wenn wir nicht genügend Vermögen haben, von dessen Einkünften wir leben können. Wir haben nicht genug Finanz- oder Realkapital, um von dem Ein-



kommen, das wir daraus beziehen, zu leben. Die Vermögensverteilung in der Bevölkerung hat sich in den letzten 30, 40 Jahren zunehmend konzentriert, womit ihre Verteilung noch ungleicher geworden ist. Die Hoffnung, dass wir irgendwann in einen Volkskapitalismus einziehen, in dem alle so viel Vermögen haben, dass Arbeit eigentlich nur noch eine Nebensache werden wird, hat sich nicht bewahrheitet. Also müssen die meisten Menschen immer noch ihre Arbeit auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

Auf der anderen Seite haben wir Unternehmen, die Arbeitskräfte nachfragen, aber nicht, weil sie bei den Menschen Einkommen schaffen wollen, sondern bei sich selbst. Sie antizipieren eine Nachfrage, die ihnen Profite, also Einkommen verschafft, und um diese Nachfrage bedienen zu können, brauchen sie in der Regel Arbeitskräfte. Diese beiden Motive der Anbieter und Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt sind völlig unabhängig voneinander. Es wäre sehr zufällig, wenn die beiden Motive so übereinstimmten, dass dem Arbeitsangebot – in Deutschland sind das zurzeit ungefähr 40 Millionen Menschen, die zu herrschenden Arbeitsmarktbedingungen ihre Arbeit anbieten müssen – auch die entsprechenden Arbeitsplätze gegenüberstehen würden.

Die Standardökonomie nennt als den Faktor – der Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum

Ausgleich bringt – den Lohn als den Preis der Arbeit. Das ist auf den meisten Märkten ja auch so, dass der Preis als das Signal zwischen Angebot und Nachfrage den Ausgleich zwischen beidem erzeugt. Auf dem Arbeitsmarkt ist es aber nicht so. Da müsste nämlich der Reallohn diese Funktion erfüllen. Der Reallohn kann aber weder von den Arbeitsanbietern noch von den Arbeitsnachfragern bestimmt werden. Er ergibt sich endogen aus dem Wirtschaftsgeschehen. Wenn der Arbeitsmarkt am Ende einer Periode sein Geschäft erledigt hat, dann sehen wir a) wie viel Arbeitslosigkeit entstanden ist und b) wie hoch der Reallohn war. Wir können ihn aber nicht im Fall von Arbeitslosigkeit in der nächsten Periode senken, um dann die Beschäftigung zu erhöhen. Der Arbeitsmarkt funktioniert so nicht.

Die Arbeitslosigkeit hat also relativ wenig mit dem Preis zu tun, jedenfalls nicht mit diesem Reallohn, der nicht zu einem Ausgleich führen kann. Es wäre relativ zufällig, wenn Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Es kann zufällig sogar mal so sein, dass mehr Nachfrage als Angebot da ist. Das hatten wir in den fünfziger, sechziger Jahren. Das war in einer Ausnahmesituation mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg. Alle unsere Erfahrung zeigt, dass die Normalsituation in privateigentümlichen Gesellschaften oder in Marktwirtschaften eher ist, dass wir mehr Angebot als Nachfrage haben. Tatsächlich könnte es sein, dass in ganz besonderen

demografischen Konstellationen, wenn also tatsächlich viel mehr Menschen in Pension gehen als in das Beschäftigungssystem nachwachsen, dieses Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage temporär entschärft wird. Es sieht so aus, als wenn sich das in den nächsten fünf bis zehn Jahren so entwickeln wird. Aber damit ist natürlich systematisch das Arbeitslosigkeitsproblem nicht gelöst. Wir werden auch in diesen fünf bis zehn Jahren, das wäre zumindest meine Prognose, nicht dazu kommen, dass die Demografie allein das Arbeitslosigkeitsproblem lösen wird, wenn wir nicht zusätzlich mehr Wirtschaftswachstum generieren, oder wenn wir nicht sechs, sieben Prozent Arbeitslosigkeit als Vollbeschäftigung bezeichnen wollten.

In den 1970er Jahren herrschte in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von 3,5 Prozent. Also da hatten wir in Westdeutschland eine Million Arbeitslose. Das galt als katastrophal hoch, weil die Menschen eine Quote von 0,5 Prozent gewohnt waren. Heutzutage wären wir froh, wenn wir nur eine Million Arbeitslose oder wenn wir 3,5 Prozent Arbeitslosigkeit hätten. Aber auch da werden wir nicht hinkommen. Und 6 bis 7 Prozent ist für mich immer noch Massenarbeitslosigkeit. Das wird auch durch die Demografie nicht gelöst. Da muss man nachhelfen. Da muss Wirtschaftspolitik eingreifen. Da können wir nicht einfach auf die Demografie vertrauen und hoffen.

Dr. Michael Dauderstädt: Vollbeschäftigung ist ein Ziel, das in der Sozialdemokratie immer eine große Bedeutung hatte und noch immer hat. Brauchen wir dazu Wachstum? Wollen wir dafür auch mehr Wachstum in Anspruch nehmen, obwohl wir aus anderen Gründen vielleicht Wachstum etwas skeptisch betrachten?

Hubertus Heil: Es gibt ohne Zweifel einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen Wachstumsquote und Beschäftigungsquote. Es gibt die Beschäftigungsschwelle, das heißt man geht erst oberhalb eines bestimmten Wachstums des Bruttoinlandsproduktes davon aus, dass mehr Beschäftigung generiert wird. Umgekehrt werden wir wirtschaftlich nicht erfolgreich sein – auch was die

Wachstumsraten betrifft – wenn es nicht gelingt, eine höhere Erwerbsquote in Deutschland zu organisieren. Das ist also ein unbestrittener wechselseitiger Zusammenhang. Die deutsche Volkswirtschaft ist Exportvizeweltmeister. Sie ist auf den internationalen Märkten hochgradig wettbewerbsfähig. Nachdem es in den letzten Jahren hieß „wir sind der kranke Mann Europas“, scheint es heute, dass wir in Deutschland Produkte, Verfahren und Dienstleistungen hervorbringen, mit denen wir auf den Märkten der Welt erfolgreich konkurrieren können.

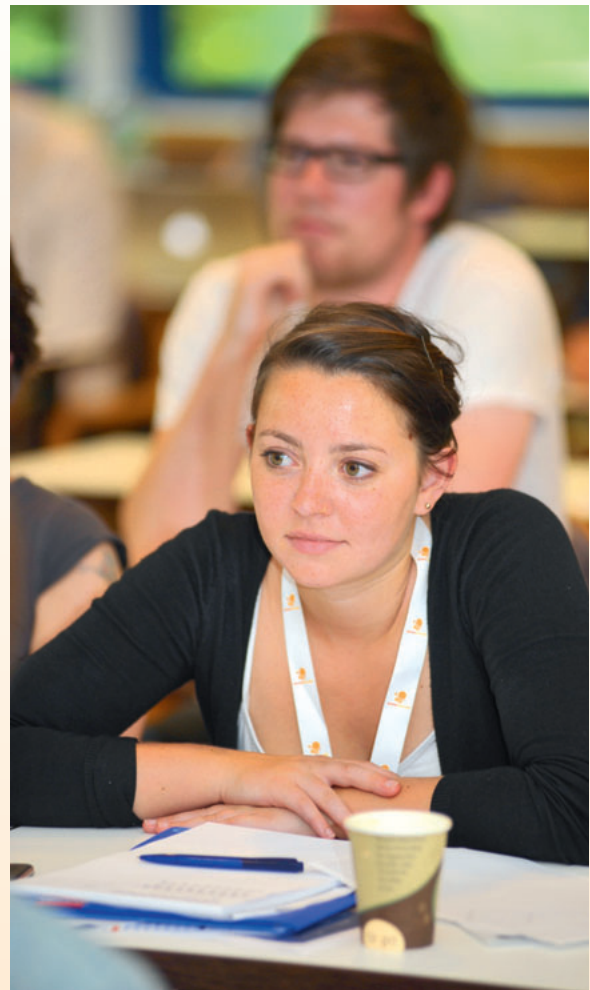
Wenn ein Ziel vernünftiger Wirtschaftspolitik ein besserer Ausgleich von Handelsbilanzen ist, dann muss man feststellen, dass die Binnennachfrage und die Investitionstätigkeit in Deutschland rela-



tiv niedrig sind. Im Vergleich zu Volkswirtschaften, die viel importiert haben, eine hohe Nachfrage hatten und deren Wettbewerbsfähigkeit problematisch war – beispielsweise Griechenland – stellt Deutschland das Spiegelbild dar. Damit sind wir auch Teil des Problems der Finanzkrise, weil wir viel Geld ins Land holen, indem wir Produkte exportieren, aber gleichzeitig wenig für steigende Löhne oder Investitionen ausgeben. Wir sind Kapitalexporteur. Das Geld, das über die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft generiert wird, wird auf Kapitalmärkten angelegt. Damit sind wir auch mitverantwortlich für bestimmte blasenhafte Erscheinungen.

Jetzt aber zurück zu der Frage nach dem Verhältnis von Beschäftigung und Wachstum? Ich glaube nicht an das Gerede von einem allgemeinen Fachkräftemangel in ganz Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt. Tatsächlich haben wir aus sehr unterschiedlichen Gründen einen Mangel an qualifizierten Fachkräften in einzelnen Branchen und Regionen. Wir haben beispielsweise einen Fachkräftemangel im Bereich Erziehung und in einzelnen Bereichen des Gesundheitswesens und in der Pflege. Das hat manchmal aber auch mit den Arbeitsbedingungen zu tun. Wenn man sich die Einkommensverhältnisse im Pflegebereich ansieht und weiß, wie hart so ein Job als Pflegerin oder als Pfleger ist, dann kann man sich vorstellen, dass sich wenig junge Leute für diesen Beruf entscheiden. Wir haben gerade für die Pflege im letzten Jahr einen Mindestlohn verankern müssen und wundern uns trotzdem, dass es wenig attraktiv ist, sich hier ausbilden zu lassen und diesen Job ein Leben lang zu machen. Wir haben im Moment noch keine allgemeine Fachkräfteklemme. Doch wenn wir jetzt nicht die richtigen Weichen stellen, droht uns aufgrund der demografischen Entwicklung ein gespaltenere Arbeitsmarkt.

Wir wissen aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, dass wir in der Alterskohorte der 45- bis Anfang 50-Jährigen ein relativ hohes Angebot von gut ausgebildeten Leuten haben, die in zehn, 15 Jahren in den Ruhestand gehen. Ihnen folgen weniger junge Menschen und von diesen lassen wir zusätzlich noch viel zu viele auf der Strecke.



Jährlich verlassen 65.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss und 1,5 Mio. Menschen zwischen 20 und 30 Jahren haben keine berufliche Erstausbildung. Hinzu kommt eine viel zu niedrige Frauenerwerbsquote, beispielsweise im Vergleich zu skandinavischen Ländern. Die Konsequenz, die Einige daraus ziehen, ist, dass wir das Thema Fachkräfte durch Zuwanderung lösen müssen. Das ist nicht meine Konsequenz daraus. Ich bin für ein weltoffenes Deutschland und wir werden auch qualifizierte Zuwanderung in diesem Land brauchen. Aber wer glaubt, dass wir den Fachkräftebedarf allein mit Zuwanderung lösen können, der wird sich wundern. Wir haben bereits Möglichkeiten geschaffen, nach Deutschland zu kommen und sind ohne Vorrangprüfung und Einkommenschwellen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa schon relativ liberal. Doch obwohl man aus Europa einwandern kann, kommen nur relativ Wenige. Wir müssen uns darüber Gedan-

ken machen, wie es um die Attraktivität Deutschlands für die besten Köpfe der Welt steht. Da haben wir möglicherweise ein paar Probleme.

Wir müssen die Beschäftigungsquote in Deutschland steigern, um erfolgreich bleiben zu können. Wir dürfen uns nicht mit einem verfestigten Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit, wie wir ihn immer noch haben, dauerhaft abfinden, sondern müssen jetzt die Chancen nutzen diesen abzubauen. Dafür braucht es aber eine aktive Form von Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, von Qualifizierung und von Aktivierung. Ich gehöre nicht zu den Befürwortern, Menschen dauerhaft mit einem bedingungslosen Grundeinkommen abzuhängen nach dem Motto: Hier habt ihr Geld, seid ruhig, aber beteiligt euch nicht mehr. Ich weiß auch, dass wir nicht alle Langzeitarbeitslosen auf dem freien Arbeitsmarkt unterbringen können. Deshalb brauchen wir auch einen sozialen Arbeitsmarkt. Aber die Orientierung auf Beschäftigung, auf den Zugang zu ordentlicher Erwerbsarbeit darf den Sozialdemokraten nicht abhanden kommen. Wir sollten kein gestörtes Verhältnis zu ordentlicher Arbeit bekommen. Wachstum schafft Beschäftigung oder Beschäftigung schafft Wachstum. An beidem ist etwas dran.

Dr. Michael Dauderstädt: Wir haben langfristig ein Produktivitätswachstum von 2 Prozent, also ein ebenso hohe Beschäftigungsschwelle. Wir können jedes Jahr 2 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen konsumieren, ohne dass wir mehr arbeiten. Und wenn wir mit stabilen oder gar weniger Konsum zufrieden wären, könnten wir sogar weniger arbeiten. In der Perspektive gibt es Leute, die sagen, die Arbeit geht uns aus, weil wir eben gar nicht so viel mehr brauchen, weil Sättigungstendenzen da sind. Auf der anderen Seite soll die Frauenerwerbsquote steigen. Wir führen die Rente mit 67 ein, was auch das Arbeitsangebot erhöht. Es gibt von konservativer Seite gerade in der Krise die Bemerkung, man müsste jetzt wieder mehr arbeiten. Der öffentliche Diskurs ist ein bunter Mischmasch aus Sorgen, dass uns die Arbeit ausgeht und Anforderungen, dass mehr gearbeitet werden muss, damit die Wirtschaft wieder brummt. Wo ist eigentlich da die Wahrheit? Könnte die Tatsache,

dass es in der Gegenwart schon eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, ein Signal dafür sein, dass uns die Arbeit schon ausgeht?

Prof. Dr. Arne Heise: Die Frage „Geht uns die Arbeit aus?“, hat ein prominenter Buchautor in den frühen neunziger Jahren mal gestellt. Horst Siebert der langjährige Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, hat vor dem Hintergrund der deutschen Arbeitslosigkeitsentwicklung ein Buch darüber geschrieben. Wenn man diese Entwicklung über einen längeren Zeitraum bis in die Mitte der neunziger Jahre oder bis Anfang unseres Jahrzehnts betrachtet, zeigt sich das Bild einer Treppe. Wir haben einen Anstieg in der ersten Ölpreiskrise, in der zweiten Ölpreiskrise, noch mal in der Krise Anfang der neunziger Jahre. In den nachfolgenden Jahren war das Wachstum nie mehr ausreichend, dass die Arbeitslosigkeit wieder das Vor-Krisen-Niveau erreichen konnte, sondern verblieben auf dem Niveau, bis zur nächsten Krise um dann erneut anzusteigen. Horst Siebert hat angesichts dieser beängstigenden Entwicklung gefragt: Geht uns die Arbeit aus? Die nächste Krise kommt ganz sicherlich, steigt dann die Arbeitslosigkeit weiter und geht das immer so fort?

Zumindest seit Anfang unserer Dekade hat sich die Entwicklung weitgehend entschärft. Wir hatten eine weitere Krise und zwar eine so extreme wie seit 80 Jahren nicht mehr. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit dadurch nur kurzzeitig angestiegen. Wir haben sogar einen Trendumkehr Anfang unserer Dekade erlebt. Die Arbeitslosigkeit ist wieder deutlicher gesunken als in den Nachkrisenzeiten davor. Und jetzt in dieser dramatischen Weltfinanzkrise, die dann auch zu einer realwirtschaftlichen Krise wurde, ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland erstaunlich wenig gestiegen. Wir reden hier aber nur über Deutschland. Aus Europa kenne ich diese Diskussion „Geht uns die Arbeit aus?“ so nicht. Das ist eine sehr deutsche Diskussion gewesen.

Vor diesem empirischen Hintergrund hat sich die Frage fast erledigt. Die Geschichte zeigt, dass uns die Arbeit nicht ausgeht. Wir haben jetzt ein Arbeitsvolumen, das so hoch ist wie nie zuvor in der Geschichte Gesamtdeutschlands. Wir haben mehr

Beschäftigte bei leider wieder steigender Arbeitszeit. Es ist mittlerweile relativ schwer zu messen, wie viel der Einzelne eigentlich wirklich pro Woche arbeitet, weil wir Arbeitszeitkonten haben usw. Alles ist nicht mehr so starr wie früher, aber damit auch weniger klar messbar. Aber es sieht so aus, als ob die Gesamtarbeitszeit wieder ansteigt. Wir haben mehr Beschäftigte als jemals zuvor, und zwar nicht über Arbeitsverkürzung oder Umverteilung, sondern bei steigender Arbeitszeit.

Wir alle kennen viele Bereiche, die Arbeit schaffen würden, z.B. im kommunalen Bereich. Im öffentlichen Bereich gibt es große Bedarfe, die nur über Arbeit befriedigt werden können. Da sind zurzeit die finanziellen Mittel begrenzt. Dieses Angebot an öffentlichen Dienstleistungen kann oder wird zurzeit zumindest nicht gemacht. Es ist genügend Bedarf, genügend Nachfrage nach Arbeit da, dass uns die Arbeit nicht ausgeht. Da sehe ich keine Begrenzung. In der 200- bis 300-jährige kapitalistische Wirtschaftsgeschichte findet sich kein Punkt, an dem uns die Arbeit ausgegangen wäre. Produktivitätsentwicklungen haben wir seit etwa 300 Jahren, seit Erfindung der Dampfmaschine. Also die Arbeit wird uns nicht ausgehen. Das war eine abgehobene sozialwissenschaftliche Diskussion, die auch von kritischen Sozialwissenschaftlern gelegentlich ohne viel ökonomischem Sachverstand geführt wurde.

Hubertus Heil: Als ich 17, 18 Jahre alt war und in den achtziger Jahren bei den Jusos aktiv war, habe ich den großen französischen Denker André Gorz gelesen, der sich vor einigen Jahren erschossen hat. Er dachte nicht, dass der Welt die Arbeit ausgehe, sondern träumte aus einer linken Perspektive davon, dass die Produktivität, das heißt auch der technische Fortschritt, so viel Freiraum für den Einzelnen schaffen könne, dass wir die Maschinen für uns arbeiten lassen könnten, um selbst mehr freie Zeit für schöne Dinge zu haben. Das führte dazu, dass einige Jusos damals Kongresse zum „Recht auf Faulheit“ veranstalteten mit einem surfenden Karl Marx auf ihren Plakaten.

All das Gerede darüber, dass uns die Arbeit ausgeht, ist falsch. Wir stehen vor ganz anderen Fra-

gen. Die Weltwirtschaft wird Wachstumspotenziale haben. Die Weltbevölkerung nimmt auch dramatisch zu. Die spannende Frage ist: Wie gehen wir damit um? Wenn wir Angebot und Nachfrage als die beiden zentralen Begriffe von Wirtschaftspolitik verstehen, dann sind wir auf der Angebotsseite gegenüber all dem was die Angebotsgläubigen so erzählen, gar nicht so schlecht aufgestellt. Wir sind auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig im Bereich der Industrie, übrigens nicht mit den niedrigsten Löhnen, sondern aufgrund der hohen Produkt- und Verfahrensqualität. Die deutsche Volkswirtschaft kann in vielen Bereichen so etwas wie der Ausrüster der Welt sein, beispielsweise im Bereich der Energietechnik, wenn wir die Energiewende in diesem Land mit dem deutschen Ingenieurs-Know-how konsequent voranbringen. Unser Problem ist eher: Wie entwickelt sich unser Binnenmarkt? Da gibt es Perspektiven für neue Arbeitsplätze. Ich sage, es wird eine Riesennachfrage nach auf den Menschen bezogenen, sozialen Dienstleistungen geben. Diese Dienstleistungen kann man nicht von Indien oder China aus anbieten, sondern die ergeben sich hier. Ich mache es am Beispiel des Landkreises Goslar im Westharz fest. In dieser Region wird sich die Bevölkerung so entwickeln, dass 50 Prozent der Menschen über 60 Jahre alt sind. Das wird die regionale Wirtschaft massiv verändern. Es wird dort keinen Sinn machen, ein Küchenstudio aufzumachen, um einer jungen Familie eine Küche zu verkaufen. Da sind nämlich keine jungen Familien mehr. Aber es wird eine Riesennachfrage gerade von älteren Menschen nach sozialen Dienstleistungen im Bereich Gesundheit und Pflege geben.

Ich glaube nicht, dass es einen empirischen Beweis gibt, dass unserer Welt die Arbeit ausgeht. Die spannende Frage für das nächste Jahrzehnt ist: Wie können wir die sich vertiefende Spaltung des deutschen Arbeitsmarktes überwinden? Wir brauchen erstens eine kluge, aktive Form von Wirtschaftspolitik, auch von moderner Industriepolitik und Dienstleistungspolitik, die sich um diese Beschäftigungspotenziale kümmert – auch durch politische Koordinierung. Zweitens brauchen wir eine Arbeitsmarktpolitik, die an sich keine Arbeit schafft. Das ist der Punkt, wo Arbeitsmarktpolitik oft falsch



verstanden wird. Arbeitsmarktpolitik schafft in der Regel keine Arbeitsplätze, außer bei Weiterbildungsträgern. Das Ziel von Arbeitsmarktpolitik ist es, zum einen den Rechtsrahmen für Arbeit zu setzen und zum anderen mitzuhelfen, dass Menschen in Arbeit vermittelt werden.

Dr. Michael Dauderstädt: Wir haben bisher im Wesentlichen darüber diskutiert, ob wir mehr oder weniger Arbeit – ob wir weiterhin Wachstum brauchen. Die Fragen, auf die wir uns jetzt konzentrieren wollen, ist: Welches Wachstum brauchen wir genau? Gibt es bestimmte Wachstumssektoren? Eben wurde zum Beispiel gesagt, wir könnten der Ausrüster der Welt sein. Das wäre ein Wachstum, das sich vor allen Dingen auf die Nachfrage anderer Länder richtet. Oder brauchen wir eben mehr Dienstleistungen zu Hause – Pflege, Bildung usw.? Soll es ein Wachstum sein, das besonders umweltschonend ist, das in diesem Bereich neue Möglichkeiten bietet, wie z.B. erneuerbare Energien? Es geht also um die Fragen nach der Art und Struktur des benötigten Wachstums?

Prof. Dr. Arne Heise: Bei Ökonomen sträuben sich immer die Haare, wenn diese nach Zukunftsprognosen gefragt werden. Die Antwort wäre dann eigentlich immer: Die Entwicklung der Sektoren muss dahin gehen, wo die Nachfrage ist. Das planerisch von staatlicher Seite oder durch die Wirt-

schaftspolitik stark zu beeinflussen, würde voraussetzen, dass der wirtschaftspolitische Akteur weiß, wohin die Nachfrage sich in Zukunft entwickeln wird. In der Regel hat er da keine besseren Erkenntnisse als die Marktakteure. Allerdings kann der Staat eine andere Richtung als die Privatakteure verfolgen, also etwas korrigieren oder etwas entsprechend lenken wollen. Meine Skepsis gegenüber dem Staat ist da relativ groß, so dass ich ihm diese planende Rolle nicht zugestehen würde. Diese Frage, in welchen Sektoren es Wachstum geben sollte, kann man nur sinnvoll beantworten, wenn man irgendwelche Ziele vorgeben wollte. Wenn das Ziel Nachhaltigkeit sein sollte oder das Ziele, möglichst viel Beschäftigung zu schaffen, oder das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, dann müsste es eine Entwicklung in Bereichen sein, die ressourceneffizient sind, die besonders arbeitsintensiv sind und die eben eher lokal gebunden sind, also eher binnenwirtschaftlich orientiert sind als außenwirtschaftlich orientiert.

Auf welche Sektoren trifft diese Charakterisierung von arbeitsintensiv, ressourceneffizient und standortgebunden zu? Die Entwicklung sollte also in Richtung Dienstleistungen gehen. Und wenn wir uns längere Zeitreihen anschauen, dann wissen wir schon, dass die Entwicklung in Richtung Dienstleistungen geht. Es ist keine große prophetische Leistung, zu sagen, dass es vermutlich so weiter-

gehen wird. Das Problem bei den Dienstleistungen liegt darin, dass sie arbeitsintensiv sind. Das ist einerseits gut, da wir mit einer bestimmten Summe monetärer Nachfrage viel Arbeit schaffen können. Aber auf der anderen Seite ist der technische Fortschritt im Dienstleistungssektor in der Regel nicht ganz so stark wie in der Industrie. Deshalb verteuern sich Dienstleistungen relativ gegenüber anderen Produkten. Das wurde als die Kostenkrankheit der Dienstleistungen bezeichnet, manchmal beschränkt auf die öffentliche Dienstleistung. Tatsächlich werden alle Dienstleistungen relativ teurer. Normal reagieren wir mit einer zurückhaltenden Nachfrage nach solchen relativ teuren Waren oder Dienstleistungen. Dieses Problem der relativ teuren Dienstleistung kann man versuchen zu reduzieren, indem man die Arbeitskosten über Lohnnebenkosten etc. senkt. Das ist Anfang dieser Dekade versucht worden.

Es muss in Richtung Dienstleistung gehen. Aber die Entwicklungsgeschwindigkeit wird dadurch gehemmt, dass die Dienstleistungen mit dieser Kostenkrankheit behaftet sind. Viele soziale Dienstleistungen sind öffentliche Dienstleistungen, aber der Staat ist zurzeit in einer prekären Finanzsituation. Wenn jetzt die öffentlichen Dienstleistungen den großen Beschäftigungsboom auslösen sollen, da müsste man zumindest begründen, wie das unter den gegenwärtigen Finanzrestriktionen der öffentlichen Haushalte tatsächlich realpolitisch funktionieren kann. Ich glaube, da gibt es Lösungen.

Dr. Michael Dauderstädt: Sollen wir es wirklich den Märkten weitgehend überlassen? In Spanien hat der Markt ja bestimmt, dass die Nachfrage vor allen Dingen in den Immobilienbereich geht, dass man viel mehr Häuser bauen muss. Und das Ergebnis dieser marktgesteuerten Wachstumsstrategie haben wir gesehen. Oder sollte doch der Staat vielleicht stärker auch strukturpolitisch, industriepolitisch aktiv sein?

Hubertus Heil: Der Staat sollte nicht jeden Tag und überall im Sinne von planwirtschaftlicher Mikrosteuerung aktiv werden. Aber es gibt Makroziele,

die man auch politisch benennen kann, z. B. in Anlehnung an Karl Schillers Modell zum magischen Viereck. Dazu zählen im entsprechenden Gesetz von 1967 sowohl eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz, hohe Beschäftigungsquote, Geldwertstabilität, angemessene Lohnentwicklung als auch Wachstum. Da es schwierig ist, externe Kosten zu internalisieren, würden wir heute noch etwas ergänzen müssen, nämlich sinkenden Umweltverbrauch bzw. Nachhaltigkeit. Das ist ein politischer Zielkorridor, den man vor Augen haben muss. Dazu gehört auch so etwas wie eine strategische Industriepolitik. Was ist denn das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus der rot-grünen Regierungszeit anderes als ein Stück strategisch-vernünftiger Industriepolitik? Wir wollen die Markteinführung erneuerbarer Energien unterstützen. Da kann man sich auch über Förderungen und Fehlentwicklungen unterhalten, aber am Ende des Tages hat es in Niedersachsen dazu geführt, dass es wieder einen Aufwuchs im Maschinenbau und in anderen Bereichen gab, nachdem es jahrelang weniger Industriearbeitsplätze gab. Der Staat kann also Impulse für wirtschaftliche Entwicklung setzen. Er sollte nicht immer glauben, alles zu kennen und zu wissen, aber er kann Prozesse anstoßen. Da ist Politik gar nicht so machtlos, wie wir manchmal tun.

Wo ist die Arbeit für morgen? In der Industrie, in der Dienstleistung? Zukünftig wird es diese harte Unterscheidung gar nicht mehr geben. Früher hat man gesagt: der primäre Sektor, also der Landwirtschaftssektor, wird kleiner, dann kommt das Industriezeitalter und dann schließlich der tertiäre Sektor, die Dienstleistungsgesellschaft. Tatsache ist: Wir sind nach wie vor eine Industriegesellschaft und vielleicht sind wir wie keine andere Volkswirtschaft in Europa mit einem so breiten industriellen Rückgrat versehen. Wir haben eine Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zu Hightech-Schmieden, die wir übrigens auch in Zukunft brauchen werden. Eine reine Dienstleistungsgesellschaft sehe ich nicht. Aber die Sektoren wachsen zusammen. Es entstehen industriebezogene Dienstleistungen. So gibt es beispielsweise immer mehr Engineering. Es wird einen stär-

keren Trend geben, der unsere Industriegesellschaft zu wissensbasierten, technikbetriebenen Formen von industrieller Produktion oder industrieller Dienstleistung verändert.

Im Bereich sozialer, auf Menschen bezogener Dienstleistungen liegt ein riesiges Potenzial. Wir haben in Deutschland seit den siebziger Jahren alle zwei Jahre eine Gesundheitsreform durchgeführt. Egal wie die Gesundheitsminister hießen, das Ziel war immer, Kosten im Gesundheitswesen zu deckeln. Wenn man sich heute umschaute, wären wir dabei gar nicht so erfolglos. Wir geben heute, prozentual gesprochen, nicht mehr für Gesundheit aus als in den siebziger Jahren. Der gesamtwirtschaftliche Kuchen ist also gewachsen, aber der Anteil, den dieses Land für Gesundheit aufwendet, ist prozentual relativ konstant geblieben. Das kann allerdings so nicht weiter gehen. Es gibt medizinischen Fortschritt, den wir in Anspruch nehmen wollen. Es gibt eine Altersentwicklung, die es nahelegt, dass diese Gesellschaft auf die eine oder andere Art und Weise mehr für Gesundheit ausgeben wird. Wie kann man das finanzieren? Es gibt

nur drei Möglichkeiten: Steuern, Sozialversicherungsabgaben oder Privatisierung des Lebensrisikos. Darum dreht sich der politische Streit. Aber es ist auch eine riesige Möglichkeit für die Beschäftigung der Zukunft. Wir reden hier über viele Arbeitsplätze, die in einer älter werdenden Gesellschaft entstehen können, wenn wir die Gesundheitswirtschaft als ein wichtigeres Thema annehmen würden.

Ich glaube, dass es in Deutschland in bestimmten Regionen schon vernünftig ist, über Leitmärkte zu reden, ohne dass man Mikrosteuerung betreibt. Bezogen auf Niedersachsen gibt es drei Wachstumsfelder. Erstens: Mobilität, siehe die Automobilindustrie. Auch zukünftig werden auf der Welt Autos gefahren und gebraucht. Die Frage ist: Was für Autos werden das sein und wie kann man dafür sorgen, dass sie bei uns hergestellt werden? Zweitens: Energieland Niedersachsen. Drittens: Gesundheitswirtschaft. Hier kann Politik einen Rahmen schaffen, in dem sich Wachstumspotenziale und Beschäftigungspotenziale für gute Arbeit entwickeln können.



Arbeiten und Leben

Prof. Dr. Wolfgang Schröder

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg



Lange Zeit schienen wir vergessen zu haben, dass „Fortschritt“ viel mehr umfasst, als technologische Innovation und Wirtschaftswachstum. Inzwischen lässt sich jedoch in diesem Zusammenhang wohl von einer Wiederentdeckung der Lebensqualität sprechen. So wurde beispielsweise Anfang des Jahres im Bundestag die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Ihr Auftrag ist es ausdrücklich, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator zu entwickeln, in dem gemäß dem Titel der Kommission offenbar das Thema Lebensqualität eine prominente Rolle spielen soll. Unser Thema heute ist „Arbeiten und Leben“, da liegt es nahe, an das in den letzten Jahren stark strapazierte Schlagwort der work-life-balance zu denken. Und tatsächlich, ich möchte heute mit Ihnen das Verhältnis von Arbeits- und Lebenswelt näher beleuchten. Um das Thema systematisch zu erfassen, werde ich mich an vier Fragen orientieren. Erstens – als Ausgangspunkt für die folgenden Gedanken – die Frage: Was ist Fortschritt, und welche Bedeutung hat die Kategorie Fortschritt für das Thema „Arbeiten und Leben“. Zweitens: In welchem gesellschaftlichen und

politischen Kontext diskutieren wir die Fragen um Arbeit und Leben? Drittens: Wie verhalten sich Arbeits- und Lebenswelt zueinander? Und viertens: Wie können wir die Probleme, die mit dem Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt einhergehen, angehen? Wie muss eine Politik gestaltet sein, die diese Probleme angemessen bearbeiten kann?

1. Sozialer Fortschritt

Ambivalenzen des Fortschritts

Das Thema „Arbeit und Leben“ ist ein Kernthema und damit ein Markenkern sozialdemokratischer Politik. Nicht zuletzt, weil es in diesem Handlungsfeld um sozialen Fortschritt geht. Wenn man sich eingehender mit dem Terminus des Fortschritts beschäftigt, dann wird deutlich mit welchem ambivalenten Begriff wir es hier zu tun haben. Auf der einen Seite umschließt er soziale, wirtschaftliche und politische Rechte, die im Laufe der Zeit durchgesetzt wurden. Viele Punkte, die für die Sozialdemokratie und die Bürgerbewegung des 19. Jahrhunderts unter sozialem Fortschritt firmierten, wurden inzwischen realisiert – ich denke hier beispielsweise an das allgemeine Wahlrecht, an Sozialpartnerschaft oder Vereinigungsfreiheit und Streikrecht. In Bezug auf unser heutiges Thema sind die errungenen Arbeitnehmerrechte, aber auch Arbeitszeitverkürzung, gute Lohnentwicklung und ein umfassender Sozialstaat nicht zu unterschlagen. Wenn man jedoch auch die negativen Phänomene bedenkt, mit denen wir heute ebenfalls in starkem Maße konfrontiert sind – Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung, Armut trotz Erwerbstätigkeit und Entgrenzung von Arbeit –, dann wird einem schnell klar, dass man hier nicht von einem linearen Fortschritt sprechen kann. Hier wird vielmehr die Ambivalenz sozialer Entwick-

lung deutlich, die Tatsache, dass Fortschritt auch mit Verwerfungen und Zerrissenheit einhergeht. Die Frage „Was ist Fortschritt?“ muss man sich also auch vor dem Hintergrund dieser Brüche stellen. Wenn man also nun als Arbeitshypothese unterstellt, dass die Kategorie des Fortschritts etwas mit einem Willen zu tun hat, die Dinge zum Besseren zu entwickeln und bestimmte Ambivalenzen und Zerrissenheiten zu überschreiten, dann gibt es gute Gründe dafür, an einem reflektierten, kritischen Fortschrittsbegriff festzuhalten. Es gilt allerdings, ihn als eine immer wieder aufs Neue zu erklärende und kritisch zu behandelnde Kategorie zu nutzen.

Im Hinblick auf das große Thema, mit dem wir uns heute befassen, Arbeit und Soziales, lässt sich feststellen: Wir haben auf der einen Seite eine rasante Dynamisierung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung. Und auf der anderen Seite gibt es in vielen Bereichen eine Abkopplung der sozialen Entwicklung. Das heißt, wirtschaftliche und soziale Entwicklung passen nicht zusammen, insbesondere wenn man unter sozialer Entwicklung die Beteiligung aller als *Maxime* formuliert. Die sozialdemokratische Vorstellung von einer guten Ordnung der Gesellschaft beinhaltet ja genau dies, nämlich für alle Menschen Zugangs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

Drei Ansätze zur Auflösung der Widersprüche

Wie können nun die Widersprüche der beschriebenen Entwicklungen aufgelöst werden? Ich meine, wir können hier drei Ansätze identifizieren. Als erstes lässt sich eine Perspektive auf Gesellschaft nennen, die in den letzten 10, 15 Jahren auch in der Bundesrepublik stark vertreten wurde: die marktgesellschaftliche Sichtweise. Sie begreift Fortschritt und soziale Teilhabe auf der Grundlage von einer Markt- und Arbeitsmarktbeteiligung, die für jeden Einzelnen möglich ist, wenn dieser dafür die entsprechenden Mittel einsetzt. Dreh- und Angelpunkt dieser Perspektive ist also der Markt, und vor allen Dingen ein Markt, der nicht durch den Staat und durch gesellschaftliche Verabredungen beeinflusst und begrenzt wird.

Der zweite Ansatz zielt auf ein bedingungsloses Grundeinkommen und koppelt sich damit von der Arbeitsgesellschaft ab. Was steht hinter dieser Idee? Wenn technischer und wirtschaftlicher Fortschritt scheinbar grenzenlos sind, wir also über einen nie gekannten Reichtum in dieser Gesellschaft verfügen, dann ist es die entscheidende Frage, wie wir einen Mindestbedarf jenseits der Arbeitsgesellschaft befriedigen können. Und die Antwort auf diese Frage bietet ein relativ einfaches Konzept, das gleichzeitig Beteiligung ermöglichen sowie die Bürokratie des Sozialstaates radikal neu ordnen soll: das bedingungslose Grundeinkommen. Die zweite Perspektive wäre also zu sagen: Sozialer Fortschritt lässt sich im Zustand dieser Zerrissenheit gewährleisten, indem man Einkommen von Erwerbsarbeit abkoppelt und ein Grundeinkommen bedingungslos allen Menschen zur Verfügung stellt.

Die dritte Perspektive, von der ich meine, dass sie die eigentlich sozialdemokratische ist, betont hingegen die Bedeutung der Erwerbsarbeitsgesellschaft – auch und insbesondere in Hinblick auf ein Fortschrittskonzept für das 21. Jahrhundert. Was heißt das genau? Heißt das nun, dass jeder um jeden Preis arbeiten muss und dass Beteiligung in dieser Gesellschaft nur durch und über Arbeit möglich ist? Nein, das heißt es genau nicht. Sondern Erwerbsarbeitsgesellschaft, genauer inklusive Arbeitsgesellschaft, heißt, dass alle diejenigen, die arbeiten können – sowohl von ihren persönlichen Voraussetzungen als auch denjenigen auf dem Arbeitsmarkt her –, die sollten dieser Präferenz folgen. Es ist weiterhin so, dass als Ankerpunkt für die materielle Integration in die Gesellschaft, aber auch die soziale Integration in die Gesellschaft die Erwerbsarbeit zu verstehen ist, und deshalb alle sozialstaatlichen Bemühungen an ihr zu orientieren sind. Gleichzeitig wissen wir natürlich, dass es nie in der Moderne einen Zeitpunkt gegeben hat, an dem alle Menschen über Arbeit integriert waren. Selbst in den Zeiten, in denen wir von Vollbeschäftigung gesprochen haben, da war dies immer eine Vollbeschäftigung, die nur einen bestimmten Teil der Gesellschaft eingeschlossen hat, nämlich die männlichen Vollernährer. Währenddessen war ein Großteil der Gesellschaft, die Mehr-

heit der Frauen, zu Hause und somit nicht in diese Arbeitsgesellschaft eingebunden. Insofern ist klar, dass eine gute Ordnung der Gesellschaft, selbst wenn sie auf die Erwerbsarbeit als primäre Quelle rekurriert, auch andere Quellen der Integration kennt.

Drei Quellen sozialer Integration

Im Großen und Ganzen sehe ich drei zentrale Quellen, die für die soziale Integration einer Gesellschaft relevant sind. Das ist erstens der Arbeitsmarkt und es ist zweitens der Sozialstaat, der jenseits der Erwerbsarbeit Lohnersatzleistungen und Transferzahlungen ermöglicht sowie eine Infrastruktur anbietet. Er leistet so einerseits einen Beitrag dazu, unabhängig von Erwerbsarbeit die materielle Lebensgrundlage seiner Bürger zu sichern, und andererseits bietet er erst die Grundlage für eine Erwerbsarbeitsgesellschaft, weil der Markt ohne den Staat, ohne die Gesellschaft nicht zu denken sind. Die dritte Dimension ist die Familie. Integration in einer wohlgeordneten Gesellschaft muss man sich in einem Gleichgewicht dieser drei Dimensionen vorstellen, wenngleich es für die Gruppe derjenigen, die erwerbsfähig sind, ein klares Prä in Richtung Erwerbsarbeit geben sollte bzw. geben muss, um die Ressourcen dieser Gesellschaft angemessen und gerecht verteilen zu können.

2. Gesellschaftlicher und politischer Kontext

Die zweite Frage, die ich eingangs genannt hatte, bezieht sich auf den gesellschaftlichen und politischen Kontext unserer Diskussion. Wie sieht die gegenwärtige Lage aus, von der wir ausgehen müssen, um die Zerrissenheit angemessen zu thematisieren und mit Projekten zu konterkarieren?
Produktion von Unsicherheit

Der Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist: Wir befinden uns in einer entfalteten Moderne, die in starkem Maße die Begrifflichkeit der Sicherheit ins Zentrum gerückt hat. Sicherheit stellt eine außergewöhnlich starke regulierende Idee dar und es ist klar, dass die Erwartungshaltungen an die so-

ziale Integration dann andere sind als in einer gesellschaftlichen Formation, in der das Sicherheitsversprechen einen geringeren Bedeutungsgehalt besitzt. Und so werden, gerade weil Sicherheit so sehr im Zentrum sozialpolitische Diskurse steht, automatisch in hohem Maße Unsicherheitserfahrungen produziert. Das heißt auch, dass Politik in außerordentlichem Maße herausgefordert ist, weil sie immer einen Weg zwischen den Polen Hoffnung, Erwartung und Engagement auf der einen Seite sowie Enttäuschung und Unzufriedenheit auf der anderen Seite finden muss. Das ist gewissermaßen die Grundanforderung an Politik, und besonders an eine Politik, die selbst Sicherheit produzieren will, die weder mit einer Verstaatlichung noch mit einer Vermarktlichung von Sicherheit einhergeht, sondern zu einer Balance von Staat, Markt, Gesellschaft und Individuum führt.

Vom Modell Deutschland zum Shareholder-Kapitalismus

Das so genannte Modell Deutschland bezeichnet eine Ökonomie, die keinesfalls alleine durch den Markt getrieben ist, sondern die in starkem Maße durch den Staat und gesellschaftliche Akteure sowie durch korporatistische Verabredungen geprägt ist. Deses Modell Deutschland, dessen Blütezeit in den fünfziger bis achtziger Jahren gewesen ist, ist in starkem Maße erodiert. Es ist erodiert, weil wir mittlerweile mit Kräften konfrontiert sind, die dieser nationalstaatlichen Konfiguration nicht mehr entsprechen, nämlich mit einer finanzmarktgetriebenen Transnationalisierung der Wirtschaft. Ich meine, dass die Dynamik des Finanzmarktes auch die Industrie, die Unternehmen und die Austauschprozesse zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändert hat. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Entwicklung vom Stakeholder- zum Shareholder-Kapitalismus. Das heißt, wir haben nicht mehr wie früher dieses Zusammenspiel zwischen Arbeitnehmern, Konsumenten, Aktionären und Management, sondern es gibt eine starke Fokussierung auf die Shareholder, auf die Aktionäre.

Der Punkt, der vielleicht am klarsten veranschaulicht, was mit finanzmarktgetriebener Internatio-



nalisation gemeint ist, ist die durchschnittliche Haltedauer der einzelnen Aktien. In den 1980er Jahren lag diese noch bei knapp 10 Jahren. Heute haben wir eine Haltedauer der Aktien von sechs Monaten. Aktien werden also in immer kürzeren Intervallen ver- und gekauft. Die langfristige Entwicklung des Unternehmens gerät aus dem Blick. Die Fokussierung auf die Aktionäre und deren Bedürfnisse hat eine ganz andere Bedeutung erreicht, als dies im national-europäisch ausgerichteten Modell Deutschland der Fall gewesen ist. Die ökonomischen Marktprozesse sind in starkem Maße beschleunigt worden, sie sind aber auch flexibilisiert worden und sie sind in einer Dimension dem Faktor Unsicherheit ausgesetzt worden, wie wir das in der alten Ordnung nicht erlebt haben.

Was die sozialen Prozesse betrifft, möchte ich nur kurz anreißen. Hier hat sich eine Entwicklung Bahn gebrochen, die das Moment der Einbettung stark getroffen hat. Wir sehen eine Zunahme von Armut und eine Konzentration der Reichtums- und Vermögensverteilung, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik zuvor nicht stattgefunden hat. Das heißt, zunehmende Teile der Bevölkerung müssen um ihre Teilhabe, ihre Integration immer wieder aufs Neue kämpfen, sie ist nicht sichergestellt. Diese Menschen sind von sozialer Exklusion betroffen oder mindestens bedroht.

Wie müssen politische Antworten aussehen?

Die dargestellten Wandlungsprozesse stellen ganz bestimmte Anforderungen an die Politik. Der Entbettung des Ökonomischen aus den gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen und den Erosions- und Exklusionsprozessen im Sozialen steht, wie man sich leicht vorstellen kann, eine Tendenz der Überforderung des politischen Systems gegenüber. Die Erwartung an eine soziale Marktwirtschaft ist es ja, dass der Staat und die Gesellschaft in der Lage sind, die Ökonomie einzubetten, sie zu kontrollieren, um zu verhindern, dass sie soziale Probleme wie Massenarbeitslosigkeit oder soziale Ungleichheit produziert. Diese Kontroll-, Einbettungs- und Integrationsaufgabe des politischen Systems und auch der Zivilgesellschaft ist immer schwieriger geworden – wenngleich es in der Gesellschaft zum Beispiel eine große Unterstützung dafür gibt, dass in Unternehmen Mitbestimmung und Beteiligung eine große Rolle spielen sollten.

Die Verstärkung des ökonomischen Sektors, die schwächere Einbindung in den sozialen Bereich wird nun dem politischen System negativ angekreidet. Es heißt, dieses System sei nicht in der Lage, seine Hausaufgaben zu machen. Die Durchsetzungsfähigkeit und die Gestaltungsfähigkeit des politischen Sektors werden angezweifelt und es

entstehen Phänomene wie die des Wutbürgers und andere konjunkturelle Kunstfiguren, die das politische Geschehen in den letzten Jahren geprägt haben. Dies hat auch das Verhalten des politischen Sektors in und seit der großen Finanzmarktkrise 2008/2009 nicht geändert. Der Staat erscheint ja zunächst als starker Gestalter, indem er Unternehmen oder Staaten, die notleidend sind, unterstützt, um die Krise zu überstehen. Aber was ist das für ein Verhalten der Staaten und was resultiert aus diesem Verhalten für das politische System und für die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft?

Ich möchte die These vertreten, dass wir es hier mit einer kompensativen, reparierenden Politik zu tun haben, die zumindest gegenwärtig keinen erkennbaren positiven Rückfluss auf die Herrschafts- und Machtverhältnisse in der Gesellschaft gebracht hat. Insofern besteht die Asymmetrie zwischen dem politischen System und dem wirtschaftlichen System trotz dieser enormen Leistungen, die die Staaten, die Europäische Union und die supranationalen Institutionen augenblicklich erbringen, fort. Es ist nicht erkennbar, dass daraus eine neue Balance zwischen dem wirtschaftlichen und politischen System erwächst. Was wir aber in diesem zweiten Abschnitt meines Vortrages festhalten müssen, ist, dass wir es bei den genannten Phä-

nomenen nicht mit konjunkturellen Erscheinungen zu tun haben, sondern mit einer grundlegenden Strukturveränderung des politisch-ökonomischen Systems. Insofern müssen auch die Antworten darauf institutioneller Natur sein. Es reicht nicht, konjunkturell-situative Antworten zu geben, wir brauchen eine weiter gefasste Strategie, die auf die Ambivalenz des Fortschritts zwischen Wirtschaftlichem und Sozialem eingehen kann, und die dazu beitragen kann, dass die Handlungsfähigkeit des Staates und der Gesellschaft gegenüber dem ökonomischen System gestärkt werden kann.

3. Arbeits- und Lebenswelt

Ich komme nun zu meinem dritten Punkt, der Frage nach dem Verhältnis von Arbeits- und Lebenswelt. Ich gehe von der These aus, dass es eine Dominanz oder, anders ausgedrückt, eine Entgrenzung der Arbeits- und Wirtschaftsgesellschaft gegenüber der Lebens- und Gesellschaftswelt gibt. Die Frage ist nun: Wie geht man mit dieser Dominanz der Erwerbsarbeitsgesellschaft gegenüber der Lebensgesellschaft um und was hat dies für Konsequenzen?

Universalisierung und Entgrenzung von Arbeit

1982 war der Bamberger Soziologentag so etwas wie ein Fokus der gesellschaftlichen Zeitenwende, hier hat Dahrendorf gesagt: Wir haben das Ende der Arbeitsgesellschaft erreicht und wir haben das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters erreicht. Das ist das Ergebnis des Fortschrittes und nun müssen wir andere politische Mittel finden, um die Gesellschaft zusammenzuhalten. Das hat die Transferdebatte enorm angetrieben, und mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wurde ein vermeintliches Rezept eingebracht, das auch heute noch die Diskussion in nicht unerheblichem Maße prägt. Was wir seither auf dem Arbeitsmarkt feststellen können, ist jedoch eine andere Entwicklung.

Wir haben in der Tat Abschied genommen von einem bestimmten Typus der Erwerbsarbeitsgesell-



schaft. Es lässt sich heute eine Universalisierung von Erwerbsarbeit beobachten. Es gab noch nie so viele Menschen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, wie das heute der Fall ist. Allein in den letzten fünfzehn Jahren ist der Anteil derjenigen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, um einige Millionen gestiegen – auf über 40 Millionen. Zugleich haben die Gruppen, die bisher eher arbeitsmarktfern gewesen sind, das heißt die Älteren und die Frauen, ihr Erwerbsverhalten verändern müssen. Hier sind die Erwerbsquoten von 1992 bis 2009 bei den Älteren von 34 Prozent auf 55 Prozent gestiegen und bei den Frauen von 57 Prozent auf 67 Prozent gestiegen. Das sind Momente der Universalisierung der Erwerbsarbeit.

Eine andere Entwicklung ist die Entgrenzung von Arbeit. Das heißt, die Arbeit ist mobiler, sie ist flexibler, sie ist variabler und sie ist vor allen Dingen in immer weniger Fällen Vollzeitarbeit, sondern Teilzeitarbeit, Projektarbeit etc. Arbeit ist prekärer geworden und es hat sich eine Verfügbarkeitskultur ausgebreitet, die die Durchdringung der Lebenswelt durch die Arbeitswelt verstärkt. Insofern haben wir sowohl eine quantitative Veränderung wie auch eine qualitative Veränderung. Und in Zukunft wird noch eine andere Verschiebung hinzukommen. Uns steht ein Zykluswechsel bevor. In dem zurückliegenden Zyklus der letzten 25-30 Jahre haben wir sehr stark über Massenarbeitslosigkeit und über einen Mangel an Arbeitsplätzen diskutiert. Nun werden wir aber in einen Zyklus hineinkommen, in dem es heißt: Wir haben einen Mangel an Arbeitskräften – plus Massenarbeitslosigkeit. Darin ist eine besondere Herausforderung zu sehen.

Ich will mich nun folgender Frage zuwenden: Was heißt diese Entgrenzungsgeschichte für staatlich-gesellschaftlich verantwortete Politik? Wenn man davon ausgeht, dass es früher eine klare Segmentierung gegeben hat zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt, zwischen Wohnort und Arbeitsort, dann haben wir heute also eine Entgrenzung. Wir haben eine Universalisierung, wir haben eine Durchdringung. Zu der grundlegenden These, dass es zu einer Stärkung des wirtschaftlichen Moments gegenüber dem gesellschaftlichen Moment gekommen ist,



kommt nun also hinzu, dass auch in der Trias Arbeit-Sozialstaat-Familie eine Stärkung des Arbeitsmarktes stattgefunden hat. Das heißt, der Arbeitsmarkt wird immer bedeutender für die Integration in die Gesellschaft. Was heißt das für den Sozialstaat und was heißt das für die Familie?

Wandel der Familie im Sozialstaat

Familie ist hier im weiteren Sinne zu verstehen als eine mögliche Form, jenseits des Marktes und des Staates Integration und Lebensqualität zu organisieren. Wir können seit mehreren Jahren beobachten, dass wir eine Umdefinition dessen haben, was Familie ist. In dem Sozialstaatsverständnis, das die alte Bundesrepublik in den ersten drei bis vier Jahrzehnten geprägt hat, war es die Vater-Mutter-Kind-Familie, die als kleinste Einheit den Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu garantieren hatte. Dieses enge Familienverständnis ist vorbei. Man muss aber einen Schritt weiter gehen und muss fragen: Was hat das für Konsequenzen für die Rolle der Familie im wirtschafts- und sozialstaatlichen Integrationsprozess? Die Rolle der Familie war definiert durch ihre Autonomie. Es war klar, dass der Staat nicht in die Familie hineinwirken sollte. Die Familie war Privatsphäre. In diesem

Verständnis gibt es keine Verantwortung des Staates für Verarmungs- und Bildungsprozesse. Seit den sechziger und siebziger Jahren ist es in der Sozialrechtsprechung jedoch zu einer zunehmenden Relativierung dieser Privatsphäre Familie gekommen, zu einer Aufwertung und Autonomisierung der Frauen. Und schließlich wurde durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil auch den Kindern, unabhängig von den Eltern, das Recht auf eine eigene Transferleistung zur Verbesserung ihrer sozioökonomischen Lage zugesprochen.

Entfamiliarisierung

Die Familie lässt sich unter den Bedingungen von Entgrenzung in drei Dimensionen diskutieren. Das, was mir nicht ganz unproblematisch zu sein scheint, was sich aber seit einigen Jahren auch in der Rechtsprechung und in der Politikgestaltung durchzieht, ist, dass die Familie als Unternehmen definiert wird. Damit werden der Familie als Unternehmen nicht nur Ressourcen zugesprochen, sondern die Familie wird selbst zum Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft. Denn es ist ganz klar: Wenn Männer und Frauen gleichermaßen in den Arbeitsmarkt eingebunden sind, dann stellt sich die Frage, wie unter diesen Bedingungen die Reproduktion der Familie sichergestellt werden kann. Leistungen, die bisher in der Familie erbracht werden konnten, müssen nun einkauft werden. Das wäre die erste Möglichkeit, dass man Familien als Marktunternehmen definiert, die Leistungen einkaufen und dadurch ihre Stabilität und Handlungsfähigkeit gewährleisten.

Das zweite Modell wäre es, zu sagen: Ja, es ist möglich, dass beide Elternteile gleichermaßen und stärker in das Wirtschafts- und Arbeitsmarktgeschehen eingebunden werden, aber es kommt zu einer Vergesellschaftung der bisherigen Familienarbeit. Das heißt also, es ist nicht der Einkauf von Leistungen, der im Vordergrund steht, sondern die Selbstorganisation von Familien, die dann in der Lage ist, bestimmte Leistungen trotz Erwerbsarbeit zu erbringen. Das scheitert gegenwärtig an den Männern.

Und das dritte Modell wäre eine Verstaatlichung der Familie. Weil klar ist, so die Vertreter dieser Denkrichtung, dass der Markt in einer modernen Massengesellschaft nicht in der Lage ist, für alle Familien gleichermaßen diese Leistungen zu erbringen, muss man auf staatliche Unterstützung der Familie setzen.

Bei der Entwicklung in diesen drei Dimensionen kann man eine Ambivalenz feststellen. Sie besteht einerseits darin, dass es natürlich in bestimmten Konstellationen ganz wichtig ist, dass Familien Leistungen kaufen, dass Familien entlastet werden und dass Familien gefördert werden. All dies kann dazu beitragen, Exklusion zu vermeiden, Chancengleichheit herzustellen und damit erst eine moderne, auf Gleichheit aufgebaute Gesellschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig können die familiären Selbstheilungskräfte durch diese Prozesse jedoch geschwächt werden.

4. Politische Antworten

Was ist also zu tun, um den Ambivalenzen des Fortschritts zu begegnen? Ich meine, dass wir die beschriebene Entwicklung hin zu einer Hyperarbeitsgesellschaft als Herausforderung annehmen müssen. Das heißt auf der sozialstaatlichen Ebene zunächst, dass eine Politik der Mindestnormen betrieben wird. Bestimmte Standards, was die Arbeitszeit, was den Arbeitsschutz oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft, müssen gesetzlich geregelt sein. Der Sozialstaat muss außerdem eine Infrastruktur zur Verfügung stellen, die den Individuen gegenüber den wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren mehr Entscheidungskompetenz und Entscheidungsautonomie verschafft.

Es ist aber nicht nur eine Politik der Infrastruktur, die im Bereich von Familie, Pflege und anderen auf Qualifikation, Weiterbildung und Gesundheit ausgerichteten Dimensionen notwendig ist. Sondern es ist vor allen Dingen auch eine Politik des Zeitmanagements. Die flexibilisierte Erwerbsgesellschaft tendiert dazu, das Verhältnis von Belastung und Entlastung zu missachten und unterminiert insofern gesellschaftliche Prozesse.

Die Arbeit darf einem nicht die Kraft rauben, sich im Verein zu engagieren oder Freundschaften zu pflegen. Um dies also zu vermeiden, um Freiheitspielräume weiter zu entwickeln bzw. zurückzugewinnen, meine ich, dass wir eine Politik der Zeit dringend benötigen. Eine solche Politik könnte bei der Frage ansetzen, wie Arbeitszeitkonten reguliert werden, wie der Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitszeitkonten möglich ist. Sie sollte die Dauer des Arbeitstages problematisieren und am freien Sonntag als einem hohen gesellschaftlichen Gut festhalten. Klar ist aber auch, dass diese Handlungsfelder – und hier sind mit Infrastruktur, Arbeitszeit und materiellen Mindestnormen nur einige cursorisch angeschnitten –, nicht nur vom Staat alleine verantwortet werden können, sondern wir brauchen dafür auch die Unternehmen und die Verbände. Wir brauchen also letztendlich eine Politik, die in der Lage ist, das Ungleichgewicht wieder einzubetten, das zwischen Arbeitsgesellschaft, Sozialstaat und Familie entstanden ist. Diese Politik muss das Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft und damit die Bedingungen der Erwerbsarbeit in einer universalisierten und flexibi-

lisierten Arbeitsgesellschaft so gestalten, dass die Lebensbedingungen der Menschen nicht unter ihr leiden. Vielmehr müssen deren Reproduktions- und Entfaltungsmöglichkeiten gestärkt werden.

Wir brauchen also eine Politik, die die Trias Arbeit-Sozialstaat-Familie ernst nimmt. Das heißt, Erwerbsarbeitsgesellschaft sollte Familie und Sozialstaat mitdenken. Wenn wir also den verantworteten Freiheitsraum der Menschen weiter entwickeln wollen, dann benötigen wir eine Begrenzung bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten. Das ist, wie wir alle wissen, eine Gratwanderung, da wir gleichzeitig natürlich darum ringen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt weiter zu entwickeln. Insofern gibt es keine einfache Lösung, aber das ist auch nicht die Art des Denkens, die uns bewegt. Die entscheidende Frage, die uns weiter begleiten wird, ist also: Wie kann man eine Politik entwickeln, die in diesen scheinbar unüberschaubaren Verhältnissen regulierend wirkt, um die soziale Einbettung der Arbeitsgesellschaft zu ermöglichen?



Podium: Die Zukunft demokratischer Beteiligungsprozesse

Prof. Dr. Thomas Meyer

Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*

Beginnen möchte ich mit einer kurzen Bestandsaufnahme, erst mal sagen, was ist, und relativ radikal sagen, was ist. Denn wenn man die Beschönigungen schon in die Analyse rein trägt, kann dann auf der Handlungsseite nichts Vernünftiges herauskommen.

Zunächst einige Zahlen, in vollem Bewusstsein dessen, dass solche Zahlen oft auch täuschen und dass sie sich rasch ändern können. Das sind Momentaufnahmen, aber sie sind doch, auch wenn sie schon wieder nicht mehr ganz stimmen, in der Größenordnung, die sie haben, sehr aussagekräftig. In der Bundesrepublik glauben 5 Prozent der

Befragten, dass sie durch ihre Wahlbeteiligung die Politik im Lande beeinflussen können – 5 Prozent, muss man sich mal vorstellen. 80 bis 82 Prozent sagen, dass sie nicht glauben, dass die Politiker der Republik die Interessen des Volkes vertreten. Und 50 bis 60 Prozent, im Osten etwas weniger als im Westen, haben kein Vertrauen in die Demokratie, wie sie funktioniert. In der Hauptsache breiten sich drei verschiedene Arten von Zweifeln aus in der Bevölkerung, die werden in den Medien zum Teil kräftig verstärkt durch die Art, wie täglich über Politik berichtet wird. Der eine Zweifel betrifft die Verlässlichkeit und Fairness der Politik. Sind die Ergebnisse fair, sind die halbwegs gerecht? Sind das Ergebnisse, auf die man sich verlassen kann über längere Zeit hinweg? Das Zweite ist die Legitimität. Wenn sich so wenige beteiligen bei Wahlen u.a., und wenn so wenige aus der Gesellschaft beim Zustandekommen politischer Entscheidungen zum Zuge kommen – ist das, was am Ende dabei herauskommt, überhaupt noch legitim? Dieser Zweifel ist auch gewachsen. Und dann natürlich gerade in der Eurokrise, in der Griechenlandkrise: Sind diese Politiker, so wie sie es immer noch vorgeben und versprechen, überhaupt noch handlungsmächtig und in der Lage, das einzulösen, was sie versprechen oder was sie wollen, oder sind das doch nur Getriebene, die eigentlich selber die Weichen gar nicht mehr stellen?

Was man konstatieren kann, ist auf alle Fälle, auch wenn man nicht in das Register der ganz dramatischen Begriffe greift, eine Erosion der Demokratie, eine Erosion des Vertrauens in die Demokratie. Und man könnte auch sagen, eine Erosion der Lieferungs-, der Leistungsfähigkeit der Demokratie bei uns. Sind wir also schon, wie der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch gefragt hat, in



der Post-Demokratie angekommen? Einer Demokratie, die nur noch eine Elitedemokratie ist, wo Teile der politischen Klasse ein Machtmonopol ausüben im Dienste der, wie Colin Crouch sagt, „Firma“, der global agierenden großen Konzerne; der Banken, die die Bedingungen vorgeben, die Politik dann nur noch einlösen kann, ohne selber Bedingungen setzen zu können, wo keine Alternativen mehr diskutiert werden, wo es scheinbar keine Alternativen gibt, weil alles immer schon durch die Sachzwänge geklärt ist.

Das Hauptargument, das zumindest von den Regierenden vorgetragen wird, dem leider keineswegs heftig genug von der Opposition widersprochen wird, ist ja immer: Es gibt dazu keine Alternative, das sind Sachzwänge, das müssen wir jetzt so einlösen. Eine alternativlose Politik, also eigentlich eine Nicht-Politik. Denn Politik ist ja eigentlich ihrer Definition nach der Kampf um Alternativen, weil es bei der Gestaltung des Gemeinwesens immer verschiedene Wege und auch verschiedene Ziele gibt. Sozusagen eine entpolitisierte Politik. Und dann natürlich das Problem der Exklusion relativ großer Teile der Bevölkerung. Das abgehängte Prekariat, zumindest der größte Teil der migrantischen Unterschichten sind kaum irgendwo repräsentiert, sie nehmen nicht teil. Also ein relativ großer Teil, vielleicht 15 Prozent der Bevölkerung, ist gar nicht mehr mit eingebunden in diese ganzen Prozesse.

Die Diagnose „Post-Demokratie“ ist sicherlich etwas überspitzt. Sie sagt eigentlich: Die Kulissen stehen immer noch auf der Bühne dieses Stücks „Demokratie“, so, wie wir es gewöhnt waren. Aber das Stück, das eigentlich gespielt wird, ist derweil ein ganz anderes geworden, und viele merken es kaum, weil die Kulissen immer noch da sind. Das ist sicherlich überspitzt. Was aber auf alle Fälle stimmt, und das sind die Dinge, die mir jetzt besonders bei einer kurzen Diagnose am Herzen liegen: Es gibt diese großen Repräsentationslücken. Diejenigen, die Politik machen, die an den Entscheidungshebeln sitzen, die die Willensbildung bestimmen, sind alles verschiedene Fraktionen der Mittelschichten. Die Unterschichten kommen gar nicht mehr vor. Die anderen Schichten, die ausgeschlossen sind, habe ich gerade schon genannt.



Und natürlich, wenn diese Gruppen nicht repräsentiert sind, ist es sehr unwahrscheinlich, dass ihre Interessen wirklich voll durchschlagen in die Willensbildungsprozesse. Das lässt sich auch an den Ergebnissen der Politik ganz gut sehen.

Die Repräsentationslücke ist erheblich, und sie wächst ganz sicherlich. Dann, die Parteien – sehr ambivalent. Natürlich sind Parteien notwendig, um in sehr großflächigen, komplexen Demokratien Willensbildung zu bündeln. Aber die Parteien, die wir haben, sind eigentlich relativ weit abgerückt von den Kommunikationsgewohnheiten gerade der jüngeren Generation, von Kommunikationsgewohnheiten und alltagskulturellen Gewohnheiten der Gesellschaft, sodass trotz der versuchten Parteireformen – die werden ja seit 15 Jahren periodisch immer wieder versucht – sich eigentlich noch nichts grundlegend gewandelt hat, sondern die Distanz immer noch gewachsen ist. Interessant zu sehen, ob das bei dem erneuten Versuch etwa der SPD ein bisschen anders werden kann. Aber jedenfalls werden sich Parteien und große Teile der Gesellschaft fremd. Und es ist für Jugendliche, für jüngere Leute keineswegs attraktiv da einzutreten, aus einer Reihe von Gründen, die die meisten von uns ja kennen. Die Parteien haben bisher keine Rezepte gefunden, die Lücke zu schließen, zu verringern oder auch nur deren Wachsen zu stoppen.

Aus meiner Sicht spielen die Medien eine besondere Rolle für den Zustand der Demokratie. Wenn man mal einen Blick auf die jetzigen Geschehnisse um Murdoch herum in Großbritannien wirft, Verhältnisse, die hier so nicht bestehen, die aber in bestimmten Ansätzen, in bestimmten Tendenzen durchaus auch da sind. Die Medien spielen nach meiner Auffassung für den Zustand der Demokratie in vielen europäischen Ländern eine große Rolle. In einigen eine absolut ausschlaggebende, wie zum Beispiel in Italien natürlich. Bei uns spielen sie auch eine beträchtliche Rolle, und zwar aufgrund von folgenden Faktoren, die ich ganz kurz nenne:

Der eine: Im Schnitt, bis hinein in die Qualitätsmedien, pervertieren sie das Bild von der Politik, das den Bürgern vermittelt wird. Statt Politik als den widerspruchsvollen Prozess aus Interessen, vielfältigen Akteuren, Alternativen darzustellen, der sie nun mal ist, neigen sie dazu, Politik sehr stark unter dem Primat von Unterhaltsamkeit als ein Charakterdrama zwischen einzelnen handelnden Personen erscheinen zu lassen. Das kann manchmal wochen- oder monatelang so gehen, dass einem diese Charakterdramen unterhaltsam und zum Teil voyeuristisch präsentiert werden, ohne dass man die Substanz der politischen Unterschiede, der programmatischen Inhalte, die da eine Rolle spielt, überhaupt mitbekommt bei dieser Berichterstattung. Also es ist ein Bild von Politikverachtung. Selbst der stellvertretende Chefredakteur der ZEIT, Bernd Ulrich, hat kürzlich in einem sehr bemerkenswerten Artikel gesagt: Bei den Medien, bis hinein in die Qualitätsmedien, überwiegen immer mehr die Politikverächter, die ein verächtliches Bild von Politik und Politikern verbreiten. Und das Publikum, die Gesellschaft sieht ja Politik nicht in echt, sondern immer im Spiegel der Medien. Aber die Politikverstehere, die sich die Mühe machen zu erklären „Was läuft denn da ab? Was sind die Zusammenhänge?“, die werden immer weniger. Und damit verstärken sie natürlich diese Politikverachtung noch mal sehr beträchtlich.

Es kommt noch etwas anderes hinzu, das für die Sozialdemokratie und die Linke überaus problematisch ist. Die alten Linksliberalen oder zumindest demokratisch liberalen leitenden Redakteure

in den Printmedien und auch in den Funkmedien, die in den 90er, in den 80er Jahren und vorher dominant waren und immer einen verständnisvollen Blick auf die Debatten im Bereich Mitte, Mitte-Links geworfen, sogar an ihnen teilgenommen haben, sind mehr oder weniger verschwunden. Die sind ersetzt durch neubürgerliche, auf der rechten Mitte angesiedelte Journalisten, die sehr stark ihre eigene besitzbürgerliche Position mit konservativen Werten verbinden und auf alles, was im Bereich Mitte-Links, Links passiert, eigentlich nur einen Blick der Verachtung haben. Der Prototyp ist Jan Fleischhauer im SPIEGEL. Wenn man sich dessen Texte nur mal kurz anschaut. In seinem Buch hat er sich ja dankenswerterweise geoutet und hat seine abgrundtiefe Verachtung, bis hinein in die letzten ästhetischen Details, von allem, was links ist, zum Ausdruck gebracht. Und er ist ja beim SPIEGEL u.a. auch für die Berichterstattung über SPD usw. mit zuständig, hat dort auch seine eigene Kolumne.

Das ist jetzt kein Einzelfall, das ist prototypisch. Diese neubürgerlichen Journalisten lassen Themen der Mitte-Links-Gruppierungen, der Linken überhaupt nicht mehr ernsthaft hochkommen. Das wird alles mit tiefer Verachtung und zum Teil sogar mit Abscheu behandelt. Diese Medien sind ein bisschen oder in erheblichem Maße mit schuld, dass Politik so aussieht, wie sie aussieht, dass Politiker sich darauf dann auch einrichten. Sie bedienen den Populismus, den sie als Strömung in der Bevölkerung wahrnehmen und machen ihn groß, und können sich natürlich gut damit herausreden, dass sie eben einfach nur auf Meinungen, Stimmungen in der Bevölkerung eingehen.

Das ist grob mein Befund, den ich jetzt zu Anfang in wenigen Minuten nennen würde. Dann sage ich nur noch Folgendes. Es gibt nach meiner Auffassung einige Ansatzpunkte, die ermutigen zu sagen: Es könnte doch etwas besser werden. Es kann auch noch schlechter werden, weil der Politikbetrieb sich doch so sehr um die eigene Achse dreht, dass er für Impulse von außen nicht so ohne Weiteres offen ist und die Probleme, die jetzt anstehen, zum Beispiel Griechenland, sozusagen mit kleinster Münze behandelt, statt einen großen Wurf zu ma-

chen, statt noch mal die Debatte neu aufzureißen und zum Beispiel, wie Helmut Schmidt das vorgeschlagen hat, jetzt mal zu sagen: Wir machen einen großen Entwicklungsplan für Griechenland, um die griechische Bevölkerung, vor allem diejenigen, die die Leidtragenden sind, mitzureißen, dass etwas Neues beginnt. Um sie überhaupt fähig zu machen, durch eine wirtschaftliche Entwicklung, vielleicht in fünf oder zehn Jahren tatsächlich wieder finanziell auf die eigenen Beine zu kommen, statt sie jetzt durch diese irrsinnigen Sparprogramme in die Knie zu zwingen und die Situation immer mehr zu verschlechtern.

Und die Jüngeren sind, wie die jüngste Shell-Studie noch mal gezeigt hat, in wachsendem Maße doch durchaus an politischen Themen und Fragen interessiert, zum Teil natürlich mit großen Vorbehalten gegen die Parteien, gegenüber Großorganisationen überhaupt. Die tummeln sich natürlich alle im Internet. Die Frage ist: Was könnte man machen, was können auch die Parteien machen, um viel geschickter, viel glaubwürdiger im Internet die Kommunikation neu zu beleben? Dass das Internet selber sehr ambivalent ist, wissen wir auch. Dazu wird Ute Pannen dann sicherlich was sagen. Aber ich denke, da sind Chancen. Die Parteien haben da bisher äußerst konventionell, ziemlich einfallslos agiert, und auch das, was an Möglichkeiten da ist, nach meiner Auffassung nicht genutzt.

Das Zweite ist, die Politisierung der Politik, also wieder Alternativen einführen, über große Alternativen diskutieren, auch ein Stück weit polarisieren, klar machen: Was stecken für Interessen hinter bestimmten Politikangeboten oder hinter einer bestimmten Politik? Und dem dann Alternativen entgegensetzen. Und um diese dann auch ringen, auch konfrontativ ringen, nicht ängstlich an jedem Tag nach den Umfragen schauen, und wenn sie nicht ganz so günstig sind, sofort wieder zitternd alles fallen lassen, was man da vielleicht mal wollte, und dann nicht zu wollen wagt.

Die Frage ist, ob sich die Parteien tatsächlich ernsthaft öffnen können. Ich könnte es mir vorstellen. Es werden ja in der SPD ein paar sehr kühne, weit reichende Vorschläge diskutiert, mit denen man an

dem gewandelten Partizipationswillen gerade auch der Jüngeren anschließt, die unter Umständen nicht gleich ganz einsteigen wollen, sondern erst mal mit bestimmten Themen, für die sie sich besonders interessieren, oder vielleicht erst mal auf Probe, und dann Leute dazu bringt, dort, an der Stelle, wo sie möchten, etwas einzubringen, ohne dass man sich sofort für die volle Vereinnahmung entscheiden muss oder nicht.

Da sind ein paar Ansatzpunkte. Wie man bei den Medien ansetzen könnte, ist schwer zu sagen. Der Hauptpunkt, wo etwas ginge, wäre eigentlich, dass man die zivilgesellschaftlichen Kommunikationen verstärkt. Also das, was außerhalb des Medienbetriebs läuft, weil sich immer wieder gezeigt hat: Wenn es außerhalb der Medien neue Impulse, vielleicht auch Bewegungen gibt, dann sind die meisten Medien auch bereit oder fühlen sich gezwungen, sich zu öffnen dafür und sich da ein bisschen anzupassen und ein bisschen was anders zu machen. Deswegen sind Mitglieder für Parteien wichtig, weil die diejenigen sind, die nicht nur die Parteimaschine am Laufen halten, sondern gesellschaftliche Kommunikationen tragen, ermöglichen, anregen können, eben das leisten, was die Medien verweigern.



Prof. Dr. Frank Decker

Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

Ich kann gleich an die Diagnose anknüpfen. Wir haben es heute tatsächlich mit einer Krise der demokratischen Legitimation zu tun, einer Krise insbesondere der repräsentativen Qualität von Demokratien. Die Legitimität demokratischer Verfassungsstaaten speist sich aus verschiedenen Quellen. Und wir beobachten seit geraumer Zeit, dass sich die Gewichte der verschiedenen Quellen verschieben. Vor einigen Jahren ist ein, wie ich meine, zu wenig beachtetes Buch des französischen Politikwissenschaftlers Pierre Rosanvallon erschienen, in der deutschen Übersetzung heißt es: „Demokratische Legitimität“. Dort wird sehr schön gezeigt, dass heute zum Beispiel die Verfassungsgerichtsbarkeit in den Demokratien an legitimatorischer Bedeutung gewinnt, während die Institution, in der sich die Demokratie herkömmlicherweise konzentriert, nämlich die Wahl, an legitimationsstiftender Kraft einbüßt. Thomas Meyer hat auf einen wichtigen Grund dafür hingewiesen. Neben der Schwäche der Parteien ist es insbesondere das Verschwinden der politischen Alternativen, dass die Leute glauben lässt, sie könnten bei Wahlen über die Grundrichtung der Politik nicht mehr wirklich entscheiden. Von daher knüpft sich natürlich die Frage an, ob das Legitimationsdefizit durch andere Formen der Demokratie aufgefangen werden kann. Im deutschen Kontext gerät hier als Erstes die direkte Demokratie in den Blick. Dafür gibt es zwei miteinander zusammenhängende Erklärungen: Erstens sind in der Bundesrepublik die direktdemokratischen Elemente auf der kommunalen und auf der Länderebene seit Ende der achtziger Jahre sukzessive ausgebaut worden, und zweitens propagieren die Befürworter deren Einführung auch auf Bundesebene. Letzteres ist durchaus folgerichtig, denn so wie unser föderales System nun einmal organisiert ist, werden hierzulande die für die Lebenswirklichkeit der Menschen maßgeblichen politischen Entscheidungen von der Bundespolitik getroffen.

Die deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft hat ihren großen Kongress im nächsten Jahr, auf dem das Megathema Demokratie die Hauptrolle spielen soll, unter den schönen Titel gestellt „Die Versprechen der Demokratie“. Das lässt sich auf die direkte Demokratie nahtlos übertragen. Auch mit ihr verbinden sich ja bestimmte Hoffnungen – Versprechungen, von denen wir fürchten müssen, dass sie wahrscheinlich nicht haltbar sind. Diese Erwartungshaltung wird von den Befürwortern der plebiszitären Verfahren natürlich bewusst geschürt, die sich in Deutschland bekanntlich um den Interessenverein „Mehr Demokratie“ gruppieren. „Mehr Demokratie“ ist auch, wenn man so will, ein Interessenverein in eigener Sache, der sich im Rahmen der Verfassungsgebungsprozesse mittlerweile eine sehr starke Position verschafft hat. Dass das auch ungute Folgen hat oder haben kann, will ich Ihnen an einigen Punkten erläutern. Ein wichtiger Hinweis ist bereits angeklungen. Die Repräsentationskrise der etablierten demokratischen Institutionen und insbesondere der Wahlen, in denen sich die als Volkssouveränität verstandene Demokratie verdichtet, zeigt sich auch darin, dass es ganz bestimmte Teile der Gesellschaft sind, die nicht mehr partizipieren. Es kommt also nicht allein auf die Höhe der Wahlbeteiligung an, die man für gewöhnlich als Qualitätsmaßstab der Partizipation nimmt, sondern es stellt sich die Frage: Wer sind denn diejenigen, die nicht mehr zur Wahl gehen? Wenn Sie glauben, man könne diesen Mangel durch direktdemokratische Verfahren auffangen, werden Sie schnell merken, dass diese die Probleme eher noch verschärfen. Erstens sind die Beteiligungsraten bei den Abstimmungen noch geringer – in der Schweiz liegen sie auf nationaler Ebene im Durchschnitt bei 30 bis 40 Prozent. Und zweitens ist die soziale Selektivität der Verfahren größer. Von daher muss man genau hinschauen, wer von den plebiszitären Elementen am Ende profitiert. Dazu gibt es eine breite politikwissenschaftliche Forschung mit durchaus gegenläufigen Befunden, sodass sich hier einfache Antworten

verbieten. Von der Output-Seite, wenn man die inhaltlichen Ergebnisse des politischen Prozesses betrachtet, lässt sich die Einführung oder Ausweitung direktdemokratischer Verfahren nicht wirklich begründen. Es stehen ihr andererseits aber auch keine gravierenden Argumente entgegen – etwa dergestalt, dass das Volk generell unvernünftigere Entscheidungen treffen würde als die repräsentativen Institutionen. Etwas anders sieht es aus, wenn man die Input-Seite betrachtet. Hier zeigen die empirischen Befunde, dass dort, wo direktdemokratische Verfahren vorhanden und tatsächlich nutzbar sind, das Vertrauen der Bürger in die Demokratie zunimmt. So bewegt sich zum Beispiel die Schweiz im europäischen Vergleich im oberen Drittel der Demokratiezufriedenheit. Und das hat sehr viel mit den Institutionen der direkten Demokratie zu tun.

Was die Erwartungen an die direkte Demokratie angeht, sollte man also sehr vorsichtig sein. Diese hängen auch von der jeweiligen Ausgestaltung der plebiszitären Verfahren ab. Ich weise in Diskussionen immer wieder darauf hin, dass wir eigentlich nicht von der direkten Demokratie sprechen sollten, da es höchst unterschiedliche Varianten der Plebiszite gibt. Hier haben wir in der Bundesrepublik eine, wie ich finde, problematische Tendenz. Neulich hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung einem von mir im Prinzip geschätzten Kollegen für einen Artikel über direkte Demokratie eine ganze Seite freigeräumt. Werner Patzelt, der eigentlich ein Konservativer ist, propagiert dort die Einführung plebiszitärer Verfahren an allen Fronten. Und er macht eine Unterscheidung auf zwischen zwei Varianten der direkten Demokratie, nämlich der direkten Demokratie „von oben“, wenn zum Beispiel die Regierung dem Volk eine bestimmte Frage zur Abstimmung vorlegt, also ein Referendum anberaumt, und der direkten Demokratie „von unten“, wenn das Volk selbst die Initiative ergreift. Die erste Variante ist für Patzelt grundsätzlich von Übel, weil sich die repräsentativen Institutionen damit vor möglicherweise unpopulären Entscheidungen drückten, die sie dann gleichsam an das Volk weiterreichten. Grundsätzlich positiv zu betrachten seien dagegen alle Formen der direkten Demokratie von unten. Und



genau dieses vermeintlich progressive Modell ist der Referenzpunkt in der hiesigen Verfassungsdiskussion. In Deutschland firmiert es unter dem Begriff der „Volksgesetzgebung“. Volksgesetzgebung bedeutet, dass wir, die Bürger, als Gesetzgeber nicht nur an die Seite, sondern anstelle der repräsentativen Institutionen, also Parlamenten und Parteien, treten können. Das hört sich sehr sympathisch an. Ich glaube aber, dass damit ein Versprechen abgegeben wird, was nicht haltbar ist. Das Volk kann nicht in die Rolle eines Gesetzgebers hineinschlüpfen, zumal unter den heutigen Bedingungen, wenn Sie sich die Komplexität von Gesetzgebungsprozessen vor Augen führen. Deshalb verbindet sich mit der Entscheidung für das vermeintlich progressivste Modell der direkten Demokratie nicht zufällig eine weitgehende Einschränkung und Entwertung dieses Modells in der Praxis. In den Ländern hat man die Volksgesetzgebung in ihrem Anwendungsbereich jedenfalls so stark eingeengt, dass sie im Verfassungsleben – von Ausnahmen wie Hamburg abgesehen – bislang kaum eine Rolle spielt. Einerseits sind die Quoren, die in den verschiedenen Stadien des Verfahrens

übersprungen werden müssen, sehr hoch. Beim abschließenden Volksentscheid reicht es zum Beispiel in der Regel nicht, dass die Mehrheit einer Vorlage zustimmt, sondern es muss sich eine bestimmte Mindestzahl von Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Andererseits haben wir die Situation, dass über viele Gegenstände überhaupt kein Volksentscheid möglich ist. In den allermeisten Bundesländern dürfen sie noch nicht einmal über Gesetze abstimmen, die finanzwirksam sind, also den Haushalt in irgendeiner Form tangieren. Das betrifft natürlich fast alle Materien. Darüber hinaus haben wir auch ein Problem, was die Verbindlichkeit von Volksentscheiden angeht. In einigen Bundesländern ist es schon vorgekommen, dass das Volk einen Volksentscheid getroffen hat und das Parlament wenig später hingegangen ist und diesen wieder aufgehoben oder in der inhaltlichen Substanz verändert hat. Damit wird die Legitimation der direktdemokratischen Verfahren untergraben. Meine These lautet deshalb: Macht bitte den Menschen kein Demokratieversprechen, das ihr nicht halten könnt!

Weil der Widerspruch zwischen der Theorie und Praxis der Direktdemokratie so offensichtlich ist, setzen deren Befürworter alles daran, ihn zu beseitigen. Das tun sie aber nicht dadurch, dass sie das Versprechen selbst zurücknehmen oder auf ein realistisches Maß zurückführen; vielmehr wollen sie die Anwendungsbedingungen der Verfahren soweit verbessern, dass der Traum der Volksgesetzgebung tatsächlich Wirklichkeit wird. Der besagte Interessenverein „Mehr Demokratie“ ist der Vorreiter dieser Tendenz. In einigen Bundesländern ist es ihm gelungen, die Hürden so weit abzusenken, dass die Volksgesetzgebung den politischen Prozess massiv zu beeinflussen beginnt. Hamburg ist dafür ein gutes Beispiel. Dort war ein wichtiges Thema im letzten Bürgerschaftswahlkampf die Frage der Kita-Gebühren. Der schwarz-grüne Senat hatte diese erhöht. Daraufhin gab es in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung, weshalb sich alle Parteien im Wahlkampf für eine Rücknahme

des Beschlusses aussprachen. Der designierte Bürgermeister Olaf Scholz ging aber noch einen Schritt weiter. Er traf vor der Bürgerschaftswahl mit dem Landeselternbund der Hansestadt eine vertragliche Abmachung, dass er die Erhöhung wie versprochen zurücknehme, wenn der Elternbund ihm im Gegenzug zusichere, keine Volksinitiative für eine noch weitergehende Absenkung der Gebühren zu ergreifen. Inzwischen gibt es in Hamburg eine weitere Volksinitiative, die den Senat in die Bredouille bringen könnte. Die Energieversorgungsunternehmen, die privatisiert worden sind, sollen danach von der Stadt wieder zurückgekauft werden – und zwar zu 100 Prozent. In der SPD gibt es dafür starke Sympathien. Der Bürgermeister hat aber gesagt, dass für ihn allenfalls 25 Prozent vorstellbar seien, mehr gebe der Haushalt nicht her. Da in Hamburg finanzwirksame Gesetze durchaus zulässig sind, könnte also erneut eine Situation eintreten, in der der Volkswille gegen den Willen der Regierung bzw. Parlamentsmehrheit steht. Ich will es bei diesen Hinweisen bewenden lassen.

Wir werden die Volksgesetzgebung auf der Länderebene sicherlich nicht zurückdrehen können. Von der Idee, sie auch auf der Bundesebene einzuführen, sollte man sich aber verabschieden. Der SPD, die an dieser Forderung unverdrossen festhält, versuche ich seit Jahren gebetsmühlenhaft beizubringen, dass sie sich damit in eine demokratiepolitische Sackgasse begibt. Ihre Glaubwürdigkeit und die der Parteidemokratie insgesamt nehmen durch das uneinlösbare Versprechen Schaden. Dabei gäbe es durchaus sinnvolle Alternativen – etwa einen Volksantrag, mit dem Parlament und Parteien gezwungen werden könnten, sich mit einer bestimmten Angelegenheit zu befassen, die Letztentscheidung aber bei den repräsentativen Institutionen verbleibt. Ich glaube, dass wir in der Debatte um die Möglichkeiten der direkten Demokratie in Deutschland erst am Anfang stehen. Wenn wir sie nicht endlich vom Kopf auf die Füße stellen, wird die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene noch lange auf sich warten lassen.

Ute Pannen

Medienwissenschaftlerin und Expertin für Netzpolitik

Ich habe eine These mitgebracht heute, die lautet: Wir leben bereits in der digitalen Gesellschaft und es gibt keine Trennung zwischen online und offline mehr. Wenn wir einmal schauen, wie digitale Bürgerbeteiligungsprozesse heute ausschauen, dann wird das auch ganz offensichtlich. Wir konnten in der FAZ die Zahlen lesen, 75 Prozent der Bundesbürger sind online. Das ist für Europa ganz okay, aber die skandinavischen Staaten sind da noch viel weiter: Island 90 Prozent. Und man kann wirklich beobachten, es gibt auch ein Nord-Süd-Gefälle. Also die nordeuropäischen Staaten, die Staaten mit wirtschaftlich stärkeren Möglichkeiten, mit besserem Bildungssystem sind eben auch wesentlich präsenter im Netz. Wir kennen auch die Zahlen zum digital divide. Wir wissen, dass die älteren Bürger über 60 deutlich weniger im Netz vertreten sind, wir wissen und dass Frauen über 60 ganz besonders in dieses Gap hineinfallen.

Und Bildung ist ein wesentlicher Faktor für die Nutzung des Internets. Das heißt, je geringer der Schulabschluss, umso eher die Wahrscheinlichkeit, dass das Internet nicht genutzt wird. Wenn wir das anschauen, dann sind das genau die Kriterien, die wir eben von Prof. Meyer gehört haben. Es sind genau die Kriterien, die eben auch politische Partizipation, Interessen- und Meinungsbildung als maßgebliche Faktoren beeinflussen. Wenn wir uns die einzelnen Instrumente anschauen, die bei demokratischen Beteiligungsprozessen im Internet zu sehen sind, dann möchte ich drei Beispiele nennen. Die sind vielleicht bei vielen auch schon bekannt: Stadtdialoge, Bürgerhaushalte und E-Konsultationen.

Stadtdialoge, als Beispiel die Stadt Essen: „Essen soll leiser werden“. Das ist ein sehr gelungenes Projekt, bei dem die Bürger wirklich in einem Crowdsourcing-Prozess die Orte in der Stadt mar-

kiert haben auf einer digitalen Karte, in denen die Stadt zu laut ist, in denen der Verkehr am meisten stört. Und wer könnte das besser wissen als die Anwohner selbst? Da ist es gelungen, das Wissen der Bürger wirklich auch in den Verwaltungsprozess miteinzubeziehen. Das ist auch für die Zukunft ein Verfahren, was immer mehr an Popularität gewinnt und was immer stärker eingebettet wird. Man merkt aber auch – und da kommen wir zur Legitimation –, wenn diese Ergebnisse wirklich einfließen in den Verwaltungsprozess, dann sind die Bürger auch bereit und gewillt, mitzuwirken. Ist das nicht der Fall und ist das Projekt eher bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt, weil es ja auch nett wirkt, wenn alle darüber reden und es schöne Schlagzeilen in der regionalen Presse gibt, also wenn eine direkte Auswirkung in die Fachreferate nicht gegeben ist, dann ist die Beteiligung auch deutlich geringer.

Bürgerhaushalte sind ein Beispiel, das sich ebenfalls wachsender Popularität erfreut. In Köln ist dies sehr erfolgreich gelaufen, aber auch in Berlin-Lichtenberg und in immer mehr deutschen Städten können nun die Bürger über die kommunalen Haushalte mit abstimmen. Das heißt, es gibt Webseiten, an denen man selber entscheiden kann, ob die kommunalen Mittel eher dafür ausgegeben werden, einen neuen Fußballplatz, eine neue Schule zu bauen, oder ob die Mittel gespart werden sollen und an welcher Stelle gespart werden soll. Das ist im Moment oftmals die Frage, um die es geht. Da gibt es auch Beispiele aus England, die das Ganze noch visueller, plastischer auf ihren Tools dargestellt haben. Dort kann man wirklich an Reglern drehen und hier ein bisschen mehr sparen, da ein bisschen mehr sparen, aber kriegt dann auch sofort ein Feedback, was das bedeutet, wenn man Mittel an der einen Stelle streicht, dass dann eben auch an der anderen große Mängel entstehen. Also es zeigt sehr

deutlich, was so ein Budget ermöglicht und was nicht. So etwas hat legitimatorische Prozesse enorm erhöht, wobei es vom rein juristischen Standpunkt aus so ist, dass es immer nur als eine Empfehlung an die Abgeordneten gewertet wird.

Das dritte Beispiel, die E-Konsultationen stehen und fallen auch wieder mit ihrer Legitimation, also mit der Auswirkung, die nachher dieser Beteiligungsprozess haben wird. Ein Beispiel, das wir im letzten Jahr gesehen haben, war der Online-Dialog „Perspektiven deutscher Netzpolitik“. Da hat der damalige Innenminister de Maizière mit der Bevölkerung diskutiert: Welche Themen sind gerade für uns die wichtigsten im Bereich Netzpolitik? Wohin soll die Gesetzgebung gehen – mehr Datenschutz/weniger Datenschutz? Da war die Beteiligung sehr mäßig. Obwohl das Thema gerade in aller Munde war und obwohl es wirklich in der Presse eine lebendige Debatte darüber gab, war dieser Online-Dialog gar nicht so populär. Und das hatte eben auch damit zu tun, dass klar war: Okay, die Ergebnisse, was passiert damit? Die fließen in ein Strategiepapier des Ministers, aber der weitere Prozess, der ist noch offen. Das ist nicht so ganz klar, was da mit meiner Meinung passiert und ob es eine Auswirkung hat. Da merkt man, dass die Bürger ein sehr gutes Gespür dafür haben, ab wann eine Aktion auch direkte Auswirkungen hat. Und das motiviert als allereindeutigstes Merkmal.

So viel zum Status quo. Um das zu bewerten, gehe ich gerne auf meine Vorredner ein. So haben wir gehört zum einen von Prof. Decker, dass Volksgesetzgebungen und direkte Demokratie nicht das halten können, was sie versprechen. Ich würde sagen: Trotzdem keine Angst vor direkter Demokratie, denn es ist ein Weg zu mehr Dialog. Und es ist, wenn wir das Gegenargument betrachten, nur die große Angst vor der populistischen Manipulation, die oftmals dahintersteht. Dann kann man doch wirklich sagen, dass unser Grundgesetz stark genug ist, das auszuhalten und das, was in der Schweiz oftmals als Warnung für uns ausgesprochen wurde, doch abgefedert wird von dem ge-

setzlichen Rahmen, den wir haben. Und zur Frage der Post-Demokratie, in der wir evtl. leben, würde ich sagen, vielleicht kann man auch von einer Normalisierung des Wahlverhaltens sprechen. Nach 1945 war in der Bundesrepublik ja wirklich ein ganz besonderer Antrieb vorhanden, am demokratischen Wahlprozess teilzunehmen, und in anderen Ländern wie in den USA oder auch anderen europäischen Ländern gibt es durchaus wesentlich geringere Wahlbeteiligungen als wir das jetzt haben. Vielleicht erreichen wir da auch eher ein normales Mittelmaß und haben zu große Erwartungen gehabt, aus unserer Geschichte und Vergangenheit bedingt.

Dann hören wir ja öfter den Satz: Das Internet, die große Gefahr. Professor Meyer hat gesagt, das Internet ist ambivalent. Ich würde sagen, das Internet ist nicht ambivalent – es ist so gut oder schlecht wie die Leute, die dahintersitzen. Und damit möchte ich auch zurückkommen zu meiner Ausgangsthese: Es gibt keine Trennung von online und offline, sondern mittlerweile leben wir in einer Gesellschaft, in der alles das, was in der sogenannten realen Welt diskutiert wird, genauso virtuell diskutiert wird und das Internet ein Abbild der Gesellschaft ist, also genau das spiegelt, was auch im realen Leben passiert. Deswegen würde ich gar nicht einmal von dieser Trennung virtuell/real sprechen, sondern die Gesellschaft diskutiert eben auch gleichermaßen mit beiden Sprachrohren. In der ZEIT haben wir jüngst einen schönen Artikel gelesen darüber, dass die Bürger wieder den öffentlichen Raum erschließen. Und das eben auch durch die Nutzung sozialer Netzwerke, in denen mobilisiert wird; dann aber das Treffen und die Diskussion wieder hinaus in den öffentlichen Stadtraum, in die Öffentlichkeit führt und wir uns wieder distanzieren von diesem früheren Rückzug ins Private. Auch dabei kann man feststellen, eine Trennung von online und offline gibt es nicht mehr. Die digitale Gesellschaft hat begonnen.



Neue Formen der Arbeit in Parteien

Astrid Klug

Bundesgeschäftsführerin der SPD

Ich glaube, das heutige Thema bietet genügend Stoff für eine kontroverse Debatte. Ihr habt mit Andrea Nahles und Sigmar Gabriel in den letzten Tagen schon über das Thema Demokratie diskutiert. Wir haben in der SPD aktuell die Debatte, wie sich die Partei verändern muss, damit wir stark bleiben – oder wieder stärker werden. Ich will Euch einen Überblick geben über diesen Parteireform-Prozess, der nicht der erste in der Geschichte der SPD ist, sich aber von denen unterscheidet, die es in der Vergangenheit gab. Und mich interessiert natürlich nicht nur Eure Meinung zu den Vorschlägen, die jetzt auf dem Tisch liegen, sondern auch, ob Ihr möglicherweise noch ganz andere Ideen, Vorschläge, Verbesserungsvorschläge habt, was sich in der SPD verändern muss, um gerade auch attraktiver zu sein für junge Leute, die sich politisch interessieren und die in der SPD mitmachen wollen?

Ich will beginnen mit drei Thesen, die vielleicht auf den ersten Blick sich ein bisschen banal anhören, aber trotzdem existenziell, nicht nur für die SPD, sondern für unsere Demokratie sind, und auch wenn sie sich ein bisschen banal anhören, trotzdem in der Umsetzung gar nicht mehr so einfach sind. Erste These: Eine lebendige Demokratie braucht lebendige Parteien. Demokratie lebt vom Mitmachen und nicht vom Zuschauen. Sie funktioniert nur dann und ist nur dann stark, wenn es Menschen gibt, die sich in dieser Demokratie politisch engagieren. Es gibt keine funktionierende Demokratie ohne Parteien. Parteien fallen nicht vom Himmel, sondern Parteien werden von Menschen gemacht. Deshalb braucht man Menschen, die sich engagieren für die Zukunft, für diese Demokratie. Natürlich sind Parteien in einer Demokratie nicht alles. Eine Demokratie besteht aus mehr als aus Parteien. Aber ohne Parteien ist



Demokratie nichts. Ohne Parteien, die sich auf den Weg machen, Interessen in einer Gesellschaft auszugleichen, Meinungsbildung zu organisieren und am Ende auch zu Entscheidungen zu kommen. Parteien, die auch Menschen haben, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen in einer Demokratie. Ohne solche Parteien funktioniert eine Demokratie nicht und ist eine Demokratie am Ende auch nicht viel wert. Aber Parteien sind kein Selbstzweck. Das führt zur zweiten These: Eine lebendige Partei brauchen viele engagierte Mitglieder, die einen Querschnitt der Gesellschaft abbilden. Gerade eine Partei wie die SPD, die den Anspruch hat, Volkspartei zu sein, muss einen Querschnitt der Gesellschaft bei sich abbilden, muss viele organisieren, die Seismografen sind für gesellschaftliche Stimmungen, für Probleme, die es gibt. Wir brauchen die Multiplikatoren in die Gesellschaft hinein, für die Lösungen und für die Politikangebote, die in der Partei gemeinsam von den Mitgliedern erarbeitet werden. Und viele Mitglieder sind auch die Grundvoraussetzung für ein Politikangebot, das nicht irgendwo an einem grü-

nen oder roten Tisch entsteht, sondern das nah bei den Menschen ist, in einer Partei, die über die Mitglieder möglichst viele Nervenenden in die Gesellschaft hinein hat. Dabei ist klar: Es geht nicht nur um viele „zahlende“ Mitglieder, sondern vor allem um viele engagierte Mitglieder die auch bereit sind in der Partei und in Parlamenten Verantwortung zu übernehmen., Wir haben in der SPD nach wie vor etwa 80.000 Mitglieder, die bei uns Verantwortung übernehmen in Funktionen in der Partei oder in Parlamenten, vom Ortsrat bis zum Europaparlament, 80.000 Funktionen und Mandate sind also zu besetzen. Das kann man nur, wenn man auch personell aus dem Vollen schöpfen kann und genügend da sind, aus denen man auch auswählen kann. Die SPD hat deshalb den Anspruch und behält den Anspruch, Mitgliederpartei zu sein. Wir wollen keine Kampagnen-Partei sein, wo sich kurzfristig mal Leute zusammenfinden, um zum Beispiel eine Wahlkampagne voranzubringen und dann wieder auseinanderzugehen. Wir wollen über unsere Mitglieder dauerhafte, nachhaltige, langfristig angelegte Politik und Meinungsbildung organisieren, den Interessenausgleich schon in der SPD organisieren, um ihn dann auch in der Gesamtgesellschaft möglich zu machen. Und dafür braucht man möglichst viele Mitglieder, und vor allem möglichst viele engagierte Mitglieder. Dritte These: Demokratische Parteien organisieren die politische Willensbildung über ihre Mitglieder hinaus. Parteien sind kein Selbstzweck. Und Parteien haben die originäre Aufgabe, politische Willensbildung in der Gesamtgesellschaft zu ermöglichen und zu organisieren. Es darf nicht darum gehen, „closed shop“ zu machen in einer Partei. Im Grundgesetz steht: Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit. „Wirken mit“, das heißt, wir brauchen auch andere, auch die außerhalb der Parteien, für eine starke Demokratie. Wir müssen auch interessant sein für die, die nicht Mitglied einer Partei sind, noch nicht Mitglied einer Partei sind, vielleicht gar nie Mitglied einer Partei werden wollen, aber trotzdem bereit sind, sich politisch zu engagieren, bürgerschaftliches Engagement zu zeigen. All die müssen wir auch einbinden in politische Meinungsbildungsprozesse. Das wird auch wichtiger, weil der

Anspruch an die Parteien sich verändert hat. Deshalb brauchen wir neue Elemente, um neues Interesse zu wecken.

Nicht nur die SPD, auch andere Parteien in Deutschland und Europa haben ähnliche Probleme. Unsere Mitgliederzahlen sind deutlich zurückgegangen. Wir haben uns in den letzten 30 Jahren halbiert. Das grundsätzliche Interesse, in einer Partei mitzuarbeiten, hat aber nicht abgenommen. Alle Untersuchungen zeigen immer, dass sehr wohl 15 Prozent der Menschen in Deutschland sich vorstellen können, Mitglied einer Partei zu werden. Tatsächlich sind es nicht mal 2 Prozent. Es waren auch schon mal 4 Prozent. Das heißt, es gibt da eine erhebliche Rekrutierungslücke und deutlich mehr Potenzial für alle Parteien, auch und gerade für die SPD, Menschen für eine Mitgliedschaft zu interessieren und zu gewinnen, wenn wir das richtige Angebot machen. Wir haben aber noch ein weiteres Problem: Wir haben inzwischen ein Durchschnittsalter von 60 Jahren. Wir sind jetzt gerade an der Schwelle, dass die Gruppe der Über-60-Jährigen größer wird als die Gruppe der Unter-60-Jährigen in der SPD. Jetzt ist es kein Problem, viele ältere Mitglieder zu haben, denn sie sind ganz oft ganz wichtige Leistungsträger vor Ort in den Ortsvereinen, in vielen Wahlkämpfen. Also es geht gar nicht darum, über 60-jährige Mitglieder abzuwerten, ganz im Gegenteil. Aber uns fehlen die Jüngeren und vor allem die noch im Beruf aktiven Jahrgänge, die 40- bis 55-Jährigen. In den Achtzigern sind viele, die jetzt in dieser Altersgruppe sind, bei den Grünen gelandet und fehlen bei uns. Aber es hat natürlich auch etwas damit zu tun, wie wir organisiert sind. Diejenigen, die berufstätig sind, die Eltern sind, finden mit dem Zeitbudget, was sie zur Verfügung haben, oft nicht das richtige Angebot in der SPD um sich einzubringen, mitzumachen und wohl zu fühlen. Das heißt, uns fehlen zunehmend für die SPD aber ganz wichtige Gruppen der Gesellschaft, junge Leute, vor allem junge Frauen. Uns fehlen Berufstätige, uns fehlen Eltern. Und wenn diese Gruppen fehlen in der ganz praktischen Arbeit der SPD, in den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine und darüber hinaus,

dann finden die Themen, die diese Gruppen besonders interessieren, die Probleme, die diese Gruppen haben, in unserer Partei nicht mehr ausreichend statt und entsprechend reduziert sich auch am Ende unser Politikangebot. Und das wirkt sich dann auch bei Wahlen aus. Also müssen wir ein ureigenes Interesse daran haben, hier wieder breiter aufgestellt zu sein und auch diese Gruppen zu erreichen. Und dafür brauchen wir natürlich die richtigen inhaltlichen Politikangebote. Aber ich bin überzeugt davon, dass das nicht reicht. Wir müssen unsere Organisationskultur verändern, wenn wir diese Gruppen ansprechen wollen. Zweites großes Problem ist, dass die Distanz zwischen Politik, zwischen Parteien und Bürgern in den letzten Jahren, Jahrzehnten, schleichend aber permanent gewachsen ist. Heute stehen auf der einen Seite die Gruppen, die sich sehr wohl selbstbewusst organisieren und vertreten und ihre eigenen Ansprüche oft auch ohne die Parteien durchsetzen, weil sie Druck machen können. Auf der anderen Seite finden sich die, die sich von der Gesellschaft abgehängt und von der Politik nicht ernst genommen fühlen. Diese Gruppe hat ihre Erwartungen an die Politik und ihr Vertrauen in die Kompetenz der Politik, Probleme zu lösen, verloren. Oft gehen die Menschen nicht mehr wählen. Da ist eine echte Kluft, aber wir müssen für beide Gruppen ein Angebot machen. Wir müssen versuchen, die zu aktivieren, die heute kein Vertrauen mehr in Parteien, in die SPD haben. Das geht nur, indem wir dahin gehen, wo diejenigen sind, die wir erreichen wollen, für die wir ja auch eine ganz praktische Politik machen wollen. Und wir müssen Angebote entwickeln, wie wir die, die durchaus in der Lage sind, sich selbst zu organisieren, mit ihrem Engagement, mit ihrer Kompetenz auch in eine Partei, auch in die SPD zu holen und sie auch am Ende zu zwingen, sich mit anderen Interessen auseinanderzusetzen.

Als Partei müssen wir wissen, was sich in der Gesellschaft verändert. Wir müssen uns darauf einlassen und uns auch selbst verändern. Dazu gehört, dass die fast 500.000 Mitglieder, die wir nach wie vor haben, ein wichtiges Pfund sind, mit dem wir in der SPD wuchern können. Die übergroße Mehr-

zahl ist in die SPD eingetreten, weil sie etwas bewegen wollten, weil sie etwas verändern wollten, weil sie sich engagieren wollten. Die Allermeisten sind gekommen, weil sie mitmachen wollten, nicht weil sie einfach nur zahlendes Mitglied sein wollten. Aber viele kommen eben in dem praktischen Engagement dann nicht an oder sind dann enttäuscht, weil ihre Erwartungen nicht erfüllt werden. Und das müssen wir uns genau angucken: Woran liegt das und was können wir da besser machen? Und da ist natürlich wichtig, dass wir überzeugende Programme haben, dass wir inhaltliche Projekte haben, dass wir Zukunftsvisionen haben, die ansteckend sind und die Menschen begeistern. Das ist das Erste, was jemand braucht als Motivation, um in eine Partei einzutreten. Aber das alleine reicht nicht. Ich hatte vorletzte Woche eine Debatte bei DL 21, eine Diskussion über die Parteireform. Da hat Ernst Dieter Rossmann, der die aktuelle Parteireformdebatte und die Vorschläge breit unterstützt, davor gewarnt, dass man diese Organisationsdebatte am Ende zu hoch aufhängt. Er sagte, er kenne viele, die seien wegen der Inhalte und wegen des Programms in die SPD eingetreten, aber niemanden, der wegen der Organisation in die SPD eingetreten ist. Das ist sicher richtig, denn auch ich kenne fast nur Leute, die wegen guter Themen, inhaltlicher Programmatik in die SPD eingetreten sind. Aber leider kenne ich eben auch viele, die wegen der Organisation wieder ausgetreten sind. Weil sie sich nicht aufgenommen gefühlt haben, weil ihren Erwartungen nicht entsprochen wurde und sie keinen Platz gefunden haben, wo sie ihre Motivation und das Engagement, das sie einbringen wollten, dann auch tatsächlich ausleben konnten. Deshalb gehört tatsächlich beides zwingend zusammen: Wir brauchen gute Inhalte, aber gleichzeitig auch eine schlagkräftige Organisation. Nur wenn wir eine schlagkräftige Organisation haben, sind wir auch in der Lage, die guten Inhalte in politische Praxis umzusetzen und daraus eine praktische Politik zu machen. Wer in einer Partei eintritt, stellt sich aber auch Fragen wie „Wie gehen die da miteinander um?“, „Bin ich da willkommen?“, „Finde ich da andere Gleichgesinnte, mit denen ich mich organisieren kann?“, „Kann ich da was bewegen?“,



„Kann ich da Einfluss nehmen auf politische Entscheidungen?“, „Kann ich mit auswählen, wer diese Partei nach außen vertritt?“ Auch darauf müssen wir eine Antwort geben.

Mit dem Dresdner Parteitag haben wir uns auf den Weg gemacht, uns inhaltlich und organisatorisch zu erneuern.

Es gibt ja diesen schönen Satz, den man auch auf die SPD anwenden kann: Wer will, dass die SPD bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt. Denn wer nicht will, dass sich in der SPD etwas verändert, dass alles so bleibt, wie es ist, wird erleben, dass die SPD über kurz oder lang weder Volkspartei noch Mitgliederpartei mehr ist. Das heißt, wir müssen uns auch auf kulturelle Veränderungen einlassen.

Die Zeitbudgets vieler Menschen werden kleiner, die Erwartungen an Mobilität und Flexibilität nehmen zu. Die klassische Ortsvereinsarbeit an einem bestimmten Ort, das kontinuierliche Hereinwachsen in die politische Arbeit vor Ort, gibt es oft nicht mehr. Die Bereitschaft, sich langfristig zu binden, nimmt nicht nur in den Parteien ab. Auch die Kinder von engagierten SPD-Mitgliedern landen nicht automatisch wieder in der Partei.

Wir brauchen mehr Möglichkeiten, sich auch kurzfristig zu engagieren, auch ohne sofort Mitglied zu werden. Wir brauchen auch die Kompe-

tenz derer, die nicht bereit sind, sich der Partei mit Haut und Haar zu verschreiben und drei, vier oder fünf Abende pro Woche „für die Partei“ dazu sein. Wir brauchen flexiblere Angebote für die jungen Leute, die zum Studieren gehen, die den Studienort wechseln, die zum Praktikum in einen anderen Ort gehen und für den Job wieder wechseln. Nicht immer findet man am neuen Ort wieder Anschluss, selbst wenn man ihn schon hatte. Und oft kümmern wir uns auch nicht genug darum, erfahrene Mitglieder an einem neuen Ort schnell wieder zu integrieren. Viele verlieren wir auf der Strecke, vielfach in die politische Passivität, oft genug aber auch als Mitglieder.

Wir werden das Internet stärker nutzen müssen, wir werden neue Formen der Partizipation schaffen müssen, wir werden Parteiarbeit verändern müssen. Wir müssen dort abholen, wo Menschen und Mitglieder sind – und nicht nur warten, bis sie in unsere Mitgliederversammlung kommen.

Konkret wollen wir für jedes einzelne Mitglied mehr Möglichkeiten schaffen, in Sach- und Personalfragen mitzuentcheiden. Denn der Wert einer Parteimitgliedschaft liegt auch darin, mitentscheiden zu dürfen. Wir wollen, wo immer es geht, mit dem Vollversammlungsprinzip arbeiten. Wir wollen, dass bei Sach- und Personalentscheidungen auf allen Ebenen öfter alle Mitglieder mitentscheiden können, vor allem, wenn es mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten gibt. Manches stößt

dabei noch auf rechtliche Hürden. Wir suchen aber den Dialog mit anderen Parteien, um zum Beispiel die verbindliche Briefwahl von Vorsitzenden ermöglichen zu können.

Wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen, auch außerhalb von klassischer Ortsvereinsarbeit in der SPD mitmachen zu können. Dazu bleiben die Arbeitsgemeinschaften, aber wir richten auch weniger starr organisierte Themenforen ein, die lockerer organisiert sind, zwangloser sind. Viele kommen nämlich in die SPD, weil sie ein bestimmtes Thema bei uns voranbringen wollen, aber der Ortsverein kann ihnen kein Angebot machen. Das können wir mit Themenforen ein gutes Stück weit auffangen.

Wir wollen mehr Rechte, mehr Entscheidungsmöglichkeiten an die Mitglieder geben. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass Mitglieder in der SPD besser betreut werden. Vor allem dort, wo Strukturen in der Fläche zunehmend wegbrechen, wo die SPD nicht mehr wirklich ein Gesicht hat, wo Ansprechpartner, Andockstellen fehlen. Deshalb glauben wir, dass wir gerade für diese weißen Flecken eine bundesweite Servicestelle brauchen, eine Hotline, wo sich Mitglieder oder auch potenzielle Mitglieder, Leute, die sich für die SPD interessieren, melden können, um sich zu informieren, um Ansprechpartner auch vor Ort zu finden, Angebote zu bekommen, zum Beispiel in den Themenforen mitzuarbeiten und in den Informationsfluss innerhalb der SPD aufgenommen zu werden. Wir wollen Standards entwickeln für ein professionelles Eintritts- und Austrittsmanagement, wie es uns andere Organisationen, vorgemacht haben. Wir haben heute die Situation, dass von denen, die neu Mitglied werden in der SPD, über 10 Prozent nach ein bis zwei Jahren schon wieder ausgetreten sind, und fast jeder Fünfte nach drei bis vier Jahren schon wieder weg ist. Das zeigt, dass diese Mitglieder zwar mal mit Motivation gekommen sind, aber nicht das gefunden haben, was sie gesucht haben. Und da müssen wir besser werden.

Wir wollen auch die Arbeit insgesamt attraktiver machen, interessanter machen. Weg von bestimmten Ritualen, die jeder von uns und jeder

von euch, der selbst aktiv ist, kennt. Und da auch mehr experimentieren, stärker debattenorientiert, dialogorientiert und beteiligungsorientiert arbeiten mit unseren eigenen Mitgliedern, aber auch mit interessierten Bürgern. Die FES hat dazu im letzten Jahr eine sehr erfolgreiche Seminarreihe gemacht, „Neue Veranstaltungsformen braucht das Land“. Vieles wird ja inzwischen angewandt, von BarCamp bis zu Fishbowl, und wie das alles heißt. Es gibt viele, die sind da schon fit. Aber es ist eben noch lange nicht Standard. Das heißt, wir müssen auch in die Qualifikation investieren und die honorieren, die bereit sind, zu experimentieren und ihre Erfahrungen dann auch an andere weiterzugeben. Deshalb ist ein weiterer Vorschlag im organisationspolitischen Grundsatzprogramm, dass wir einen Innovationsfonds auflegen, der auf der Kreisebene neue, innovative Projekte möglich macht.

Ich habe vieles dazu gesagt, was wir für die Mitglieder machen wollen und komme jetzt zum umstrittensten Punkt der ganzen Debatte. Wir wissen, dass es zunehmend Menschen gibt, die sehr wohl sozialdemokratische Ziele teilen, unterstützen, damit sympathisieren, aber die nicht – oder noch nicht – Mitglied in der SPD werden wollen, aus welchen Gründen auch immer. Aber es ist wichtig, dass wir auch diese Sympathisanten an unsere Organisation andocken. Dass wir sie überhaupt erst mal kennen, dass wir sie einbinden in unsere Arbeit. Deshalb wollen wir zum Beispiel die Themenforen und die Arbeitsgemeinschaften öffnen auch für die, die sagen: Mir gefällt die SPD nicht als Gesamtpaket, aber da gibt es ein Thema, zum Beispiel die Frauen in der SPD finde ich total klasse. Die vertreten Positionen, die ich auch wichtig finde und da will ich gerne mitmachen. Oder bei den Jusos oder zum Thema Umwelt. Die SPD hat immer gegen die Atomkraft gekämpft und ich will jetzt mithelfen, dass der Umstieg auch funktioniert, und bin bereit, meine Kompetenz da einzubringen. In den Themenforen und Arbeitsgemeinschaften sollen deshalb auch Unterstützerinnen und Unterstützer mit vollen Mitgliedsrechten mitarbeiten und mitentscheiden können. Wenn sie in der SPD Ämter anstreben, mitentscheiden wollen, dann müssen sie natürlich Mitglied werden. Es muss und bleibt ein Exklusivrecht



für die Mitglieder, das Personal für Funktionen, parteiinterne Funktionen auszuwählen. Das ist Aufgabe und Exklusivrecht der Mitglieder. Wenn es aber darum geht, öffentliche Personen zu finden für öffentliche Ämter und Mandate, also Kandidaten für Bürgermeisterämter, für Bundestags-, Landtagsabgeordnete, vielleicht für einen Kanzlerkandidaten, dann wollen wir auch diesen Sympathisanten die Möglichkeit geben, mitzuentcheiden. Denn später, bei den Wahlen, wählen auch Nichtmitglieder. Wenn Gliederungen vor Ort entscheiden, dass sie bei der Auswahl auch die Wählerinnen und Wähler schon mitentscheiden lassen wollen, dann sollen sie das auch weiterhin tun können. Am Ende muss eine solche Vorwahlbefragung laut Wahlgesetz ohnehin von den Parteimitgliedern bestätigt werden.

Letzter Punkt von den konkreten Vorschlägen, über die diskutiert wird: ist die Neuorganisation der Führungsgremien auf Bundesebene. Wir haben vorgeschlagen, dem Parteivorstand seine satzungsgemäße Aufgabe, die Führung der Partei, wieder einfacher möglich zu machen. Deshalb wollen wir ihn etwas verkleinern und so arbeitsfähiger machen, ihm aber auch mehr Relevanz geben, weil er statt monatlich vierzehntägig tagen soll. Zudem

soll der Parteirat, der bis jetzt nur ein beratendes Gremium ohne Entscheidungskompetenz ersetzt werden durch einen Parteikonvent, der wie ein kleiner Parteitag funktioniert. 200 Delegierte, zweimal im Jahr mit der Möglichkeit, auch Anträge zu beraten und Entscheidungen zu treffen. Außerdem wollen wir die jährliche Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden institutionalisieren, weil wir in den letzten beiden Jahren damit gute Erfahrungen gemacht haben. Vielleicht noch zum Schluss zum Verfahren. Das ist ja eine Debatte, die nicht vom Himmel gefallen ist. Sigmar hat die in Dresden schon angekündigt. Wir sind letztes Jahr gestartet mit der Ortsvereinsbefragung und der Unterbezirksbefragung, zum ersten Mal in der Geschichte der Partei haben wir damit eine Bestandsaufnahme gemacht, eine Stärken/Schwächen-Analyse der SPD. Daraus haben sich die jetzt diskutierten Themen und Herausforderungen auch entwickelt. Wir haben letztes Jahr zahlreiche Werkstattgespräche gemacht, wo Genossinnen und Genossen aus allen Gliederungsebenen beteiligt waren, um Vorschläge zu entwickeln. Wir haben einen Beirat eingesetzt mit Vertretern anderer Großorganisationen und Wissenschaftlern, die uns auf der Strecke beraten. Wir haben zwei Unterbezirksvorsitzenden-Konferenzen gemacht, um auch die Basis in die Debatte früh einzubinden, und haben im April im Parteivorstand eine organisationspolitische Kommission eingesetzt mit Vertretern aller Landesverbände und Bezirke. Diese organisationspolitische Kommission hat den Auftrag, jetzt einen Vorschlag fertig zu entwickeln, der dann als Leitantrag vom Parteivorstand im September beschlossen wird, in die Debatte gegeben wird. Sigmar und Andrea werden im Oktober und November alle Landesverbände und Bezirke besuchen, um das intensiv zu diskutieren. Wir sind auch jetzt schon in vielen Kreisverbänden unterwegs, um das zu diskutieren. Die Gliederungen haben dann die Möglichkeit, bis Ende November Änderungen zu beantragen. Der Parteitag wird dann hoffentlich zu einem Ergebnis kommen, das dann Schritt für Schritt auch zu einer nicht nur organisatorischen, auch kulturellen Veränderung in der SPD führen wird.



Podium: Fortschritt und Soziale Demokratie

Uwe Knüpfer

Chefredakteur des VORWÄRTS

Als der „VORWÄRTS“ 1876 das erste Mal erschien, lautete der Untertitel „Das Central-Organ der deutschen Sozialdemokratie“. Heute steht ganz ähnlich darunter: „Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie“. Das signalisiert: die Sozialdemokratie ist mehr als der SPD-Vorstand oder das noch existierende Präsidium, ja mehr als die SPD. Die 700 000 Leser des „VORWÄRTS“ würden sicherlich wesentlich weniger Zeit mit dem Heft verbringen, wenn es ein reines Verlautbarungsorgan wäre. Durchschnittliche Lesedauer übrigens derjenigen, die den „VORWÄRTS“ lesen, ist – laut emnid – 42 Minuten. Das ist eine sehr beachtliche Zahl, die unter anderem zeigt: es gibt noch Interesse an Politik. Und damit bin ich beim Thema.

Ich bin nicht der Meinung, dass wir eine Abkehr vom Politischen erleben. Im Gegenteil: Wir werden erleben, dass die Politik wiederkommt.

Die allermeisten Menschen interessieren sich – das ist ein schmutziges kleines Geheimnis unserer Branche – nicht dauernd für Politik.

Die allermeisten Menschen interessieren sich dauernd für ihr eigenes Leben, für ihre Familienangehörigen, für ihre Nachbarn, für ihren Beruf, ihre Hobbys usw. Politik ist Hintergrundflimmern. Doch manchmal geraten wir in politische Zeiten; da tritt das Politische in den Vordergrund. So wie es im Fußball alle vier Jahre die Weltmeisterschaft gibt. Dann interessieren sich plötzlich ganz viele für Frauenfußball, doch nur für kurze Zeit. Scheidet die eigene Mannschaft aus, ist das Interesse wieder erloschen.

Ähnlich gibt es Zeiten, in denen das Politische in den Vordergrund rückt. Das hatten wir in Deutschland zuletzt vor 20 Jahren mit der Wende

und Wiedervereinigung. In den USA gab es so eine Phase nach 9/11. Und jetzt geraten wir, das ist meine These, wieder in eine solche Phase. Warum? Weil Menschen in ihrem Alltag erleben, dass das, was sie für sicher gehalten haben, wankt.

Wenn ich mich in meinem Alltag, im Leben sicher aufgehoben fühle: warum sollte ich mich für Politik interessieren, wenn ich nicht meinen Beruf darin suche? Ok, vielleicht interessiere ich mich für Politiker, weil ich die nun einmal täglich im Fernsehen serviert bekomme, die mir deshalb vertraut erscheinen wie die Darsteller der Lindenstraße oder von GZSZ. Politiker, über die ich meckern kann, gemeinsam mit Nachbarn und Kollegen, wie über den unsäglichen letzten Auftritt des Trainers unseres Fußballvereins. Das ist oberflächlich, das ist Politik reduziert auf ihren Unterhaltungswert.

Doch im Grunde weiß ich: Der Trainer wird gebraucht, der Politiker auch. Und ich bin ganz froh darüber, dass ich nicht für die Vereinsniederlage den Kopf hinhalten muss, und ich bin froh darüber, dass es Politiker gibt, die sich mit all dem komplizierten Kram beschäftigen, den man Politik nennt.

So ist es üblicherweise. Das ändert sich gerade. Jetzt erleben viele Menschen, und zwar an Details in ihrem Alltagsleben, dass der Boden unter ihren Füßen wankt. Dass vermeintliche Selbstverständlichkeiten, Dinge, die man für sicher gehalten hat, wie einst die Rente, wegbrechen. Deutliche Fanale sind Fukushima und die Schulden- oder Finanzkrise.

Fukushima: eine Regierung, die noch ein paar Monate zuvor auf die Unbedingtheit der Notwendigkeit der Nutzung der Atomenergie gepocht hat, dreht sich plötzlich um 180 Grad.



Ein Zeichen ist auch die völlig veränderte Wahrnehmung der Gesellschaften in der arabischen Welt. Doch vor allen Dingen ist es die Unsicherheit darüber: Was geschieht mit meinem Arbeitsplatz, mit meinem Ersparten, mit meiner Altersversorgung?

Wir leben in Zeiten, in denen Menschen, die wissen, sie haben jetzt einen Job und den werden sie noch zehn Jahre oder bis zur Rente behalten, immer seltener werden. Bei jungen Menschen ist es vielleicht schon die Minderheit. Kurzfristige Arbeitsverhältnisse sind die Regel geworden, Loyalitäten werden nicht mehr geschätzt. Hungerlöhne gelten als selbstverständlich, wie unbezahlte Dauerpraktika.

Für Ältere kommt die Unsicherheit übers Vermögen dazu. Ich habe Rücklagen fürs Alter getätigt, vielleicht in Form einer Lebensversicherung. Hat diese Versicherung womöglich griechische Staatsanleihen gekauft? Was ist dann mit meiner Rente? Was ist mit dem Euro? Werde ich mein Eigenheim tatsächlich zu einem anständigen Preis verkaufen können, um eine Altenwohnung zu beziehen?

Im Fernsehen reden sie ganz locker über die Rückkehr zur D-Mark, die Auflösung Europas. Hallo?

In solchen Zeiten schreckt auch der Lethargische auf. Schaut genauer hin, will wissen: wer kümmert

sich? Wirken „die Politiker“ vertrauenerweckend? Verkörpern sie Erfahrung?

Bei Schönwetter liegen alle an Bord des Kreuzfahrtschiffs, spielen Bingo, schlürfen Cocktails. Kommt ein Orkan auf und trudelt das Schiff angeschlagen zwischen Scylla und Charybdis, interessiere ich mich plötzlich sehr dafür, dass der Kapitän kein Partylöwe ist, sondern besser ein Kap Hoornier.

Jetzt wächst die Sehnsucht nach einer Regierung, an der man sich aufrichten, der man Vertrauen entgegenbringen kann. Wo man zumindest das Gefühl hat: sie weiß, was sie tut und was jetzt getan werden muss.

Tatsache ist aber – und die Menschen merken es: wir haben es in Deutschland mit einer Pirouetten-Kanzlerin zu tun, die in einer Woche drei unterschiedliche Auffassungen vertritt. Unser Bundesaußenminister ist ein Bundesreiseminister geworden und eine Lachnummer auf dem internationalen Parkett. Weite Teile des Merkelschen Kabinetts ähneln einem Kindergarten.

Nichts gegen junge Leute: aber ein bisschen Erfahrung gesammelt zu haben, bevor man in höchste Ämter aufsteigt, kann nicht schaden. Wenn das Boot in schwere See gerät, ist die Erfahrung des Steuermanns so wertvoll wie das Beiboot. Es ist übrigens auch nicht gut, wenn Minister in Zeiten, in denen ernsthaft regiert werden muss, öfter die Zuständigkeit wechseln als Durchschnittsfahrer ihre Reifen. Da hilft es wenig, wenn der neue Minister graue Haare hat. Auch der Erfahrene muss sich im neuen Haus erst orientieren. Niemand wird von heute auf morgen zum Fachmann für Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik.

Wir leben in Zeiten schwindenden Vertrauens in diese Regierung. Es schwindet allüberall, auch und gerade an der sogenannten bürgerlichen Basis, in der Stammwählerschaft der Union und der FDP.

Darin liegt eine große Chance für die SPD. Nur: Noch ist das nicht zählbar geworden. Noch scheint die wahre Alternative grünlich zu funkeln.

Die modische Fixierung der veröffentlichten Wahrnehmung auf die Grünen war nach Fukushima verständlich. Sie wird enden. Zumal die Grünen an sich selbst beobachten, dass sie den erstaunlichen Wandel hin zu einer bürgerlichen Partei bereits weitflächig vollzogen haben. Der Film über Joschka, den man im Kino sehen kann – da wandelt sich einer vom Straßenkämpfer, vom Taxifahrer zu einem bürgerlichen Politiker: das hat Sex-Appeal, das hat Anziehungskraft, das interessiert die Medien. Ähnlich schillernde Viten hat die SPD derzeit nicht darzubieten. Aber auch solche grünen Viten sind schon Geschichte, nur noch nicht ganz so antik wie die Viten Willy Brandts und Herbert Wehners, Wilhelm Liebknechts oder August Bebel. Joschka ist gone. Die grüne Wirklichkeit ist grau – oder, wenn der Kalauer erlaubt ist: Claudia Roth. Hinter der Führungsriege verbirgt sich eine in ihrer Buntheit im Grunde einförmige, langweilige Partei. Sie verkörpert ein ganz bestimmtes Milieu, dessen Hauptstädte Freiburg-Vauban und Prenzlberg heißen. Da ist es nett, aber das ist nicht die Welt.

Anders als die Grünen und anders als es manche Feuilletonisten gern hätten, ist die SPD – und ich erlebe das im Umgang mit unseren Lesern tagtäglich – „in der Welt“. Sie ist immer noch eine Volkspartei. Ich habe keine Sorge, dass das nicht so bleibt. Eine halbe Million Mitglieder sind weniger als es 1976 waren, ja, aber es sind immer noch eine ganze Menge. Und vor allem: Ich erlebe die SPD als ungeheuer vielfältig. Man trifft in ihr Unternehmer, Kreative, Künstler genauso wie Facharbeiter, Azubis und Studenten. Ja, man trifft überdurchschnittlich viele Rentner, aber auch die bringen die verschiedensten Lebenserfahrungen mit. Nur weil einer in Rente geht, verliert er ja nicht alle anderen Unterscheidungsmerkmale.

Diese Vielheit, diese Verankerung in den unterschiedlichsten Milieus, ist es, was eine Volkspartei ausmacht.

Nun muss es der SPD nur noch gelingen, dem Publikum, einem im Mark verunsicherten Volke, deutlich zu machen, dass sie es besser könnte als die anderen. Als die, die jetzt dran sind. Dazu benötigt man glaubhafte Persönlichkeiten und überzeugende Botschaften. Beides hat mit Stetigkeit zu

tun. Wer täglich neues sagt, wer täglich seinen Hut wechselt, ist unterhaltsam: Vertrauen fasst man zu so einem nicht.

Überzeugende, eherne Botschaften: welche könnten das sein? Wonach sehnen sich Menschen jetzt, in diesen Zeiten wachsender Unsicherheit und nachdem sie 30 Jahre lang gehört haben, dass Märkte klüger seien als Politiker? Dass „Jeder für sich“ besser sei als Gemeinsamkeit? Privat besser sei als Staat? Banker klüger, souveräner und wohlthätiger als Abgeordnete? Und nachdem sie aufgewacht sind aus diesem neoliberalen Traum und sehen: das ist alles Bullshit gewesen.

Ich bin überzeugt: sie erinnern sich. Oder, was die Jüngeren betrifft: sie schlagen neu nach, wenn nicht bei Bebel oder Brandt, dann vielleicht bei Tony Judt. Und sie entdecken Bücher mit Titeln wie: „Gleichheit ist Glück“. Sie entdecken, dass Freiheit mehr sein kann, ja sein sollte, als die Freiheit von Regeln und staatlicher Aufsicht. Sie fragen sich, ob es gerecht ist, wenn Hasardeure belohnt und fleißige Arbeiter entlassen werden. Sie erinnern sich, mit anderen Worten, an die Grundideen der Aufklärung.

Sie dürsten nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Und sie werden deren sozialdemokratische Übersetzung in „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ auf einmal gar nicht mehr angestaubt finden, sondern höchst aktuell.

Wenn heute eine Werbeagentur den Auftrag bekäme, gründlich darüber zu brainstormen, mit welchen Botschaften die SPD in den Wahlkampf ziehen sollte, dann würde sie womöglich – nicht ohne ein, zwei Millionen Euro in Rechnung gestellt zu haben – diese drei Begriffe enthüllen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Natürlich muss man diese hehren Ideen noch anfüttern: um klare, präzise Forderungen.

Und natürlich sollte die SPD diese Forderungen dann, nach der Wahl, in der Regierung, auch erfüllen.

Dann wird es gut.

Dr. Gero Neugebauer

Politikwissenschaftler am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie

Ich will über die Rahmenbedingungen von Parteien reden und dann einige Bemerkungen zur SPD machen: Die großen Parteien verlieren permanent an gesellschaftlichem Rückhalt. Um ihre Mehrheitsfähigkeit dennoch erhalten zu können, entwickeln sie Strategien, durch die sie für neue Wählerschichten attraktiv werden bzw. die Wechselbereitschaft der Wähler ansprechen wollen. Dadurch wird jedoch die Bindungskraft an ihre Stammwähler und die Fähigkeit, diese zu mobilisieren, geschwächt. Es schleifen sich zudem die ideologisch-programmatischen Gegensätze zunehmend ab, sodass es beispielsweise kein Problem für Politiker der SPD ist, die Terminologie der Konkurrenten zu nutzen, ohne sich dabei immer darüber im Klaren zu sein, dass damit sozialdemokratische Inhalte und Wertorientierungen beschädigt werden. Ich meine damit beispielsweise das Wort „Fairness“.

Europäisierung und Globalisierung reduzieren die Reichweite nationalstaatlich orientierter Parteipolitik, wodurch ein Problem der Glaubwürdigkeit aufgeworfen wird: Kann eine Partei bestimmte Dinge eigentlich zusagen, wenn sie gar nicht in der Lage ist, die entsprechenden Entscheidungsprozesse zu beeinflussen?

Der Verlust an gesellschaftlichem Rückhalt drückt sich in zunehmender Parteienkritik und -verdrossenheit aus. Spezifische Punkte dabei sind u. a. die Abgehobenheit von Politikerinnen und Politikern, deren angebliche Unfähigkeit zur Kommunikation mit dem Bürger sowie die Selbstprivilegierung der Parteien. Fazit der Entwicklung ist, dass die Parteien wenig Respekt und oft noch weniger Ansehen genießen. Die Parteien scheuen sich zuzugeben, dass der an sie gerichtete Vorwurf, sie könnten bestimmte Probleme nicht lösen, insofern stimmt, weil Politik in der Gegenwart sehr komplex und kompliziert ist und die Parteien zudem durch die Resultate des sozialen Wandels erheblich an gesellschaftlicher Steuerungsfähigkeit eingebüßt haben. Das Erste, die Komplexität von

Politik, erhöht ihre Abhängigkeit von externer Expertise. Das Zweite zwingt sie zu Reformen, denen allerdings durch das Beharrungsvermögen von Mentalitäten und Strukturen – dazu gehört auch das Verhalten von Angehörigen der politischer Eliten, das eher auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtet ist – Widerstand entgegengesetzt wird. Dennoch dürfen Reformen nicht nur Anpassung an den Wandel darstellen, sondern müssen voraussehbare Entwicklungen vorwegnehmen. Also: Parteien sind nicht sonderlich attraktiv, sie haben keine spezifischen Angebote, die sie deutlich von den wichtigsten Konkurrenten unterscheiden und sie leisten letztendlich keinen Beitrag zur Entwicklung der Demokratie, da sie – so auch ein Vorwurf – miteinander kungeln, Kartelle bilden und sich dem Bürger verschließen. Das ist ja u. a. auch einer der Ansatzpunkte für Parteireformen.

Angesichts dieser Situation wird gefragt, wie lange es die SPD noch als große Partei, das heißt als Volkspartei, geben wird und welche Perspektive sie im Fünfparteiensystem hat. Von Grünen und Union unter Druck gesetzt, könnte die Ausrichtung am Wähler in der Mitte nicht mehr als opportun gelten. Druck auf die Linke durch Rückbesinnung auf markt- und kapitalismuskritische Traditionen könnte dazu führen, den linken Rand des Parteienspektrums zurückzugewinnen. Aber ob es dann reicht, im Bündnis mit einer weiteren oder gar einer dritten Partei wieder an die Regierung zu gelangen, das ist im Moment fraglich. Jedenfalls, angesichts ihrer politischen Leistungen – bitte keine Frage, welche das sein könnten – wird gefragt, warum sie gebraucht wird bzw. warum sie es geben muss, wenn das, was sie anbietet, sowohl bei der Union als auch bei den Grünen und wirklich nur ein bisschen auch bei der Linken zu finden ist. Heißt natürlich auch umgekehrt: Wenn das, was bei der Linken zu finden ist, bei der Sozialdemokratie wiederzufinden wäre, müsste die Linke sich fragen lassen, warum es sie geben soll. Aber das ist nicht Thema, unser Thema ist die SPD.

Albrecht von Lucke

Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“

Die Frage lautet: Wie ist die Lage der Sozialdemokratie und welche Rolle spielt dabei der Fortschrittsbegriff?

Grundsätzlich, so meine These, sind Lage und Chancen der Sozialdemokratie keineswegs schlecht. Offenbar wird die große Dahrendorf-These vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters durch die Gegenwart in hohem Maße widerlegt. Ob in Griechenland oder Italien, Israel oder den USA: Die soziale Frage ist zurück auf der Agenda. Um es aber mit Peter Glotz und seiner „Arbeit der Zuspitzung“ zu halten, möchte ich die Frage noch ein wenig schärfer dahingehend profilieren, warum die deutsche Sozialdemokratie bisher nicht hinreichend von diesem Comeback der sozialen Frage profitiert.

Ich glaube, es gibt „gute“ Gründe dafür. Noch vor einem Jahr war nicht einmal ganz klar, ob das Ende des Niedergangs der Sozialdemokratie gestoppt werden kann. Damals war keineswegs ausgemacht, ob mit den 23 Prozent der Bundestagswahlen von 2009 das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Dieser Niedergang, dieses Abrutschen der SPD ist offenbar erst einmal gestoppt. Das ist nicht zuletzt eine Leistung der sozialdemokratischen Führung, die es geschafft hat, die Partei nicht in einen Zustand des Zerwürfnisses und des Streits übergehen zu lassen, wie es beispielsweise Herbert Wehner der SPD im Jahre 1982, nach dem letzten großen Machtverlust, prophezeit hatte: Das nächste Mal, dass die SPD an die Macht kommt, so Wehner, werde 16 Jahre dauern – und tatsächlich dauerte es bis 1998, also genau 16 Jahre. Wobei man dazusagen muss, es musste 1989 und die deutsche Einheit hinzukommen, denn sonst wäre die Regierung Kohl wesentlich früher am Ende gewesen. Aber das nur am Rande.

Positiv gesprochen heißt das, der radikale Absturz der SPD ist erst einmal gestoppt. Die Frage aber, ob die SPD damit auch als Volkspartei gerettet ist, ist damit keineswegs beantwortet.

Das Hauptproblem ist, dass die SPD bisher in erster Linie von der Schwäche ihres Gegners profitiert. Das eigentliche Phänomen des letzten Jahres besteht darin, dass wir es mit einer derartigen Zerrüttung der angeblichen bürgerlichen „Wunschkoalition“ (Westerwelle) zu tun haben, wie man sich das in diesem Maße überhaupt nicht hätte vorherstellen können.

Dabei spielte natürlich Fukushima die entscheidende Rolle. Damit geriet das ganze Konzept der Merkel-Koalition, ihre Profilierung beim harten Thema der Energiepolitik, völlig aus der Bahn. Das Konzept entschiedener Gegnerschaft zur Atompolitik von Rot-Grün wurde nach Fukushima völlig ins Gegenteil verkehrt. Merkel selbst ist, nicht nur durch ihren radikalen Atomschwenk, mittlerweile hochgradig beschädigt. Es gibt eine fast geschlossene Meinung in den Medien, die davon ausgeht, dass Angela Merkel eigentlich nicht in der Lage ist, Politik inhaltlich zu bestimmen oder überhaupt nur irgendwelche inhaltlichen Punkte zu setzen. Das, was ihr noch vor geraumer Zeit als strategisches Kapital zugute gehalten wurde, ihre erstaunliche taktierende Beweglichkeit, ist voll ins Gegenteil umgeschlagen.

Das macht die absolute Schwäche dieser Regierung aus, die weit über die Schwäche der FDP hinausgeht. Die FDP ist nur die eine Seite der Medaille, die Krise hat mittlerweile längst die ganze bürgerliche Koalition ergriffen. Das aber heißt, wir werden in Zukunft immer wieder Debatten um die Frage erleben: Tritt die CDU aus dieser Koalition aus – in Richtung einer neuen Großen Koalition? Diese Frage nach einem potenziellen Koalitionspartner von links ist inzwischen längst im Raum.



Das ist die eine Seite. Machtstrategisch steht die SPD insofern nicht schlecht da. Indem Angela Merkel dieser Tage spottete, die SPD werde schon irgendeinen Kanzlerkandidaten aufzubieten haben, wurde diese Tatsache natürlich von ihr heruntergespielt. Und zwar in dem Wissen darum, dass mit Peer Steinbrück tatsächlich auf dem zentralen Kompetenzfeld der CDU ein Gegenkandidat da ist, der das entscheidende wirtschaftliche Potenzial für sich reklamiert. Denn dabei handelt es sich genau um das Feld, das für mein Verständnis – jenseits von Fukushima – das entscheidende Feld der nächsten zwei Jahre sein wird.

Die Krise des Euro bietet meines Erachtens für Merkel die gleiche Bewährungsprobe wie für Kohl vor 20 Jahren die Frage der deutschen Einheit. So wird für Merkel die Frage „Bekommt sie die europäische Einheit in den Griff?“ zu ihrer eigentlichen Bewährungschance. Wie aber auch die Chance der Gegenseite, mit klaren inhaltlichen Positionen in dieser Frage Führungskraft unter Beweis zu stellen. Und da ist natürlich mit Peer Steinbrück jemand im Raum, der das große Glück hat, dass er gewissermaßen als „freier Radikaler“ auftreten

kann. Er ist nicht in einer konkreten Amts- oder Parteiposition; er kann daher mit ziemlicher Frei- (und Frech-)heit sagen: Ich hätte mich genau anders positioniert – als die Regierung, aber auch gegebenenfalls als meine Partei. Er hat die Freiheit, sich auch in einzelnen Punkten von einer konkreten Festlegung fernzuhalten. Und zudem wird er von den Medien ungemein gehypt. Damit ist schon jetzt auf Seiten der SPD eine neue Troika vorhanden, nämlich die beiden „Stones“, also Steinbrück/Steinmeier, und natürlich Gabriel als Parteiführer, der aber wahrscheinlich, klug beraten, entweder Steinbrück, für den ja tatsächlich vieles spricht, oder Steinmeier das Feld überlassen wird.

Damit aber jetzt zum eigentlichen Punkt, der „Arbeit der Zuspitzung“: Dieses Comeback der SPD in machtpolitischer Hinsicht darf nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SPD programmatisch bisher erschreckend schwach dasteht. Denn was waren die beiden inhaltlichen Leitbegriffe der SPD der letzten zwei Jahre?

Sigmar Gabriel hat in den letzten zwei Jahren vor allem mit zwei Begriffen operiert. Das war erstens der Begriff der „Fairness“. Dabei handelt es sich um einen bloßen Schrumpfbegriff der sozialen Gerechtigkeit. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bzw. Solidarität“ waren als die drei tragenden Leitbegriffe (der bürgerlichen Revolution von 1789, aber auch der alten Sozialdemokratie) von einer ganz anderen Qualität und Stärke. Dass der Begriff der Fairness als Schrumpfbegriff gewählt wurde, ist natürlich vor allem dem Umstand geschuldet, dass mit den neoliberalen Abirrungen der Schröder-SPD nicht klar gebrochen und ehrlich bilanziert wurde: Wir müssen zum einen durchaus Defizite eingestehen, wir müssen uns aber zum anderen des alten Begriffs der sozialen Gerechtigkeit wieder tatkräftig bemächtigen. Statt dessen hat man sich auf den Fairness-Begriff als Brückenbegriff verständigt, der beide Lager, Rechte wie Linke in der SPD, binden kann – so jedenfalls der Grundgedanke.



Und der zweite zentrale Begriff ist der Begriff des Fortschritts. Wenn wir ein Datum, das wir bisher noch gar nicht im Blick hatten, ins Visier nehmen, ist das auch durchaus konsequent: Das Jahr 2013 ist nämlich doppelt besetzt; es ist unter strategischen Gesichtspunkten das Jahr der nächsten Wahl, aber es ist programmatisch natürlich auch das Jahr des 150-jährigen Jubiläums der Sozialdemokratie.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die SPD mit dem Fortschrittsbegriff wieder so etwas wie gesellschaftliche Deutungshoheit erobern will. Und zwar hinsichtlich der Frage: Wie sähe die gerechte Gesellschaft aus und was wäre heute gutes Leben?

Das Problem besteht bloß darin, dass auch der Begriff des Fortschritts über die letzten zehn Jahre dank einer verhunzten „Reform“-Politik zu einem regelrechten Drohbegriff geworden ist. Weil die Gesellschaft von einer Reform in die nächste getrieben wurde, giert sie heute regelrecht nach Stillstand, nach Ruhe, nach konservativen Werten, während der Begriff „Fortschritt“ den Leuten eher Angst einjagt. Und dann kam obendrein noch das Phänomen Fukushima hinzu, das ebenfalls eher konservative Sehnsüchte auslöste.

Tatsächlich muss linkes Denken heute immer auch bewahrendes Denken sein, nämlich der bereits erzielten Fortschritte, insbesondere des (einstigen) sozialen Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit, aber auch des Schutzes der Natur. Auch der große Historiker Tony Judt insistierte daher zu Recht – und ganz im Geiste etwa eines Erhard Eppler – in seinem letzten, post mortem erschienenen Buch „Dem Land geht es schlecht“ auf der großen Tradition der wertkonservativen, der „verteidigenden Sozialdemokratie“.

Dass der Begriff des Fortschritts bisher nicht in diese gleichermaßen wertkonservative wie progressive Richtung inhaltlich unterfüttert wurde, das ist für mein Verständnis das große Problem. Die Sozialdemokratie muss daher in den nächsten zwei Jahren vor allem eines leisten: Sie muss versuchen, die beiden Begriffe – und vor allem den Begriff des Fortschritts, weil ich den Begriff der Fairness immer für einen eher schwachen Begriff gehalten habe –, sie muss versuchen, den Begriff des Fortschritts wieder mit den alten starken Begriffen ihrer Geschichte aufzuladen. Und vor allem muss sie ein Konzept sozialer Gerechtigkeit in nationaler wie europäischer Hinsicht erarbeiten. Wenn ihr das gelingt, dann halte ich die Chance für durchaus gegeben, das Jahr 2013 erfolgreich zu bestreiten.

Ulrich Deupmann

Journalist, Politikberater, ideas.ag

Bei der Beurteilung dieser Bundesregierung kann ich direkt an Uwe anknüpfen. Von 2006 bis 2009 habe ich im Ministerbüro von Frank-Walter Steinmeier im Auswärtigen Amt gearbeitet und erlebt, wie anstrengend es ist, zu regieren. Ohne klare Ziele kommt man da nicht weit. Deshalb war ich entsetzt, wie die FDP im Jahr 2009 Wahlkampf gemacht hat – auf dem inhaltlichen Niveau einer Bürgerinitiative. Den einzigen Vorwurf, den man der FDP nicht machen kann, ist, dass sie die Wähler getäuscht haben: Denn die haben den Unsinn von den Steuersenkungen wirklich geglaubt. Die sind vollkommen unvorbereitet in diese Regierungskoalition gegangen.

Seitdem hat sich eine Menge verändert. Das Zeitalter der neoliberalen Leitidee ist definitiv zu Ende. Eine neue Zeit ist angebrochen. Man sieht das in den Buchregalen. Bei Dussmann in Berlin liegen zwei Dutzend Bücher mit Titeln wie „Vom Sinn des Miteinander“ oder „Vom Ich zum Wir“. Unter den Autoren sind sogar manche Wirtschaftsexperten, die sich für ihre Irrtümer von gestern selbst geißeln. Das ist ein gutes Indiz für meine These: Die Zeiten sind wieder ziemlich sozialdemokratisch. Die Leute sehnen sich wieder nach mehr Miteinander, mehr Kooperation. Die Spaltung der Gesellschaft, die sich in den vergangenen 20, 30 Jahren deutlich vertieft hat, ist wieder ein Thema. Das Unbehagen darüber ist überall erkennbar. Also eigentlich beste Voraussetzungen für die SPD, die aber daraus noch zu wenig macht, denn der Zeitgeist wählt politisch derzeit grün. Viele junge Leute gehen lieber zu den Grünen. Viele gute Leute, die fachlich und politisch gut argumentieren können. Die Grünen haben da wirklich Substanz aufgebaut.

Was kann und muss die SPD dagegen setzen? Unsere Kernidee, unsere ewig junge alte Idee oder auch alte junge Idee, wie immer wir das wollen, ist ganz klar die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Das ist unser Markenkern, da müssen wir wieder stärke

hin. Und mein Eindruck ist, dass wir in den neoliberalen Jahren, auch um anschlussfähig zu bleiben, zwar meistens Kurs gehalten und vieles verhindert haben, aber auch manche Dinge mitgemacht haben, bei denen man ehrlich darüber reden muss, ob da Korrekturen notwendig sind. Meine These ist: Die soziale Frage glimmt nicht mehr nur, sondern sie brennt wieder. Wo jemand geboren ist oder herkommt, ist heute wieder entscheidender für den Verlauf eines Lebens als vor 30 oder 40 Jahren. Da waren wir in Deutschland schon mal weiter. Und es gibt viele Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Lebenschancen, die Unterschiede in der Gesellschaft verfestigen. Wer von den Zinsen lebt, hat größere Chancen, sein Vermögen zu vermehren, als diejenigen, die arbeiten gehen. Und viele, die arbeiten gehen, haben keine Chance, mehr zu verdienen als die, die Hartz IV beziehen.

Hier stellen sich grundlegende Fragen, an die die SPD ran muss. Wir müssen die politischen Probleme wieder von den Aspekten der sozialen Gerechtigkeit her betrachten und erzählen. Das Problem der SPD ist, dass sie zu oft die Diskurse anderer Parteien und Gruppen kommentiert, statt selbst initiativ zu werden. Da müssen wir sehr viel stärker klar machen: Was ist unser sozialdemokratischer Zugang zu dem Punkt? Bei der Energiewende gab es da gute Ansätze. Wir waren für die Energiewende, aber wir haben hinzugefügt: Wir werden dafür sorgen, dass erstens dabei nicht Arbeitsplätze, von denen unsere Leute ihre Familie ernähren, über die Wupper gehen. Und zweitens, dass die Interessen der kleinen Leute bei der Gebäudesanierung nicht über die Wupper gehen, also Mieten bezahlbar bleiben. So müssen wir bei vielen Fragen viel deutlicher machen: Was ist unsere Aufgabe als Sozialdemokraten für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft? Hier liegt unsere gesellschaftliche Funktion: Spaltung bekämpfen, Zusammenhalt fördern. Unsere Botschaft muss sein: Wir wollen wieder an die Regierung, um das

Land in diesem Sinne zu verbessern. Die Zeitumstände spielen uns dabei in die Hände. Wir hatten jetzt 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit. Die geht mindestens in Deutschland dem Ende entgegen. Das ist eine Auswirkung des demografischen Wandels, aber ebenso eine Folge unserer Reformpolitik seit 2002, eine Mischung aus beidem. Die Aufgabe, die jetzt vor uns steht, lautet: Wie behalten wir eine wirtschaftlich leistungsfähige Gesellschaft? Und wie erreichen wir eine sozial gerechtere Gesellschaft? Das gehört mehr denn je zusammen, und da haben wir als SPD gute Chancen. Die SPD war immer dann stark, wenn sie gesellschaftliche Bündnisse geschmiedet hat. Und diese Bündnisse sind möglich: Die Wirtschaft hat ein Interesse an

Fachkräften. Das wird nur gelingen mit kompetenter Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungspolitik. Wir müssen sie entwickeln. In den Unternehmen wird der Personalchef eine immer wichtigere Figur. Die müssen intelligenter argumentieren als nach dem Motto: Wer den Mund aufreißt, fliegt raus, dann kommt der Nächste. Der Fachkräftemangel wird auch die Löhne nach oben bringen. Das alles zeigt: Wir haben Gestaltungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren. Die müssen wir aufzeigen und zu unserem Projekt machen, für eine sozial gerechtere Gesellschaft. Ich bin sicher: Wenn wir diesen Weg einschlagen, dann wird ganz automatisch auch die Frage beantwortet werden, warum es die SPD noch gibt.





ISBN 978-3-86872-980-1

